



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 133

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 133

.....
vom 16.12.2021

.....
del 16/12/2021

Präsidentin
Vizepräsident
Vizepräsident

Rita Mattei
Josef Noggler
Manfred Vallazza

Presidente
Vicepresidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 133

.....
vom 16.12.2021

Inhaltsverzeichnis

Landesgesetzentwurf Nr. 100/21: "Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2022" (Fortsetzung).
..... Seite 1

Landesgesetzentwurf Nr. 101/21: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen 2022-2024" (Fortsetzung). Seite 1

Landesgesetzentwurf Nr. 102/21: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2022" (Fortsetzung).
..... Seite 1

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 133

.....
del 16/12/2021

Indice

Disegno di legge provinciale n. 100/21: "Legge di stabilità provinciale per l'anno 2022" (continuazione). pag. 1

Disegno di legge provinciale n. 101/21: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano 2022-2024" (continuazione). pag. 1

Disegno di legge provinciale n. 102/21: "Disposizioni collegate alla legge di stabilità provinciale per l'anno 2022" (continuazione). pag. 1

Presidenza della presidente | Vorsitz der Präsidentin: Rita Mattei**Ore 10.04 Uhr****PRESIDENTE:** La seduta è aperta.

Vorrei ricordare nuovamente ai consiglieri e alle consigliere che hanno l'obbligo di indossare sempre la mascherina FFP2 durante tutta la seduta consiliare, anche durante i rispettivi interventi.

Per la seduta odierna si è giustificata la consigliera Atz Tammerle.

Appello nominale - Namensaufruf

Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, il processo verbale della seduta consiliare n. 132 del 15/12/2021 è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri. I collaboratori e le collaboratrici dell'ufficio legale lo hanno trasmesso a tutti i consiglieri e le consigliere affinché ne prendano visione. Sul verbale possono essere presentate per iscritto alla presidenza, entro la fine della seduta, eventuali richieste di rettifica. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta scritta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Ha chiesto la parola il consigliere Dello Sbarba sull'ordine dei lavori, ne ha facoltà.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Credo che nel corso della giornata arriveremo al dibattito sugli articoli e quindi chiedo se è possibile avere il prima possibile gli emendamenti presentati. Stanno arrivando? Va bene. Comunque tutti quelli che ci sono, e io inviterei anche soprattutto i vari assessori, se hanno emendamenti pronti, a consegnarli perché così li possiamo studiare.

PRESIDENTE: Sì consigliere Dello Sbarba, quelli che abbiamo sono stati mandati 5 o 10 minuti fa per e-mail a tutti i consiglieri.

LANZ (SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich möchte nur ankündigen, dass wir nach der Generaldebatte die Sitzung unterbrechen werden müssen, um alle Tagesordnungsanträge und Änderungsanträge zu besprechen.

PRESIDENTE: Va bene.

Punto 213) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 100/21: "Legge di stabilità provinciale per l'anno 2022"* (continuazione).

Punto 214) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 101/21: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano 2022-2024"* (continuazione).

Punto 215) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 102/21: "Disposizioni collegate alla legge di stabilità provinciale per l'anno 2022"* (continuazione).

Punkt 213 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 100/21: "Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2022"* (Fortsetzung).

Punkt 214 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 101/21: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen 2022-2024"* (Fortsetzung).

Punkt 215 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 102/21: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2022"* (Fortsetzung).

Si riprende la discussione generale congiunta sui tre disegni di legge. Ha chiesto la parola il consigliere Franz Ploner, ne ha facoltà.

PLONER Franz (Team K): Danke, Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Die Corona-Pandemie ist noch nicht Geschichte. Sie bestimmte das Jahr 2021 weltweit und bestimmt in diesen Tagen unser Geschehen im Land. Allein in den Sommermonaten konnten wir eine kurze Verschnaufpause einlegen und haben wahrscheinlich das Pandemiegeschehen bei unserem Verhalten vergessen. Unser Krisengedächtnis ist ein Kurzzeitgedächtnis. Wir vergessen schlechte Erfahrungen schnell und kehren gerne in alte Bahnen zurück. Gerade in diesen Wochen, in denen uns die vierte Welle mit brutaler Härte trifft, in denen sich Kinder, Jugendliche und vor allem Ungeimpfte anstecken, müssen wir einfach mehr tun, um diese Welle zu brechen. Wir alle in Politik und Gesellschaft müssen uns fragen, ob wir aus der zweiten und dritten Welle wenig oder beinahe gar nichts gelernt haben.

Die Pandemie hat unseren demokratischen Rechts- und Sozialstaat auf eine harte Belastungsprobe gestellt. Durch den entstandenen Vertrauensverlust in die politischen Entscheidungsträger, bedingt durch den Streit um Einschränkungen und Lockerungen, sind Spannungen in der Gesellschaft, die bis in die Familien hineinreichen, entstanden. Diese haben gegenüber dem Vorjahr an Intensität massiv zugenommen. Entscheidend für das Vertrauen der Bürger*innen in die Politik und die Institutionen ist das, was wir als politisch Verantwortliche in ihrer Gesamtheit abgeben. Vertrauen ist kein blindes Vertrauen der Bürger*innen in die demokratischen Institutionen, sondern kritisches Vertrauen. Dies kennzeichnet gerade eine Demokratie aus. Gerade deshalb wäre es wichtig, dass Politiker offenlegen, welche Experten sie in ihre Entscheidungsfindung einbezogen haben und welche Fakten und Werturteile sie berücksichtigen. Nur eine solche Transparenz erzeugt Vertrauen bei den Bürgern des Landes.

Unter dem Schatten der weiterbestehenden Coronapandemie, die mit voller Wucht durch die vierte Welle zurückgekommen ist, wird der Landeshaushalt 2022 verabschiedet. Er umfasst erneut 6,533 Milliarden Euro – trotz Coronapandemie der größte Haushalt in der Geschichte des Landes Südtirol. Sie, Herr Landeshauptmann, tragen mit ihren Landesräten*innen die Verantwortung für das Land und dessen Bürger*innen, die durch die Genehmigung des Landtages freigemachten Geldmittel sozial gerecht, nachhaltig und ausgewogen für alle Bevölkerungsschichten auszugeben. Alle Entscheidungen, die durch den Landeshaushalt finanziell untermauert sein müssen, müssen unweigerlich im Zeichen der bestehenden Herausforderungen der andauernden Corona-Pandemie, der sich verstärkenden Klima- und Katastrophenkrise und Umweltbelastungen, der fortschreitenden Digitalisierung, des internationalen Wettbewerbes, der Nachhaltigkeit, der Gesundheit und des sozialen Ausgleiches der Bürger*innen erfolgen. Veränderungen und Reformen sind notwendig - darauf weisen Sie in ihrer Haushaltsrede mehrmals hin -, damit die Weichen für das Land richtig gestellt werden. Diese Weichenstellungen werden das künftige Gesicht unseres Landes unweigerlich nachhaltig verändern. Sie, Herr Landeshauptmann, haben im Rahmen Ihrer Haushaltsrede mehrmals über Nachhaltigkeit, Ökologisierung, Solidargemeinschaft, moralisch-ethisches politisches Handeln, soziale Gerechtigkeit und Vertrauen der Bürger*innen in die politischen Entscheidungen gesprochen. Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO sollen für Sie persönlich das politische Handeln bestimmen, so Ihre Aussage in Ihrem Bericht. Daran werden sie sich nun messen lassen müssen. Die Verantwortung, die auf Ihren Schultern lastet, ist groß. Sie haben das Prinzip „Höher, schneller, weiter“ ad acta gelegt. Selbst die andauernde politische und finanzielle Antwort auf die COVID-19-Pandemie darf nicht verhindern, dass mit dem Jahr 2021 der Beginn einer Ära der Dekarbonisierung menschlicher Aktivitäten auch in unserem Lande eingeläutet wird, um gesundheitliche und ökonomische Schäden zu begrenzen. Tiefgreifende Veränderungen in politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen sind, wie Sie in Ihrer Haushaltsrede anmahnen, notwendig. Den Worten müssen Taten folgen! Das Bla-Bla-Bla muss, so die Jugend auf der Umweltkonferenz in Glasgow, ein Ende haben.

Wir haben einen erheblichen gesellschaftlichen Vertrauensverlust in die politischen Institutionen und politischen Entscheidungsträgern erlebt und brauchen dringend einen Ausweg. Die Menschen hoffen darauf, dass das Gemeinsame und nicht das Trennende erneut in den Mittelpunkt des Handelns tritt. Dazu braucht es das notwendige Feingefühl und die richtige Wortwahl. In dieser akuten Notlage, in der wir uns wegen der vierten Welle der Pandemie befinden, kommt es darauf an, dass die politischen Entscheidungen überlegt und mit Augenmaß gefällt werden und das öffentliche Leben wieder selbstverständlich werden kann. Die große Mehrheit der Bevölkerung handelt seit Monaten solidarisch und hat Verantwortung übernommen. Gerade in dieser angespannten Lage braucht es gute und überzeugende Argumente, nicht Verachtung, nicht Hass und Wut. Trotz unterschiedlicher Meinungen zu den einzelnen Maßnahmen darf uns die Pandemie nicht auseinandertreiben, denn nach der Krise sind wir weiterhin Nachbarn, Freunde, Kollegen*innen und Familienmit-

glieder. All diese gemachten Grundsätze sollten auch in den einzelnen Kapiteln des Haushaltes ihren Widerhall finden.

Paul Köllensperger hat in seinem Minderheitenbericht zum Haushalt auf Folgendes hingewiesen: "*Leider weitestgehend ein Fortschreiben des Ist-Zustandes, als ob eine Vision gänzlich fehlen würde, wie es nach Corona-Pandemie weitergehen soll. Dabei ist doch eines ganz klar: ein Weiter-so kann es gesundheitlich, wirtschaftlich und auch gesellschaftlich kaum noch geben und somit auch finanziell müssen wir uns daran gewöhnen, umzusteuern und tiefgreifend zu reformieren!*" Die Verteilung des Haushaltes auf die einzelnen Kapitel weist Stärken, aber auch Schwächen auf. Gut dotiert sind die Kapitel Gesundheit, Bildung, Soziales und Mobilität, während Jugend, nachhaltige Ökologie, Denkmalpflege, Katastrophenschutz und Investitionen in Wissenschaft und Kultur unterfinanziert sind. In der Haushaltsrede des Landeshauptmannes fehlt gänzlich ein Kapitel zur Kultur. Gerade den Kulturtreibenden muss unser Dank gelten, denn sie wurden durch die Pandemie besonders hart getroffen. Viele Menschen, die im Kulturbereich - ob in den Museen oder auf der Bühne - arbeiten, werden durch diese vierte Pandemiewelle erneut um ihre Existenz kämpfen müssen. Sie brauchen unsere persönliche Unterstützung, aber vor allem die finanzielle Zuwendung durch die öffentliche Hand. Wir brauchen die Kultur, denn sie stärkt uns als Gesellschaft und fördert unseren Zusammenhalt, den es besonders in schweren Krisen braucht. Kultur ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der zur Üppigkeit dieses Landeshaushaltes beiträgt.

Die Verantwortung für den vorgelegten Haushalt muss nun der Landtag übernehmen. Diese Verantwortung muss sich in der Verteilung der Finanzmittel, in den Antworten auf die Herausforderungen der Corona-Pandemie und der sich verstärkenden Klimakrise mit ihren Gefahren für die Umwelt zeigen. Trotz dieser Herausforderungen dürfen wir nicht die Verpflichtungen zur Gewährleistung eines ausgewogenen Sozialstaates verlieren. Ich denke hier an eine ausgewogene soziale Marktwirtschaft. Das Auseinanderdriften der Gesellschaft muss durch die öffentliche Hand verhindert werden. Die drohende Inflation könnte diesen Prozess noch verstärken, weshalb finanzielle Nachbesserungen insbesondere bei den Kollektivvertragsverhandlungen dringend notwendig sind. Ich hoffe in der Tat, dass dieser Haushalt, der in den nächsten Tagen durch den Landtag beschlossen wird, diese Bereiche nochmals berücksichtigt und die entsprechenden notwendigen Finanzmittel für die anstehenden Kollektivverträge der einzelnen Berufsgruppen frei gibt. Ein Vertrösten auf den Nachtragshaushalt ist nicht vertrauensbildend.

Die Coronapandemie beschäftigt uns nun beinahe seit zwei Jahren. Im Herbst 2021 müssen wir erkennen, dass wir diese Krise noch längst nicht überwunden haben. Im Gegenteil, die Lage in unserem Land spitzt sich dramatisch zu, Tag für Tag. Wir erleben, dass die Zahl der Menschen, die sich infizieren, steigt und die Gefahr, dass sie wegen der neuen Coronavariante Omikron außer Kontrolle geraten könnte, steigt. Ich verweise auf die letzten Daten aus Dänemark und England. Vor allem die älteren Mitbürger*innen und chronisch Kranken hat diese Pandemie besonders hart getroffen: Isolation, Einsamkeit und Verzweiflung. Isolation heißt, die eigenen Kinder und Enkel nicht mehr sehen zu dürfen, allein zu Hause oder in einem Zimmer im Heim zu sitzen, keinen Besuch zu bekommen, nicht einmal mehr mit anderen gemeinsam essen dürfen. Diese Isolation reichte manchmal bis in den Tod. Ein furchtbarer Schmerz für diese Menschen und auch für die Angehörigen, die sich nicht mehr verabschieden konnten. Gerade deshalb muss der Sozialbereich finanziell gestärkt werden, um die Mitarbeiter*innen in den Wohn- und Pflegeheimen finanziell angemessen zu bezahlen, damit dieser Bereich, der bereits unter Personalmangel leidet und durch Kündigung zusätzliche Mitarbeiter*innen verlieren könnte, als Arbeitsplatz attraktiver gestaltet wird. Es handelt sich hier um einen systemrelevanten Bereich.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Blick auf unsere Kinder und Jugendlichen werfen. Wir dürfen nicht vergessen, wie solidarisch die Jugend sich verhalten hat, um die älteren Menschen zu schützen. Sie haben auf vieles verzichtet und auch verzichten müssen, was das Leben ausmacht, wenn man jung ist. Sie wurden in ihrer Ausbildung, ihrem Studium, in ihrer Freizeit und ihrem sozialen Kontakt, bei ihrem Start ins Leben ausgebremst. Obwohl sie keine Lobby haben, haben sie diese Alltagseinschnitte geduldig ertragen. Welche Auswirkungen diese Entbehungen in ihrem sozialen Leben verursacht, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen. Bereits jetzt machen sich die psychischen Belastungen bei den Jugendlichen in ungeahntem Ausmaß bemerkbar. Ausreichende psychische Betreuung durch fachkundiges Personal ist notwendig. Dafür müssen die nötigen Geldmittel bereitgestellt werden. Wir müssen die Sichtweise im Umgang mit den Kindern und Jugendlichen neu überdenken. Ob die Impfung für Kinder unter 12 Jahren der richtige Weg ist, um die älteren Mitmenschen zu schützen, muss sorgfältig geprüft werden. Hier braucht es wissenschaftliche Belege, ob eine solche Maßnahme die Pandemie zusätzlich verhindert. "*Impfstoffe sind wirksam, um Men-*

schen vor schweren Verläufen von Covid-19 zu schützen", so die WHO. Die WHO schreibt weiter: "Regierungen und/oder institutionelle Entscheidungsträger sollten Argumente verwenden, um eine freiwillige Impfung gegen Covid-19 zu fördern. Es sollten Anstrengungen unternommen werden, um den Nutzen und die Sicherheit von Impfstoffen für eine größtmögliche Akzeptanz der Impfung zu kommunizieren." SARS-CoV-2 verursacht bei Kindern kaum schwere Verläufe. Sollte das Ziel der Kinderimpfung der Infektionsschutz sein, dann braucht es valide Daten, in welchem Ausmaß und wie lange die Impfung die Übertragung reduziert.

Leider müssen wir in diesem Corona-Herbst selbstkritisch feststellen, dass wir weiter sein könnten. Das ist eine bittere, aber notwendige Erkenntnis. Das Land müsste nicht so hart von der vierten Welle getroffen werden. Das Mittel, sich vor einem schweren Verlauf zu schützen, haben wir zur Hand. Wir müssen es nur nützen! Mein Appell als Arzt, lassen Sie sich impfen und nehmen Sie die Boosterimpfungen, die Auffrischimpfungen, die Impfangebote wahr. Besonders gilt dieser Aufruf den älteren Mitbürgern*innen und chronisch Kranken. Sie sind besonders gefährdet, schwer an Covid-19 zu erkranken. Dann wird es uns gelingen, die Härten des letzten Winters zu vermeiden. Wir müssen diese Herausforderung gemeinsam meistern.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Rede zum Minderheitenbericht von Paul Köllensperger letzte Woche anknüpfen, als er folgendes zur Finanzierung des Gesundheitssystem sagte: "*Vielleicht ist dieser Bereich, der früher oder später wirklich jeden Südtiroler/jede Südtirolerin betrifft, im Vergleich zu den Daten anderer moderner Staaten gar unterfinanziert.*" Das öffentliche Gesundheitssystem ist mit den 1,454 Milliarden Euro finanziell sehr gut ausgestattet. Trotz allem müssen wir diese Geldmittel bezogen auf den Output des Gesundheitssystem in unserem Land hinsichtlich Qualität und quantitativer Leistungserbringung hinterfragen und bewerten. Das Geld im Gesundheitswesen muss im System bleiben. Rein gewinnorientierten Trägern muss eine klare Absage erteilt werden. Einer zunehmenden Kommerzialisierung im Gesundheitswesen, die wir auch in unserem Lande wahrnehmen, muss Einhalt geboten werden. Ärztliches Handeln muss vor ökonomisch motivierten Einflussnahmen geschützt sein, auch zum Wohle der Patienten und Patientinnen. Hier müssen wir endlich ehrlich werden. Haben wir Strategien und Konzepte, um den fortschreitenden Fachkräftemangel im Gesundheitssystem zu kompensieren? Die Personalsituation in den Krankenhäusern, Altenpflegeeinrichtungen und mobilen territorialen Diensten verschlechtert sich zusehends. Hierzu erwarte ich mir vom Landesrat für Gesundheit klare Antworten zu folgenden Fragen: Sind wir noch in der Lage, eine ausreichende ärztliche und pflegerische Versorgung auf dem Lande zu garantieren? Welche Maßnahmen sind geplant, um dem Ärzte-, Fachärzte- und Pflegemangel zu begegnen? Welche Ziele werden verfolgt, um die Wartezeiten medizinischer Leistungen dringend abzubauen? Wie gedenkt das Assessorat für Gesundheit, das sich während dieser Pandemie sehr schweigend verhielt, das Südtiroler Gesundheitssystem resilienter und gleichzeitig effizienter zu gestalten? Brauchen wir wirklich eine Pandemie, um die Probleme in der Pflege und in der Ärzteschaft zu begreifen? Es darf uns nicht gleichgültig sein, dass so viele Menschen, die in diesen wichtigen, verantwortungsvollen Berufen arbeiten, so erschöpft und ausgebrannt sind, dass sie einfach nicht mehr können und sich aus dem System verabschieden und ins nahe Ausland abwandern und gar nicht mehr zurückkommen. Die Suspendierungen vieler Kollegen*innen, Pfleger*innen haben diesen Mangel noch verstärkt. Hat sich der Sanitätsbetrieb ausreichend um sie bemüht oder haben wir einfach nur den verwaltungstechnischen Prozess durchgezogen? Welche Empathie haben wir aufgebracht, um sie zurückzuholen oder mit ihnen zu sprechen? Gerade jetzt brauchen wir gut ausgebildete in der Muttersprache des Patienten kommunizierende Pflegekräfte und Ärzte*innen. Wir werden sie in Zukunft noch dringender brauchen. Gerade deshalb muss alles unternommen werden, dass diese Berufszweige attraktiver werden und die nötige Wertschätzung erhalten, die sie verdienen. Eine bessere Entlohnung der Pflege ist dringend notwendig.

Die Coronapandemie verlangt von uns allen und insbesondere von unserem Gesundheitssektor viel ab. Der Landeshaushalt ist mit 1,454 Milliarden für den Gesundheitssektor sehr gut dotiert. Es ist viel Geld für den Gesundheitsbereich, mit dem die neuen medizinischen, pflegerischen, technischen und rehabilitativen Anforderungen finanziert werden müssen. Dennoch müssen wir mit den Steuermitteln sparsam umgehen. Wir brauchen Kenngrößen, eine regelmäßige Kontrolle der Effizienz, eine Ergebniskontrolle und letztendlich, damit dies auch möglich sein kann, eine effiziente, moderne, anwenderfreundliche Digitalisierung mit Vernetzung aller Stakeholder und auch der Privaten im Gesundheitssystem.

Die Pandemie zeigt uns allen, wie wichtig eine krisenfeste Gesundheitsversorgung ist, und dazu brauchen wir leistungsfähige Krankenhäuser vor Ort. Die ländlichen Regionen brauchen ihre Krankenhäuser. Das haben wir in der Krise gesehen. Nur sie sichern gemeinsam mit den Basismediziner*innen die flächendeckende medizinische Grundversorgung. Dazu gehört eine ausreichende Zahl an Intensivbetten mit dem nötigen Personal, die entsprechend in allen Krankenhausstandorten einzurichten sind. Die Krankenhäuser müssen kri-

senfester gemacht werden. Allen Mitarbeitern*innen gebührt unser Dank, weil sie in dieser Dauerkrise Unglaubliches leisten.

Lassen Sie mich nochmals den Blick auf die Pflege werfen. Wir müssen für eine Aufwertung, für mehr Attraktivität und für eine stärkere fachliche Einbindung der Pflege im Krankenhaus, im Territorium und in der Langzeitpflege sorgen. Seit Monaten arbeiten Pflegekräfte am Limit. Kein Beruf leidet so unter hohem Krankenstand wie die Pflege. Sie braucht mehr Gesundheitsschutz, eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Die Coronakrise zeigt uns, dass professionelle Pflege gesellschaftsrelevant ist, von der Intensivstation bis zur Gemeindepflege. Lassen Sie uns gemeinsam die Pflege stärken!

Wir sind nicht am Ende der Pandemie; trotzdem müssen wir Lehren aus der Zeit der Pandemie ziehen. Lehren dienen nicht nur der Bewältigung neuer Krisen, sondern sie zeigen uns, wie wir unser Land zukunftsfähiger machen können, mit Hilfe der Geldmittel aus dem Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza (PNRR), die vor allem in die Digitalisierung, der Bekämpfung des Klimawandels und der Nachhaltigkeit (Green Deal) eingesetzt werden sollten.

Erneut hat dieses Jahr uns alle in unserem Verhalten und vor allem in unserem zwischenmenschlichen Umgang bis hin zu persönlichen Anfeindungen stark verändert. Wir alle lebten in den vergangenen Jahrzehnten ziemlich behütet und auf Fortschritt und dem ökonomischen Zwang des „Immer mehr“ ausgerichtet. Gleichwohl hat Paul Köllensperger bei der Vorstellung des Minderheitenberichtes ein Manko in der Haushaltsgebarung klar benannt: die, die keine oder keine organisierte Verbandsstimme haben, haben oft das Nachsehen, während andere mit starker Lobby an ihrer Seite in den Genuss nahezu von Überförderungen kommen. Erinnern wir uns an das Entgegenkommen bei der GIS mit dem entsprechenden Gesetz im Spätherbst.

Die Pandemie wird uns noch lange begleiten, dessen müssen wir uns bewusst sein. Ich fand es deshalb wirklich wichtig, Herr Landeshauptmann, dass Sie in Ihrer Rede so eindringlich appelliert haben, dass wir es als Gesellschaft in der Hand haben, die Auswirkungen der Pandemie selbst in den Griff zu bekommen. Wir als Gesellschaft sind gefordert, aufeinander zuzugehen. Wir werden mit einer veränderten Lebensweise – so ehrlich müssen wir sein – vorerst leben lernen. Die Impfung wird uns helfen, die Belastung der medizinischen Einrichtungen zu mindern, aber sie wird uns nicht vor dem sich ändernden Coronavirus schützen können. Neue Strategien sind langfristig notwendig. Die 2G-Regel oder besser der Super Green Pass, die nur Geimpften oder Genesenen den Zugang zu bestimmten Bereichen erlaubt, halte ich für hoch problematisch. Die Spaltung der Gesellschaft wird durch solche Maßnahmen noch weiter vorangetrieben. Mit solchen Maßnahmen hat sich die Politik bedauerlicherweise in eine Sackgasse manövriert. Um aus dieser wieder herauszukommen, erhöht sie unerschwerlich den Druck auf die Nicht-Geimpften, ein Verhalten, das im Widerspruch zu ethisch-moralischen Grundhaltungen steht. *"Jetzt durch Ausschluss aus sozialen, kulturellen oder ökonomischen Aktivitäten die Nicht-Impfliche zu zwingen, sich impfen zu lassen, führt zu einem 'Anti-Impf-Heroismus'",* warnt der Philosoph Nida-Rümelin, *"bei dem die Menschen stolz darauf sind, dass sie Widerstand leisten. Das ist ein unnötiger Stresstest, auf dem wir uns jetzt einlassen"*, so der Ethikrat-Vizepräsident weiter. Gerade das weitgehende Herunterfahren der Impfzentren im Sommer und die Abschaffung der kostenlosen Corona-Tests finde ich falsch und eine Schnapsidee. Wir brauchen eine klare Übersicht über das Infektionsgeschehen. Das freiwillige unerschwerliche Testen aller - Geimpfter, Ungeimpfter und auch Genesener - ist das entscheidende Instrument neben der Impfung, um frühzeitig Infektionsherde zu erfassen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Wir sind in diese Situation teilweise selbstverschuldet hineingestolpert. In Zusammenhang mit dem Testen ergeben sich nun mehrere Fragen, die durch das neue Dekret der Regierung - leider konnte ich den Inhalt nicht lesen, sondern kenne diesen nur aus den Medien -, vorgestellt durch den Gesundheitsminister am 14.12.2021, auftauchen. Laut diesem Dekret müssen Bürger aus den EU-Staaten bei der Einreise in Italien entweder einen gültigen Antigentest oder PCR-Test unterschiedlicher Gültigkeitsdauer aufweisen. Es ergeben sich folgende Fragen: Hat der Green Pass nun keine Gültigkeit mehr? Was bedeutet dies für die Pendler und Studenten, die nach Tirol pendeln? Was bedeutet dies für die Kurzurlauber oder Familien mit Kindern? Was bedeutet dies für die Reiserückkehrer, die mit dem Green Pass ausgereist sind? Müssen sie vor der Einreise einen Test machen? Treiben wir mit solchen Maßnahmen nicht eine weitere Spaltung der Gesellschaft voran? Viele fragen sich, was das alles gebracht hat. Das sind nur ein paar wenige Fragen, die einer Klärung gerade in dieser Vorweihnachtszeit bedürfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben – das spüren wir alle – ganz besondere Wochen. Wir befinden uns in einer entscheidenden, vielleicht in der entscheidenden Phase der Pandemiebekämpfung. Diese vierte Welle ist sehr schmerzhaft. Deshalb denken wir auch an die Menschen, die Tag und Tag an oder mit dem Virus sterben. Wir denken an die, die in den Krankenhäusern und in den Altenheimen um ihr Leben

bingen, die alles geben, dass es für die Kranken und Angehörigen menschlich bleibt. Dafür ein herzliches Dankeschön. Wir müssen uns noch einmal anstrengen. Wir haben nach all den Monaten, die wir mit dem Virus verbracht haben, gelernt, dass wir etwas dagegen tun können. Wir müssen die Schutzmaßnahmen einhalten. Ja, es ist ein bisschen unmenschlich, aber man kann es ertragen.

Wenn dieses Ausnahmejahr 2021 mit all den Folgeerscheinungen nach den nächsten 12 bis 24 Monaten nur mehr eine schwache Erinnerung sein wird, müssen wir gemeinsam das machen, wozu zu Anfang der Pandemie im März 2020 der ehemalige deutsche Bundesgesundheitsminister Spahn gemahnt hat: "*Wir werden uns dann alle gegenseitig viel zu verzeihen haben*". Dem kann man nur zustimmen. Allerdings wird dieses Eingeständnis, das Beste versucht und es nicht immer richtig getroffen zu haben, nur dann glaubwürdig sein, wenn in der Zwischenzeit die Weichen für den nächsten Landeshaushalt so gestellt werden, dass zur Sicherung des Wohlstandes unserer und nachfolgender Generationen ein sozialer Ausgleich mit den öffentlichen Mitteln zwischen den unterschiedlichsten Interessengruppen erfolgt. Paul Köllensperger hat bei der Vorstellung des Minderheitenberichts angemahnt, dass es viele Bereiche gibt, in denen wir gefährlich auf Kante genährt sind und andere, bei denen wir meinen, das Füllhorn steuerlicher Zuwendungen weiter ausschütten zu können, als gäbe es kein Morgen.

Ich komme nochmals zurück zum Anfang meiner Rede. Die Corona-Krise hält uns einen Spiegel vor: sie zeigt uns, wie wir wirtschaften, wie wir denken und empfinden und eröffnet Spielräume auch einer positiven menschlichen Veränderung, und das ist letztendlich der Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir haben gelernt, wie verletzlich wir als Menschen sind und wie sehr wir aufeinander angewiesen sind. Es kommt auf jeden Einzelnen an, das Land muss unterstützend mithelfen. Deshalb muss der Landeshaushalt so ausgewogen sein, dass er diesem Zusammenhalt Rechnung trägt. Zusammenhalt bedeutet eben nicht nur, den Starken und Jungen alles zu ermöglichen und jegliche Freiheiten zu geben, sondern Zusammenhalt und Solidarität bemisst sich daran, wie wir in der Lage sind, die Alten, die Schwachen, die Verletzlichen und Randgruppen zu schützen. Für diese Ziele sollte es sich sowohl für die politische Mehrheit wie die Minderheit in diesem Hause lohnen, gemeinsam zu kämpfen!

Zum Schluss meiner Rede möchte ich den Philosophen Hegel zitieren, der mit Blick auf die Lernfähigkeit der Gesellschaft, mit der Lernfähigkeit der Gesellschaft folgendes schrieb: "*Was die Erfahrung aber und die Geschichte lehren ist dieses, dass Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben*." Ich hoffe, dass wir trotz dieses düsteren Urteils des großen Philosophen als Gesellschaft lernfähig bleiben und aus den vorangegangenen Krisen und dieser Corona-Pandemie Lehren ziehen und besser auf neue Krisen vorbereitet sind. Widerlegen wir den Pessimismus Hegels und sorgen wir für die Zukunft vor: Lassen Sie sich impfen, um endlich aus der Covid-19-Pandemiekrise herauszukommen.

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit!

PLONER Alex (Team K): Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzter Herr Landeshauptmann, am Geld scheint es noch nicht zu mangeln, denn sonst könnten wir heuer nicht den größten und üppigsten Haushalt aller Südtiroler Zeiten debattieren und am Ende beschließen. An dieser Stelle muss einmal jenen gedankt werden, die dafür gesorgt haben, dass diesen Haushalt beschließen können.

Der Haushalt ist eine monetäre Bestandaufnahme der Vergangenheit, eine Standortbestimmung für die Gegenwart und eine Chance für die Zukunft. Auch wenn wir das vergangene Jahr, die Krise mit den Lockdowns, der nicht gewesenen Wintersaison, den eingebrochenen Umsätzen, die wir offensichtlich im Haushalt des Landes nicht so stark spüren, sehen, so haben wir dennoch eine Chance verpasst, die Chance des Umdenkens, des Sparens und der Neuausrichtung. In der Haushaltsrede spricht der Landeshauptmann oft vom Verzicht, vom weniger ist mehr, von der Abkehr des Leistungsprinzips: Höher, schneller, weiter. Da pflichte ich ihm zu. In der Tat hat sich im vergangenen Jahr die Fragestellung bei vielen Menschen erneut verändert. Was brauchen wir, was wollen wir haben, was müssen wir haben und daraus resultierend die Frage, wer muss oder kann dafür bezahlen?

Millionen in Südtirol und Milliarden auf nationaler Ebene wurden für Covid-Hilfen ausgegeben. Geld, das ja nicht auf Bäumen wächst. Die Frage der Schulden-Verantwortung für die nächsten Generationen ist eine wichtige. Wir dürfen unsere Kinder nicht für unsere Entscheidungen heute alleine arbeiten lassen. Die Schuldenproblematik hatten wir schon letztes Jahr im Minderheitenbericht des Team K angesprochen und tun es heuer auch wieder. Im Haushalt sehe ich wenig Aktionismus in diese Richtung. Eher zeigt sich mir an einigen Stellen eine "nach mir die Sintflut-Haltung". Der Landeshauptmann spricht als Finanzlandesrat vom

Verzicht, aber ich vermisse den Verzicht in der Landesregierung und vor allem die Taten. Da wäre der Verzicht zugunsten des sozialen Ausgleichs, zugunsten einer Sanierung und des Erhalts der Natur, zugunsten unserer Kinder, zugunsten jener Menschen, die in der Krise Außerordentliches geleistet haben. Ich vermisse den konkreten Verzicht der Landesregierung an Beton, Stichwort Protzbauten z.B. bei der Einfahrt Gadertal. Verzicht von unnützen und beleidigenden Werbemaßnahmen, Stichwort "Merkel-Gau", Verzicht von Beratungsdienstleistungen in Millionenhöhe anstelle Förderung und Forderung der eigenen Mitarbeiter*innen. Sehr gerne wird ja von Landesrät*innen in Interviews darauf verwiesen, dass die Opposition sagen solle, wie sie Wünsche und Vorschläge gegenfinanzieren wolle. Das sagen wir ihnen gerne, just in jenem Moment, wo wir auch in Entscheidungen eingebunden werden, Informationen von Seiten der Landesregierung rechtzeitig und umfassend erhalten und wir nur den Hauch eines Gefühls bekommen, ernst genommen zu werden. Wie es auch schon letzte Woche in den Minderheitenberichten gesagt worden ist, wenn wir Abgeordneten als legitime Vertreter eines Großteils der Bevölkerung die Informationen als Letzte bekommen und der einzige Austausch zum Haushalt in der Haushaltsdebatte und der anschließenden Artikeldiskussion besteht, dann dürft Ihr als Landesrät*innen nicht etwas einfordern, dass nie und nimmer erfüllbar ist und dies als Sumserei und Wadelbeißerei der Opposition verkaufen.

Zurück zum Verzicht. "*Verzicht muss in einer Überflussgesellschaft wie der unseren nicht unbedingt ein Einschnitt oder ein großer Verlust sein*". So steht es in der Haushaltsrede des Landeshauptmannes. Das hängt davon ab, Herr Landeshauptmann, worauf die Menschen verzichten müssen und mussten in diesem vergangenen Jahr. Kinder mussten auf die Schule verzichten, auf die Momente mit ihren Freunden, auf den Verein, auf den Sport, auf die Musik. Jugendliche mussten auf das Feiern verzichten, auf Maturabälle, auf die Begegnung mit der ersten Liebe, auf Reisen. Im Vinschgau müssen sie neuerdings auch auf die einzige große Diskothek verzichten. Eltern mussten auf ihr berufliches Weiterkommen verzichten, um bei ihren Kindern zu sein, haben sogar gekündigt, um den Fernunterricht zu organisieren oder sich Nahrungsmittel leisten zu können. Es gab die Abwanderung aus dem Gastgewerbe in Südtirol, über die heute sogar der "Spiegel" berichtet. Unternehmer*innen, Kulturschaffende mussten auf Einnahmen verzichten, mit denen sie ihre Kreditraten begleichen müssen und ihr Geschäft am Leben erhalten können. Die Schließung der größten Diskothek im Vinschgau, die heute bekannt geworden ist, zeugt von der Situation der Unternehmer*innen. Menschen mussten in ihrer Todesstunde auf eine Hand, die sie hält und ein Lebewohl verzichten. Diese Erfahrungen, dieser Verzicht hat die Menschen verändert und sie verständlicherweise auch misstrauisch gemacht.

Und damit bin ich bei einem Punkt, den der Landeshauptmann in seiner Haushaltsrede auch angesprochen hat, nämlich beim Verlust von Vertrauen. Ja, diese Landesregierung hat auch im letzten Jahr wieder Vertrauen verloren, wie die Politik als Gesamtes. Menschen unterscheiden nicht zwischen Landesregierung, Landtag und Opposition. Der Landeshauptmann hat es letzte Woche so gesagt: "*Nicht alle haben das nötige Vertrauen aufgebracht, um den eingeschlagenen Weg mitzubeschreiten*." Da klingt für mich ein leichter Vorwurf in Richtung Bevölkerung durch. Rhetorisch klingt es bei Pressekonferenzen und in Interviews immer so: "Wir haben Luft nach oben und es gibt Verbesserungspotential". Wie wäre es mal mit einem "Entschuldigung, wir haben Fehler gemacht". Ich erinnere an den Diskurs der Kollegin Ladurner zum Thema Fehlerkultur. Es kommt nicht von ungefähr, dass euch als Landesregierung die Lehrpersonen, das Pflegepersonal, die Arbeitnehmer*innen, die Unternehmer*innen und viele andere nicht mehr so vertrauen wie noch vor der Pandemie. Diesen Vertrauensverlust vor allem an der Impfdiskussion festzumachen, greift in meinen Augen zu kurz. Das Wort Vertrauen bildet für mich eine Symbiose mit dem Wort Feingefühl. Vertrauen entsteht dort, wo fein gefühlt wird.

Letzte Woche lese ich das Interview mit Reinhold Messner zur, auch aus meiner Sicht, äußerst misslungenen Merkel-Werbe-Geschichte. Wenn jemand etwas in Südtirol zu Frau Merkel sagen kann, dann wohl jener Mann, der ihr bei vielen Wanderungen sehr nahe war, der immer auch ihre Privatsphäre geschützt hat, der wahrscheinlich als einziger Südtiroler ihre private Handynummer bekommt oder immer schon hatte und der weiß, wie es sich lebt, wenn man selbst eine starke Marke ist. Das sind die großen Unterschiede zwischen einem Herrn Messner und einem Herrn Marketingverantwortlichen, der Frau Merkel als Werbeplattform und damit Chance sieht, noch mehr Touristen ins Land zu holen. Reinhold Messner sagt in diesem Interview, angesprochen auf die Anzeige und ob diese keinen guten Eindruck bei Frau Merkel hinterlassen würde: "*Leider nein. Wir sollten Acht geben, dass sie uns als feinfühlig Südtiroler in Erinnerung behält*". Feinfühlig Südtiroler? Ich habe beobachtet, dass gar einige bei dieser Betitelung "feinfühlig Südtiroler" inzwischen den Kopf schütteln. Wir nehmen viele Menschen hierzulande schon nicht mehr als feinfühlig wahr. Mit dieser Aussage scheint Reinhold Messner zu wissen oder zu spüren, dass uns Frau Merkel - ich nehme mal an, mit ihr

Millionen andere Menschen, Gäste, Geschäftsleute, Beobachter - uns Südtiroler*innen als feinfühlig Menschen wahrnehmen und kennengelernt haben. Und ja, das sind wir auch. Diese Erfahrung habe auch ich in meinem Privatleben oder in meinem Berufsleben als Journalist gemacht und mache sie zum Glück auch heute noch jeden Tag.

Aber wir scheinen diese Feinfühligkeit in bestimmten Bereichen verloren zu haben oder zu verlieren, wenn wir eben solche Werbeanzeigen in Auftrag geben und genehmigen, dabei noch glauben, einen super Werbecoup gelandet zu haben. Wir haben diese Feinfühligkeit verloren, wenn wir nicht spüren, welche Sorgen und Nöte die Lehrpersonen umtreiben oder wenn wir nicht merken, unter welchen Umständen Menschen in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen arbeiten und wie sinnlos es ist, Hunderte Millionen von Euro in Straßenbauprojekte zu investieren - das Assessorat von Kollegen Alfreider ist ja jenes mit den höchsten Zuwächsen -, während die Generation unserer Kinder erst gar keinen Führerschein mehr macht. Ja fragt sich in dieser Landesregierung jemand, ob wir all diese Straßen, Parkplätze, Parkgaragen, Unterführungen und Tunnels in 10, 20, 30 Jahren noch brauchen werden? Hier böte sich der Haushalt als Chance, wenn es denn eine Vision für die Zukunft gäbe.

Ich sehe keine Verkehrsvision, höre aber viele interessante Worte in Interviews. Ich höre die Worte des Kollegen Alfreider, wie viel man denn für die öffentliche Mobilität plant, sehe aber dann die Antwort auf meine Anfrage, ob denn an einem Halbstundentakt für ganz Südtirol am Wochenende und in den Abendstunden gearbeitet würde. Antwort auf diese meine Anfrage, die vor 3 Monaten eingelangt ist: *"Die flächendeckende Ausweitung des Halbstundentaktes auch am Wochenende ist zurzeit nicht geplant. Es wird aber beabsichtigt, das Angebot an den Tagesrändern und bei starker Fahrgastnachfrage laufend auszuweiten"*. Es wird also "beabsichtigt" ein Angebot im öffentlichen Nahverkehr auszuweiten, wobei der Landesrat im Satz vorher sagt, nein an einer Ausweitung des Halbstundentaktes wird derzeit nicht gearbeitet. Einerseits lese ich in dieser Antwort eine Absichtserklärung, andererseits die konkrete Tat, die aber derzeit nicht umgesetzt wird. Auch davon, liebe Landesregierung, haben die Menschen die Nase langsam voll. Von dieser Rhetorik, die oft zwar netter klingt, als sie in Wirklichkeit ist. Diese Wortklauberei und -spielerei, im Fachjargon auch Ankündigungspolitik genannt, ist vermehrt zu vernehmen. Übrigens, sinnverwandte Worte für das Feingefühl sind Worte wie das Taktgefühl, das Fingerspitzengefühl, die Sensibilität, das Einfühlungsvermögen.

Womit ich einen Abstecher zum Feingefühl für die politische Rhetorik mache, die erst kürzlich vom Journalistenkollegen Christian Pfeifer recht treffend im Artikel mit dem Titel "ich glaub, ich hör nicht richtig" beschrieben worden ist. Diese treffende Analyse des SZW-Chefredakteurs der politischen Rhetorik, sei hier kurz wortwörtlich wiedergegeben. Ich zitiere: *"Ein politischer Modeausdruck ist zum Beispiel 'neu denken'. Wir müssen das Beitragssystem neu denken. Oder die Raumordnung, die Mobilität, die Schule. Alles Mögliche. Im Klartext: Es muss geändert werden! Weil Veränderung auf Menschen aber bedrohlich wirkt und die Aussicht darauf sogleich eine Abwehrreaktion erzeugt, wird lieber neu gedacht. Neu ist gut. Und solange die Politik nur denkt und nicht tut, haben wir eh nichts zu befürchten."* Pfeifer schreibt weiter: *"Die Ohren spitzen sollten wir nicht nur wenn Politiker:innen neu denken, sondern auch, wenn sie andenken: 'wir müssen eine Lösung andenken'. Das klingt zwar, als würde Bewegung in eine Sache kommen, heißt aber nichts anderes als: Es gibt vordringlichere Angelegenheiten. Wer nur andenkt, sucht nicht wirklich nach der Lösung. Es ist wie beim Speck: anschneiden bedeutet nicht aufschneiden."*

"Nachbessern" ist ebenfalls ein tückisches Wort. Dass es nach "besser" klingt, heißt nix. Besser für wen? Wenn etwa die Förderkriterien nachgebessert werden, dann gibt's künftig garantiert weniger Geld, weil die Mittel nicht reichen. Sonst wird stolz erhöht oder aufgestockt, aber sicher nicht nachgebessert. Wer nachbessert, versteckt eine Verschlechterung. *"Und dann wäre da noch das Wörtchen 'zeitnah'"* schreibt Christian Pfeifer, das ihm ebenfalls immer öfter unterkommt. *Was ist zeitnah? Ich werde den Eindruck nicht los, dass das auch so eine Mogelpackung ist. Zeitnah ist nicht bald. Zeitnah ist irgendwann"*.

Nachbessern. Was wurde nicht alles an Nachbesserung in den letzten Wochen versprochen, möglich aber erst mit dem Nachtragshaushalt in einem halben Jahr, von dem wir nicht einmal wissen, wie hoch er sein wird. Schon mal überlegt, ob die Menschen eher mit der Wahrheit leben könnten als mit diesen dauernden Versprechen und Ankündigungen, die, wenn sie sich dann als falsch herausstellen oder nicht umsetzbar, eben dafür sorgen, dass Vertrauen verlorengeht?

Vor einem Jahr hatte ich in meiner Rede zum Haushalt Folgendes gesagt und ich sollte leider recht behalten: *"Der Verteilungskampf hat erst begonnen, er hat in den letzten Wochen zugenommen und er wird größer werden. Wenn es ans Eingemachte geht, ist sich jeder selbst oft der Nächste. Eine Situation, die mich nachdenklich stimmt. Es nimmt die Aggressivität zu, die psychische und physische, die Psyche beginnt zudem"*

zu erkranken. Ein Gespräch mit Psychologinnen und Psychiaterinnen genügt, um sich ein Bild der Lage derzeit zu machen. Kinder zeigen derzeit vermehrt depressive Symptomatiken und sind orientierungslos." So meine Worte vor einem Jahr. Heute in der Früh wurde eine Studie der Universität Krems veröffentlicht, an der 1.000 Schülerinnen und Schüler im Alter von 14 bis 20 Jahren teilgenommen haben. 62 Prozent der Mädchen und 38 Prozent der Burschen haben eine mittelgradige depressive Symptomatik und 20 Prozent der Mädchen und 14 Prozent der Burschen haben wiederkehrende suizidale Gedanken. Der Autor dieser Studie sagt: "*Die psychische Belastung ist besorgniserregend.*"

Es ist für mich nicht verständlich, dass die Forderung des Team K in primis vom Kollegen Franz Ploner vor vielen Monaten nach einer Post-Covid Strategie für die Kinder und Jugendlichen, die eben gerade die Aufarbeitung der psychischen Auswirkungen der Krise auf Kinder und Jugendliche zum Ziel hatte, von der SVP abgelehnt wurde. Jetzt kommt Kollegin Jasmin Ladurner mit der gleichen Forderung um die Ecke, schlägt eine Anhörung zum Thema vor, und dieser Vorschlag wird natürlich angenommen und wartet nun auf Umsetzung. Hättet Ihr damals unseren Vorschlag angenommen, dann hätten wir jetzt schon etwas vorzuweisen und müssten nicht erst in eine Anhörung gehen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen der Mehrheit, ist einfach schlechter politischer Stil! Auch die entsprechenden Mittel im Landeshaushalt hätten wir schon vorsehen müssen und können, aber das Soziale ist ja, wie wir wissen, ebenso zu Teilen in den Nachtragshaushalt verbannt worden wie andere Themen auch. Sollten beim Kollegen Widmann Mittel für dieses Thema, beispielsweise für die Aufstockung der psychischen Betreuung an Schulen, vorgesehen sein, dann lasst mich das bitte wissen.

Politik in guten Zeiten, wo man aus dem Vollen schöpfen kann, ohne größere Sorgen, ist eine andere als die Politik in Zeiten des Sparens, des Verzichts, des Nein-Sagen-Müssens, aber vor allem der Angst. Menschen hören uns nun genauer zu, sie hinterfragen uns, sie demonstrieren, sie gehen auf die Straße, sie schreiben uns, sie fragen, sie schimpfen, sie sind kritischer geworden, und das ist gut, denn damit ändert sich einiges in der Wahrnehmung von Politik. Einige suchen aber auch Orientierung und Antworten, die sie sich von uns allen als gewählte Politiker:innen erhoffen.

Herr Kompatscher, sie haben in ihrer Rede des Öfteren das Wort Vertrauen verwendet; ich habe vorhin schon darauf hingewiesen. Vertrauen ist ein zerbrechliches Gut. Wenn es einmal verlorengegangen ist, braucht es lange, es wieder zurückzugewinnen. Ich frage mich, ob das ein Haushalt ist, der Vertrauen zurückgewinnt. Sind darin Maßnahmen finanziert, die Menschen wieder beruhigen, sie in ihren sicheren Alltag zurückbringen, ihnen dabei helfen, Vertrauen wieder aufzubauen und die Hoffnung bestärken, dass zum Beispiel B. unsere Kinder eine gute Zukunft haben? Ich habe an dieser Stelle letztes Jahr Egon Bahr zitiert und ich tue es heuer auch wieder. Egon Bahr, der große Sozialdemokrat, Bundesminister und Wegbegleiter von Willy Brandt formulierte es einmal so: "Wann man – aus welchem Grunde auch immer - den Gürtel enger schnallen muss, muss die Gerechtigkeit größer geschrieben werden. Sonst nimmt man die Menschen nicht mit". Ist das ein Haushalt, der Menschen mitnimmt? Ist die Politik, die diese 6,5 Milliarden Euro ermöglichen eine Politik, die Menschen mitnimmt und begeistert? Viele glaubten den Krisenmodus, die Lockdowns, die Ängste hinter sich gelassen zu haben, auch weil es ihnen von Politiker:innen versprochen worden ist. Doch gerade diese Woche sind wir dabei, Lehrpersonen zu suspendieren, Unruhe und Unsicherheit in das Schulsystem zu bringen. Auch die Angst vor einer weiteren unsicheren Wintersaison ist da. Kann man von einer vorsichtigen und vorausschauenden Politik sprechen, wenn z.B. keine oder wenige Covid -Hilfen als Reserve in einem 6,5 Milliarden Haushalt verplant werden? Vielleicht habe ich sie aber auch nicht gefunden. Dann ersuche ich Sie, mich zu berichtigen.

Wer von einem Verzicht auf Seiten der Bevölkerung spricht, muss auch bereit sein, selbst zu verzichten. Wo findet sich dieser Verzicht im Haushalt? Wo sind die Sparpotentiale angegangen und ausgeschöpft worden? Eine funktionierende Spending Review, die sie Herr Landeshauptmann ja als laufender Prozess für den Haushalt beschreiben, sollte klar Sparpotentiale ausweisen und dabei helfen oder schon geholfen haben, Gelder auszuweisen, die in neue Themen wie eben den Klimaschutz, die bessere Bezahlung in der Pflege oder in der Bildung investiert hätten werden können. Da bräuchte es an dieser Stelle das Wort "Nachbessern" erst gar nicht, sondern Sie könnten verkünden: "haben wir getan, ist bereits umgesetzt". Da wünsche ich mir in Zukunft mehr Geschwindigkeit, denn wir und viele Menschen messen Euch als Landesregierung verstärkt an den Taten, nicht mehr an den schönen Worten. Das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass die Plattformen für die schönen Worte, die Eröffnungen, die Vollversammlungen, die vielen Feste und Events mit dem Bierfassl-Anstich - traditionell SVP-Hoheitsgebiet - in den letzten zwei Jahren vielfach ausgefallen sind. Die Krise wurde einmal mehr nicht als Chance genutzt, neu zu denken, mutig zu sein, heilige Kühe zu schlachten

und mit der gerechten Verteilung bzw. Umverteilung jetzt schon zu starten. Diese neuen finanzpolitischen Spielräume nehme ich, so wie letztes Jahr schon angemerkt, auch heuer in diesem Haushalt nicht wahr.

Neue Situationen erfordern neue Wege. Schauen wir uns mal diese Wege an, wie neu sie waren oder wie schnell sie wieder in der Sackgasse geendet sind oder man sich im Kreise dreht.

Der erste Weg führt in die Schulwelt. Wir haben erlebt, wie schnell sich die Schulwelt im Frühjahr 2020 verändert, wie schnell sich ein ganzes Schulsystem auf den Fernunterricht und auf die Sicherheitsmaßnahmen umgestellt hat. Nur, wie seid Ihr als Landesregierung mit dieser Leistung umgegangen? Wurde sie honoriert, oder nur beklatscht? Habt Ihr die Rahmenbedingungen geschaffen, zusammen mit Euren Beamten-Apparat, damit diese Menschen stolz sein können auf ihre Leistungen, dass sie weiterhin motiviert ihr Bestes für die Bildung unserer Kinder geben? Allzuoft habe ich den Satz gehört: "Wenn es nicht für meine Schüler wäre, würde ich alles hinschmeißen."

Diese Haltung ist, angesichts der mühsamen Diskussion rund um den IT-Bonus oder die Anpassung der Gehälter noch schlechter geworden. Ihr habt über ein Jahr gebraucht, um eine Lösung für die IT-Bonus-Geschichte zu finden. Es mag schon sein, dass Politik manchmal schwierig ist, aber auch da müssen wir Gas geben. Die Menschen wollen uns und auf Lösungen und Leistungen vertrauen. Es kann nicht sein, dass wir ein Jahr lang auf eine Lösung warten müssen. Von einer langfristigen strukturellen Lösung in dieser Thematik ist weit und breit nichts zu sehen. Die Diskussion um die Carta del docente ist schon wieder am Aufflammen, wie der offene Brief zeigt, den wir alle am 23. November von verschiedenen Lehrkräften unterschrieben erhalten haben. Ich finde es schade, dass gerade diese Diskussionen in Teilen der Gesellschaft hergenommen werden, um regelrechtes Lehrpersonen-Bashing zu betreiben, nach dem Motto, die werden sich wohl noch selbst einen Computer kaufen können. Dabei genügt ein etwas genauerer Blick in so manche Schulrealität, um einige der Probleme zu verstehen, mit denen unser Bildungssystem seit Jahren zu kämpfen hat. Ist es ein gutes Arbeitsumfeld, wenn sich in einem Schulbetrieb mit 90 Lehrpersonen in einem 110 Quadratmeter großen Lehrerzimmer bewegen müssen und dabei auf gerade mal vier Schulcomputer zugreifen können, die schon lange nicht mehr der neuesten Computergeneration angehören? Und was erwarten wir uns von den Schülern, die sich derzeit in schwierigen, belastenden Situationen befinden, die vorprogrammiert waren, die aber aus meiner Sicht kaum oder viel zu spät im Schulbetrieb thematisiert worden sind oder werden. Schulpsychologen haben wir an den deutschen Schulen ja keine, Sozialassistenten zu wenige und es fehlt vielerorts auch an den Krisenmanager:innen in den Schulen, da die Direktionen oft schon mit der Aufrechterhaltung des Mindeststandards ausgelastet sind. Ein Beispiel einer Situation. Gestern habe ich folgende Whatsapp einer besorgten Maturantin bekommen: Ich zitiere wörtlich aus dieser Whatsapp: *"Ich bin Maturantin an der Fachschule XY (bezeichne ich aus Privacygründen mal so). Es ist eine Fachschule, in welcher bis zur vierten Klasse relativ viel fachbezogene Inhalte vorkommen und kaum Inhalte, welche bei der Matura relevant sind. Das wird dann erst im fünften Schuljahr intensiver, da diese Inhalte sehr theoretisch sind und für die praktischen Berufe nicht relevant. Das Problem: Unsere Lehrpersonen haben sich heuer bereits mehrmals bei uns beschwert bzw. reklamiert, dass sie noch nie so schlechte Maturaklassen gehabt hätten und unsere Schulleistung katastrophal wäre. Ich denke aber, dass hierbei vor allem das Problem der Fernunterricht der letzten drei Jahre ist, schließlich hatten wir im Schuljahr 2019/2020 drei Monate Fernunterricht, im Jahr 2020/2021 über vier Monate bzw. die Testverweigerer über sechs Monate und auch im heurigen Schuljahr hatten wir bereits zwei Wochen Fernunterricht. Ich denke da, dass man hier vor allem auch die Leistungsansprüche senken sollte, da es für uns einfach schlichtweg nicht möglich ist der Leistung zu entsprechen, wie es eine Klasse vor drei Jahren ohne Fernunterricht getan hätte. Doch unsere Lehrer können und wollen das nicht einsehen, bzw. verlangen meist immer noch das gleiche. Ein Lehrer sagte unter anderem auch, dass er die Schuld sicher nicht dem Fernunterricht gibt, sondern wir einfach nicht fähig sind. Vielleicht gibt es ja irgendwie die Möglichkeit, die Maturansprüche noch irgendwie zu senken oder die Lehrer aufzufordern, nicht so eine hohe Leistung von uns zu wollen, da es ein enormer Druck für uns ist. Und vielleicht kann man wirklich eine mündliche Matura wieder abhalten, da eine normale Matura schlichtweg unmöglich scheint für uns".* Abschließend bittet mich die Maturantin um eine Lösungsmöglichkeit. Ich verstehe diese Maturantin. Die Frage ist, ob unser Schulsystem sie versteht, ob diese Menschen das Feingefühl haben, professionell und lösungsorientiert vorzugehen. Ich habe vorher Zahlen aus Österreich zitiert und bin davon überzeugt, dass wir auch in Südtirol ein großes Problem haben. Hier muss man einfach genau hinschauen. Es kommt nicht von ungefähr, dass Psychologen und Psychologinnen, aber auch die Lehrer und Lehrerinnen seit über einem Jahr Alarm schlagen. Hier braucht es Finanzmittel, um dieser inzwischen Emotions- und Bildungskrise mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln begegnen zu können.

Gleich nach dem Bereich der Bildung, wo Landeshauptmann Kompatscher erfreulicherweise in seiner Haushaltsrede über eine Anhebung der Finanzmittel spricht, fällt folgender Satz: "*Mit der Modernisierung unserer Gesellschaft steigen die Mindestansprüche stetig und damit auch die öffentlichen Ausgaben*". Ich bin gespannt zu sehen, wo und wie diese Gelder nun investiert werden – Stichwort Modernisierung nicht nur der Gesellschaft, sondern des Bildungssystems. Prioritäten in den Schul-Investitionen wurden in den vergangenen Jahren aus meiner Sicht nicht immer richtig gesetzt. Laut Aussagen der Schullandesräte in verschiedenen Interviews war die Krise diesbezüglich eine Chance. "Wir haben viele Schritte in der Digitalisierung nach vorne gemacht", ist zu hören. Ganz kann ich diese Euphorie nicht teilen, denn digitale Klassenbücher, Arbeitslaptops für Lehrpersonen und die Abhaltung von Teams- oder Zoomsitzungen sollte schon seit Jahren der Standard an Südtirols Schulen sein. Da haben wir etwas geschlafen. Im Chinesischen setzt sich das Wort KRISE aus 2 Schriftzeichen zusammen – das eine bedeutet GEFAHR und das andere GELEGENHEIT. Jetzt muss sich doch einmal die Gelegenheit bieten, das Südtiroler Bildungssystem zu reformieren, zukunftstauglicher zu machen, attraktiver für Studierende und Lehrpersonen. Jetzt sollten sich Experten und Expertinnen, Eltern, Schüler aus allen Bereichen an den Tisch setzen und an der Schule nach der Covid-Krisen-Zeit basteln. Wir brauchen Erneuerung auch in der Lehrer-Ausbildung. Ich sehe den Landesrat schon wieder den Kopf schütteln. Diese Themen müssen wir stark angehen. Es genügt nicht, hin und wieder ein Event zu machen, wie kürzlich Brixen, auf dem von der Zukunft der Schule von morgen gesprochen wird. Wenn wir derzeit mit der Rückholung von pensionierten Lehrpersonen und Schnellverpflichtungen versuchen noch zu retten was zu retten ist, dann werden die Innovation und die längst überfällige Reform des Schulsystems wohl noch warten müssen. Bei dieser Gelegenheit sei an die Zusammenlegung der Schulämter erinnert, was nicht nur mit einer Kostenersparnis einhergehen würde, sondern auch ein bildungspolitisch höchst dringlicher Schritt wäre, wie schon Kollege Köllensperger in seinem Minderheitenbericht vermerkt hat. Wie soll in der Basis zusammenwachsen, was oben in der Führung getrennt ist? Die Bildung, stellt das Fundament einer Gesellschaft dar. Die Summe von über einer Milliarde für die Bildung mag zwar auf Anhieb eine beeindruckende Zahl darstellen. Wenn wir jetzt dafür ein paar Millionen mehr haben, dann wird das von der Landesregierung als Erfolg verkauft. Wenn man aber weiß, dass 4,4 % des Bruttoinlandsprodukts als Bildungsausgaben den weltweiten Durchschnitt darstellen, dann sind wir Südtiroler, die sich gerne als Nabel der Welt sehen, absoluter Bildungs-Durchschnitt. Damit liegt Südtirol 500 bis 600 Millionen hinter den bildungspolitischen Vorzeigeschülern Finnland, Norwegen, Kanada oder Australien, die zum Teil über 7% ihres BIP in die Bildung investieren. 7% des Südtiroler BIP wären heuer an die 1,5 Milliarden Euro.

Einen Investitionsschub würde das Südtiroler Bildungssystem dringendst vertragen. Wir befinden uns aber derzeit leider in jener Lage, dass Familien dazu gezwungen werden, Kindern die Teilnahme am Unterricht zu untersagen und auf das Recht auf Bildung zu verzichten, weil sie sich nicht mehr die Tests leisten können, um mit einem Schülerbus mitfahren zu können, der sie in die Schule bringt. Viele Schulen, Lehrpersonen und Familien sind weiterhin im schulischen Krisenmodus. Da fällt es schwer an einer "Schule der Chancen" und der Zukunft zu arbeiten. Hier müssten endlich Taten gesetzt werden, um aus diesem Krisenmodus rauszukommen.

Die Krise hat einmal mehr die Schwachstellen und Versäumnisse der letzten Jahre im Bereich der Digitalisierung und Modernisierung in den Schulen ans Tageslicht befördert. Hier die Bitte an die zuständigen Landesräte, nun wirklich Gas zu geben und unsere Schulen zukunftsfitter zu machen, denn wie heißt es so schön: was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Das was wir in der Berufsbildung und da will ich durchaus auch einmal loben, mit einigen der am besten ausgestatteten Berufsschulen weit und breit vorzuweisen haben, sollte auch in den Grund-, Mittel- und Oberschulen des Landes der Fall sein.

Womit ich zur Kultur komme. Auch hier spielt das Wort Feingefühl eine wichtige Rolle. Es hätte von Feingefühl des Landeshauptmannes gezeugt, wenn dem Wort Kultur bzw. den Gedanken zum Haushalt aus der Sicht der Kultur ein paar Minuten gewidmet worden wären. Er wollte die Zuhörer:innen, sprich die Landtagsabgeordneten, nicht überstrapazieren mit seiner Rede, so die Begründung zur Nichtnennung von Bereichen wie Sport, Ehrenamt und Kultur. Es geht der Kultur und den Kulturtreibenden meist so, dass sie eh am Schluss zum Zuge kommen, wenn noch Zeit vorhanden ist und das abbekommen, was noch übrig ist. Ich wage ein Gedankenspiel. Welch tolles Zeichen wäre es gewesen, wenn die Kultur-Wirtschaft, die mit dem Bildungssystem in der Krise am meisten gelitten hat, weil sie als erstes zugesperrt und als Letztes aufgesperrt hat, wenn diese Menschen am Beginn der Rede des Landeshauptmannes gestanden wären. Mit einem Dank an die künstlerisch Tätigen, die Event-Fachleute, die Beleuchter:innen, Tontechniker:innen, an alle Personen die dabei helfen, jenen Worten die ängstigende Kraft ein Stück weit zu nehmen, die auch in der Rede des

Landeshauptmannes zu finden sind. Worte wie Katastrophen, soziale Verwerfungen, Unruhen und sogar das Wort Krieg hat der Landeshauptmann diesmal in den Mund genommen. Aber nein, es reicht die Zeit nicht, obwohl es keine Vorgabe für die Länge einer Haushaltrede für den Landeshauptmann gibt.

Wenn ich mir die Entscheidungen der Landesregierung der letzten fast zwei Jahre im Kulturbereich anschau - die Covid-Maßnahmen für die Kulturschaffenden, das neue Gesetz der Künstlersozialkasse mit dem 500 Euro Jahresbeitrag, mit einem zu definierenden Künstlerverzeichnis, das bisher nicht vorgestellt wurde bis hin zur Diskussion, ob zu Weihnachten 2020 ein paar Turmbläser der Musikkapellen an Heilig Abend von einem Kirchturm spielen dürfen, oder heuer die ganzen Testvorgaben für Chor- und Musikproben -, dann bekomme ich unweigerlich den Eindruck, dass Kultur und alles was damit zusammenhängt ziemlich stiefmütterlich gesehen wurde und wird. Kultur ist systemrelevant und Kultur ist ein Wirtschaftszweig. Gerne hätte ich Ihnen heute Zahlen aus einer Studie der Handelskammer präsentiert, die zur Wertschöpfung der Südtiroler Kultur seit über 1,5 Jahren gemacht wird, aber leider ist diese Studie immer noch nicht abgeschlossen. Also kann ich nicht mit Zahlen argumentieren, warum die Kreativ-Wirtschaft mehr unterstützt gehört, mit mehr als mit den 3.600 Euro brutto, die wir Künstler/innen für fast ein Jahr Verdienstaustausch als Covid-Hilfen haben zukommen lassen, mit mehr als mit den 500 Euro Jahresbeitrag für die Künstlersozialkasse, wo eine Nachbesserung noch während der Diskussion zum Gesetz vor einem Jahr in Aussicht gestellt wurde. Sehen tut man davon bis heute aber nichts Konkretes.

Für die Kultur hält der Haushalt heuer 65 Millionen bereit. Das ist gerade mal ein des gesamten Haushaltes. Zum Vergleich. Das Trentino verfügt insgesamt über 400 Millionen weniger im Haushalt, investiert aber mit 88 Millionen insgesamt 23 Millionen mehr in ihre Kultur. Also alles eine Frage der Priorisierung. Was ist einer Gesellschaft ihre Kultur wert, was darf sie kosten? Ich hoffe nicht so wenig, dass sie auch heuer in der Haushaltsrede erst gar nicht Erwähnung findet. Ich probier's auch heuer noch einmal mit etwas Sensibilisierung in Richtung Kulturlandesräte.

Die Kulturbudgets sind so unterschiedlich wie die Zugänge zu diesem Thema. In unserem Haushalt gönnen wir uns heuer also 65 Millionen Euro für die Kultur bei 520.000 Einwohnern. Von der Einwohnerzahl sind wir mit der Schweizer Stadt Genf vergleichbar, die sich vor Jahren der Kultur verschrieben hat und sage und schreibe 250 Millionen Euro jährlich in die Kultur investiert. Im Gegensatz zu uns haben aber Städte wie Genf, Erfurt, Freiburg oder Länder wie Oberösterreich oder Bayern klar definierte und kommunizierte Kulturkonzepte. Wer bei uns auf die Suche nach einem Kulturkonzept Südtirol geht, der landet u.a. auf der Kulturseite der Landesverwaltung. Und dort erschließt sich dem Betrachter das Dilemma. Lieber Kollege Achammer, ich bitte Sie hier einfach zu intervenieren. Traurig, aber wahr, an dieser Stelle beschreibe ich eine Situation, die ich genauso in dieser Art letztes Jahr in meiner Haushaltsrede beschrieben habe. Ich tue es bewusst, um auch aufzuzeigen, wie träge und unflexibel das ganze System ist. Wer sich auf dieser Seite, Kunst und Kultur, der Südtiroler Landesverwaltung über die aktuellen Veranstaltungen und Projekte informieren möchte, hat drei zur Auswahl. Erstens Hinweise auf die Aktion Arbeiten, Lavori in corso 1 und 2, mit einem Ausstellungshinweis im Museion. Diese Ausstellung hat vor über einem Jahr im August 2020 stattgefunden und mit Hinweisen auf einen Katalog der Kunstankäufe aus den Jahren 2012 bis 2018, der im Juni 2020 erschienen ist. Zweites befindet sich unter der Rubrik "Aktuell" der Link zur Kreativitätsförderung in Schulen und Kindergärten mit Projekten aus den Jahren 2015/2016 und zuletzt der Hinweis auf die Aktion Südtiroler Autoren lesen mit den Veranstaltungen aus 2018. So ernst nimmt man das Thema Kultur in der Landesverwaltung. Nicht einmal das eigene digitale Schaufenster wird aktualisiert und hergerichtet. Wenn wir da jahrelang hinterherhinken, brauchen wir uns nicht wundern, dass die Wahrnehmung auch von uns Oppositionsparteien die ist, dass es keine kulturpolitischen Ziele, keine kulturpolitische Strategie, kein nachlesbares klares Kulturkonzept. Selbst auf der Landesseite des Kulturlandesrates Achammer bekommt der Kultursuchende die Aktion "Kulturperspektiven vor Ort" mit Terminen aus den Jahren 2017 und 2018 präsentiert.

ACHAMMER (SVP): *(unterbricht)*

PLONER Alex (Team K): Nicht mehr hineingeschaut ... Es gibt aber Menschen, die so etwas suchen und sich interessieren würden, was in diesem Land kulturell los ist. Wir investieren auch in der Kultur lieber in Beton statt in Köpfe. So haben wir heuer auf der italienischen Kulturseite zumindest ein Haus der Kultur bekommen. Jetzt hoffen wir, dass Sie es auch mit Leben füllen können. Als Kulturlandesrat würde ich mich da auch schwer tun im Haushalt zu definieren, wo man wann mit wieviel Mitteln was erreichen will. Die seit Jahren gleichbleibende Summe für die Kultur - um die 60 Millionen Euro pro Jahr - zeugt von einem Fortschreiben

des Bestehenden. Da ist wenig Platz für Neues, für neue Wege, für einen Aufbruch für die Kulturlandschaft. Dies rührt aber auch daher, weil wir die heimische Kultur zu spät oder nur am Rande mit in die Diskussionen und Entscheidungen nehmen.

Vor einem Jahr hatte ich folgende Betrachtungsweise in der Diskussion zum Gesetz zur Künstlersozialkasse dargelegt, die ich hier heute in der Haushaltsrede gerne wiederhole. Jetzt ist der Kollege Locher leider nicht hier: er hätte sicher eine Freude mit mir. Warum sehen wir Künstler nicht wie Bergbauern? Wie würde Südtirol ohne Bergbauern dastehen? Die Berghänge wären nicht gepflegt, es gäbe keine Berggasthöfe, keine bewirtschafteten Almen. Genau mit diesen werben wir bei Touristen, sind stolz auf diese Leistungsträger in den Bergen. In den vergangenen Jahrzehnten haben wir Straßen zu den Höfen gebaut, Strom- und Internetlinien gelegt, Unterstützungsmaßnahmen eingeführt, Anreize jeglicher Art geschaffen, dass die Menschen dieses Leben in oft unwirtschaftlichen Situationen meistern können und wollen. Es gibt übrigens auch Unterstützungsmaßnahmen für die Rentenabsicherung von Bergbauern und Bergbäuerinnen in der Höhe von über 2.000 Euro im Jahr. Das alles gibt es, weil die Gesellschaft und in dessen Vertretung die Politiker/innen es als notwendig erachten, das Bergbauerntum bestmöglich zu unterstützen, damit diese Menschen nicht abwandern und ihre Tätigkeit aufgeben. Warum denken wir in der Kultur nicht gleich? Wollen wir uns als Gesellschaft Künstlerinnen und Künstler leisten? Brauchen wir sie für die Pflege unserer Kulturlandschaft? Unterstützen wir sie im Aufbau einer Absicherung im Alter, wissend um ihre finanziellen Situationen? Wissend auch, dass viele ohne Brotberuf nicht überleben können, wissend, dass auch sie am Ende eine wichtige Säule der Gesellschaft sind? So sagen wir es zumindest in unseren Sonntagsreden. Es könnte ein Glücksgriff für Südtirol sein, dass wir den Kulturlandesrat und den Wirtschaftslandesrat, zumindest für die deutsche Kultur in Personalunion haben. Oft lassen sich Menschen nur von Zahlen und Fakten beeindrucken. Die Zahlen und Fakten aus der Kultur-Wirtschaft sind beeindruckend. Wie schon vorhin erwähnt, leider fehlen noch die Studienergebnisse der Handelskammer für Südtirol, aber man schätzt die Wertschöpfung der Kreativwirtschaft hierzulande auf circa 600 Millionen Euro. Etwas genauer sind hier die Daten aus Deutschland für diesen Bereich. Dort liegt die Kultur- und Kreativwirtschaft mit 100 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung, erzielt im Krisenjahr 2020, hinter dem Fahrzeugbau an Platz zwei der wichtigsten Wirtschaftszweige. Beeindruckend dort auch die Zahl der Unternehmen in diesem Bereich. In fast 259.000 Unternehmen arbeiten 1,4 Millionen Menschen und die Quote der Selbstständigen in diesem Bereich ist mit 20,4 Prozent sehr hoch. Das sind die Fakten. Also, liebe Kulturlandesräte, machen sie dem viel zu wenig ein zumindest angemessen und das am besten mit einem zukunftsgerichteten Kulturkonzept für Südtirol, das allen Kunst- und Kulturrichtungen, den drei Sprachgruppen und allen Generationen zur Ehre gereicht. Leider habt ihr meinen Vorschlag vor einigen Monaten hier im Landtag zu einem Kulturleitbild Südtirol und Einrichtung eines Kompetenzzentrums für die Kreativwirtschaft eine Absage erteilt. Vielleicht war einfach die Zeit noch nicht reif für Visionen, weil Ihr in Eurer täglichen Kulturarbeit noch im Covid-Krisenmodus steckt. Welche Kultur wollen und können wir uns in Zukunft leisten? Auf diese Frage gilt es Antworten zu finden. Eines steht für mich fest. Wir als Menschen brauchen die Kultur, weil sie uns einerseits verwurzelt und andererseits Flügel schenkt. Die Kultur braucht uns weiterhin in dieser Krise, aber vor allem nach der Krise. Sie braucht uns als Gesellschaft, uns als Publikum, uns als Sponsoren und Unterstützer, uns als Politik, die auch Neues zulässt und unterstützt.

Womit ich beim letzten Punkt bin, der mir im Zusammenhang mit dem Haushalt auch wichtig ist und zu meinem politischen Team K-Portfolio gehört: das Ehrenamt. Und da stelle ich die Wertschätzung des Ehrenamtes von Seiten der Landesregierung gar nicht in Frage, nur weil es nicht so ausführlich und explizit in der Haushaltsrede - auch heuer - nicht erwähnt worden ist. In dieser Thematik gibt es fraktionsübergreifend und zu 100 Prozent Wohlwollen im Landtag: das haben Diskussionen und Beschlüsse in diese Richtung meist gezeigt. Was wäre Südtirol ohne die 150.000 Ehrenamtlichen? Ein wahrlich armes Land. Arm an Solidarität, arm auch an Geld, denn diese Arbeit wäre nicht finanzierbar für die öffentliche Hand. Das Ehrenamt schafft vor allem eines: Beziehungen und Freundschaften. Der Nährboden für diese Dinge, die Menschen als die wichtigsten in ihrem Leben definieren, findet sich in den Vereinen, Genossenschaften und Freiwilligen-Organisationen. Auch die Ehrenamtlichen leiden seit fast zwei Jahren, jetzt wo wir sie so dringend brauchen. Erst kürzlich habe ich einen Ehrenamtlichen aus dem Bereich der Obdachlosenhilfe getroffen und vorletzte Woche habe ich die Klagen eines Obmannes einer Musikkapelle vernommen, der sich schwertut, die Motivation in der Musikkapelle hochzuhalten. Ältere Musikanten haben die Kapelle verlassen, die Jungen sind genervt von Tests, abgesagten Auftritten, Impfdiskussionen und fragen sich, wie es wohl weitergeht. Wie mag es wohl heute den Mitgliedern der Musikkapelle Flaas gehen, die nach intensiver Probenaktivität gestern ihr Neujahrskonzert absagen mussten, weil sie sich nicht darüber aussehnen, dieses Konzert unter den Covid-Schutzmaß-

nahmen durchzuführen? Einmal leiden diese Vereine finanziell - ihnen sind wichtige Einnahmequellen auch im heurigen Sommer durch die Veranstaltungs-Tätigkeit weggefallen -, aber sie leiden auch an der Entfremdung. Eine Untersuchung zum Tag des Ehrenamtes vor wenigen Tagen zeigt für Deutschland eine beängstigende Entwicklung. Ich fürchte, in Südtirol ist es nicht anders. 75 Prozent der befragten Vereine in Deutschland sagen, dass sie durch die Covid-Krise negativ belastet sind und 25 Prozent sagen, sie befinden sich in einer existenziellen Krise. Ein Viertel der Vereine könnte diese Pandemie also nicht überstehen, aus verschiedensten Gründen. Es laufen den Vereinen Mitglieder davon oder es lassen sich keine Mitglieder mehr finden, die die Vereinsverantwortung übernehmen wollen. Oder der Fokus auf die privaten und beruflichen Herausforderungen und Umbrüche ist so stark geworden, dass für die Vereinstätigkeit einfach keine Zeit oder Motivation bleibt. Hier gilt es gegenzusteuern, und es hat in den letzten Monaten gut getan zu sehen, wie Vereine immer wieder dafür gekämpft haben, ihre Tätigkeiten unter Einhaltung der strengen Sicherheitsbestimmungen durchführen zu können. Hier braucht es Vertrauen, das wir diesen Vereinen weiterhin schenken müssen.

Besonders im Ehrenamt dürfen wir das Vertrauen und die Motivation nicht verlieren. Liebe Landesregierung, lasst auch im Ehrenamt den Worten Taten folgen. Hier muss nun Vollgas gegeben werden, denn es rumort in den Vereinen. Ein Ehrenamtlicher hat es vor einigen Tagen in einem Schreiben an uns Abgeordnete sehr drastisch ausgedrückt: Für ihn sind wir auf dem Todesmarsch des Ehrenamtes angelangt und er sagt offen: "So geht es nicht weiter". Ich bin nicht so pessimistisch, um von einem Todesmarsch zu sprechen, aber es geht in die falsche Richtung. Da ist es wieder, das Feingefühl. Es genügen keine schönen Worte mehr bei Vollversammlungen, die entweder eh nicht mehr stattfinden oder nur noch online. Es genügt kein Händeschütteln bei der Einweihung eines Vereinslokals oder beim Bandl-Durchschneiden einer Musikschule, die Musikanten und Musikantinnen für die Musikapellen der Gegend ausbilden sollten. Das alles wird inzwischen sogar kritisch gesehen, ja sogar abgelehnt, wenn nicht das Feingefühl, das Fingerspitzengefühl für die Sorgen und Nöte dieser Ehrenamtlichen da ist. Diese Menschen merken inzwischen genau, was versprochen und was umgesetzt und geliefert wird.

Seit Jahren wiederholen die Ehrenamtlichen mantramäßig ihre Forderungen. Ich habe versucht, einer dieser Forderungen im Sommer 2020 mit einem Beschlussantrag gerecht zu werden, der Forderung nach mehrjährigen Finanzierungszusagen für ehrenamtliche Vereine. Einmal mehr wurde ein Vorschlag vom Team K von der Mehrheit abgelehnt mit dem Hinweis, dass mehrjährige Finanzierungszusagen und damit finanzielle Planungssicherheit für Vereine schon möglich wäre und gemacht würde. Das Kulturgesetz gibt es ja her, aber eben nur das Kulturgesetz. Ich wollte diese Regelung auf alle Bereiche des Ehrenamtes ausgedehnt wissen. Wenigstens kommt diese Möglichkeit meines Wissens nun in der Jugendarbeit verstärkt zum Tragen, was ich sehr begrüße. Doch liebe Landesregierung, gebt euch einen Ruck und beschert den Vereinen in Zukunft wirklich mehr Planungssicherheit. Dieses Bittstellertum im Ehrenamt gehört abgeschafft.

Jene Menschen, die in den Vereinen arbeiten und riskieren, brauchen klare Regeln, verlässliche Zusagen, Gesetze und Hilfe, die auch funktionieren und entlasten. Die Probleme sind doch seit Jahren bekannt. Ebenso bekannt sind die bürokratischen Hürden und die Probleme rund um die Haftung und Verantwortung in einem Verein. Hier muss sich Politik noch stärker an die Seite der 150.000 Ehrenamtlichen stellen. Die Reform des dritten Sektors stellt viele Menschen vor neue Herausforderungen, auch die Mitarbeiter:innen des Dienstleistungszentrums für das Ehrenamt, denen an dieser Stelle rund um ihren engagierten Leiter Ulli Seitz nicht genug gedankt werden kann. Es wäre schön und wichtig, wenn der Haushalt für diese so wichtige Einrichtung noch etwas Geld für eine bessere personelle Ausstattung hätte. Es wurde heute schon der Vergleich mit den großen Verbänden am Bozner Boden und dem sozialen Bereich gemacht. Gleiches gilt für dieses DZE, das für 150.000 Ehrenamtliche arbeitet. Dieses hat sich mehr verdient als eine bessere Besenkammer im Parterre des Landeshauptmannes mit nicht einmal einer Hand voll Mitarbeitern, die fürs gesamte Ehrenamt des Landes arbeiten.

In seinen Abschlussworten der Haushaltsrede wünscht sich der Landeshauptmann, dass wir mit der für Südtirol typischen Zuversicht auch die größten Herausforderungen bewältigen. Er sagt, wir hätten es selbst in der Hand, wie unsere Zukunft aussehen wird. Genauso ist es! Deshalb wünsche ich Ihnen Herr Landeshauptmann und den Mitgliedern der Landesregierung einmal mehr das Feingefühl und das erforderliche Fingerspitzengefühl, um die richtigen Entscheidungen zu treffen und vielleicht in Zukunft etwas mehr auf die Menschen zuzugehen. Damit sind übrigens auch jene Menschen gemeint, die hier im Landtag auf dieser Seite sitzen. Ich erinnere den Landeshauptmann an den vor drei Jahren ausgerufenen Wettbewerb der Ideen.

Ich erlaube mir abschließend auch zu wünschen. Ich wünsche mir, dass wir alle, aber vor allem die Landesregierung, die politische Mehrheit, die am Ende entscheidet und die Regeln für dieses Land macht,

dieses Feingefühl bzw. Fingerspitzengefühl hat bzw. findet, wie 6.500 Millionen Euro so investiert und verteilt werden, dass wir motivierte und glückliche Menschen in ihren Berufen haben, dass unsere Kinder jene Bildung erhalten, die sie auf das Leben in einer immer komplexer werdenden Welt vorbereitet, dass wir zu einer Normalität zurückfinden, die uns leider abhandengekommen ist und dass wir all die Chancen nützen, dieses Land mit seinen Menschen, seiner Natur und den Tieren in eine gute Zukunft zu führen.

LADURNER (SVP): Geschätzte Frau Präsidentin, wertes Präsidium, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine Haushaltsrede ist ja grundsätzlich eine politische wie finanzielle Bestandsaufnahme, ein Blick in die Zukunft. Diese Generaldebatte bietet mir die Gelegenheit, einige grundsätzliche Themen anzusprechen. Von der Kinderbetreuung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Jugendanliegen, die Zukunft von Tourismus und Landwirtschaft, dem Wirtschaftsstandort Südtirol, die Raumordnung oder das schon oft geforderte und viel zitierte leistbare Wohnen. Ich könnte an dieser Stelle allerlei Themen anschneiden, die zweifellos allesamt gleichsam wichtig sind und ihre Notwendigkeit und Berechtigung haben. Mir wurde allerdings einmal gesagt, dass "wichtig" nicht mit "dringend" gleichzusetzen ist. Ganz besonders "dringend" sind heute zwei Dinge. Zwei große Krisen der Menschheit: einmal die Pandemie, die wir hoffentlich bald hinter uns lassen können und die Klimakrise, die unaufhaltsam voranschreitet. Je länger wir uns der Pandemie widmen müssen, weil sich einige, leider zu viele Menschen aus teils unverständlichen Gründen weigern, Teil der Lösung zu sein, umso weiter spitzt sich die Lage des Klimas unseres Planeten zu.

Werte Kolleginnen und Kollegen, als politische Mandatar:innen tragen wir eine große Verantwortung. Wir tragen Verantwortung hier im Hohen Haus, mit unseren Entscheidungen, mit unserem Beitrag für die Zukunft dieses Landes. Wir tragen auch Verantwortung mit dem, was wir vorleben, indem wir Vorbilder sein können oder eben nicht. Genau über diese Verantwortung, über die Bedeutung und die Dimensionen von Verantwortung – vor allem in Zeiten wie diesen – möchte ich heute sprechen.

(Zitatbeginn) *"Jetzt haben wir Ende 2020. Und es gibt mit den neu entwickelten Impfstoffen allmählich Licht am Ende des Tunnels. Es ist mehr als nachvollziehbar, dass manche diesen Impfstoffen mit Skepsis begegnen mögen. Vielleicht weil er in einem unwahrscheinlich rasanten Tempo entwickelt wurde, vielleicht weil es Vorbehalte gegenüber möglichen unzureichenden Testungen gibt oder vielleicht weil man Impfungen generell skeptisch gegenübersteht. Aber eines ist auch klar: die Impfung ist der Silberstreifen am Horizont. Sie ist kein Zaubertrank und auch kein Wundermittel, das Besserung von heute auf morgen bringt. So ehrlich müssen wir zueinander sein. Aber Schritt für Schritt, mit weiterhin konsequenter Einhaltung der AHA-Regeln und einer umfangreichen und gut durchdachten Impfstrategie werden wir den Weg aus dieser Krise schaffen."* (Zitatende). Das war ein Ausschnitt aus meiner Haushaltsrede vom vorigen Jahr. Heute, im Dezember 2021, stehe ich hier und muss erneut über dieses Thema sprechen. Wir müssen auch in diesem Winter feststellen, dass *"unsere Intensivstationen gerammelt voll"* sind - Zitat Prof. Tilg der MedUni Innsbruck, dass das menschliche Leid auf den Intensivstationen und in den Familien enorm ist, dass wichtige Behandlungen aufgrund der vielen Covid-Patient:innen aufgeschoben werden müssen, dass Kinder, Jugendliche und Familien mit Unsicherheiten konfrontiert sind, genauso die Betriebe, und dass Ärzt:innen und Pfleger:innen auf Anschlag arbeiten. Insbesondere ihnen, den ehren- und hauptamtlichen Personen an vorderster Front in den Krankenhäusern, Impfzentren, Apotheken, Arztpraxen usw. gebührt unser großer Dank und unser aller Anerkennung. Diese Anerkennung und Wertschätzung soll und muss im Übrigen auch spürbar sein, besonders für jene, die auf den Covid-Abteilungen arbeiten. Und das alles, obwohl wir die Lösung auf der Hand haben. Denn mit der Impfung haben wir einen wahren Gamechanger. Die Impfung ist die derzeit beste Alternative, der Ausweg aus den strengen Reglementierungen und drohenden Lockdowns. Viele Menschen haben sich impfen lassen, um sich selbst, aber auch um andere zu schützen. Sie haben damit einen wesentlichen Beitrag nicht nur für ihre eigene Gesundheit geleistet, sondern auch für uns als Kollektiv, als Gemeinschaft. All diesen Menschen sei an dieser Stelle gedankt. Sie haben Verantwortung übernommen, nicht nur für sich selbst, sondern für uns als Gesellschaft.

Leider gibt es aber immer noch zu viele Menschen, die sich vor dieser Verantwortung sträuben, die lieber an Zauber und Wundermittel als an die Wissenschaft glauben, die Wissenschaftlerinnen misstrauen, dafür aber die grotesksten Aussagen von Youtube-Heldinnen für bare Münze nehmen, die Freiheit klatschen, diesen Begriff aber sehr egoistisch verwenden, da sie selbst keinen Beitrag zu dieser von allen und für alle zurückgewünschten Freiheit leisten - Freiheit gibt es niemals zum Nulltarif; sie ist immer auch mit Verantwortung verbunden -, die den anderen die willentliche Spaltung der Gesellschaft vorwerfen, obwohl genau sie diese Spaltung befeuern, die Vergleiche zum Nationalsozialismus ziehen und Diktatur unterstellen. Dabei sind

es genau jene Menschen, die unserem System Diktatur unterstellen, die im selben Atemzug am Magnagoplatz demonstrieren und so eines der höchsten Güter der Demokratie, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht selbst in Anspruch nehmen und dabei verantwortungslose Klientelpolitik betreiben. Es ist soweit ja verständlich und legitim, dass sich Menschen gut informieren, bevor sie sich eine Substanz spritzen lassen, dass sie, gerade angesichts so vieler Informationen oder vielmehr Desinformationen verunsichert sind und Sorgen und Ängste haben. Hier liegt es aber eben auch in unserer Verantwortung, zur faktenbasierten Aufklärung und Information beizutragen. In dieser Hinsicht sind sich offensichtlich nicht immer alle in diesem Hohen Haus ihrer Verantwortung bewusst.

Jede und jeder kann seine eigene Meinung zu einem Thema haben, keine Frage. Man kann sich aber nicht seine eigenen Fakten erfinden. Es liegt in der Verantwortung der ganzen Gesellschaft, zu definieren und festzulegen was ein Fakt und was ein Fake ist, was wissenschaftliche Wahrheit und was Meinung oder Glaube, was eine Errungenschaft der Medizin ist und wo Globuli-Extremisten schwadronieren. Wir müssen uns als Gesellschaft auf einen gemeinsamen Nenner einigen. In Europa haben wir seit der Aufklärung einen gesellschaftlichen Konsens erreicht, der die Vernunft und die Wissenschaft in den Mittelpunkt stellt. Dieser Konsens wird von den Impfgegner:innen und Querdenker:innen in Frage gestellt! Unser Wohlstand und unsere Lebensqualität beruhen aber gerade auf diesem Konsens. Werfen wir ihn über den Haufen regieren wieder Aberglaube, Hexerei, Willkür. Ich frage all jene die irgendwelchen Verschwörungstheorien und Internet-Fakes nachlaufen: Wollt ihr das wirklich? Wollt ihr wirklich ins Mittelalter zurück, wo der Glaube über der Vernunft, über der Ratio stand? Ich persönlich nicht.

Mit der Pandemie ist Hand in Hand auch eine Falsch-Infodemie mit haarsträubenden Falschnachrichten und Verschwörungstheorien über uns hereingebrochen. Auf Kanälen wie Whatsapp und Telegram verbreiten sich Videos von vermeintlich vertrauenswürdigen seriösen Ärzt:innen, Pathologenkonferenzen, Corona-Ausschüssen und dergleichen wie ein Lauffeuer. Dort wird behauptet, dass Tests größtenteils fehlerhaft seien, dass die Impfung die wahre Todesursache der Corona-Opfer sei, dass durch die Impfung Chips implantiert würden, durch Corona das Bargeld abgeschafft und 5G installiert werden sollte. In anderen Gruppen wird behauptet, das Virus werde von den USA zur Schwächung von China und dem Iran gezielt eingesetzt oder andersherum von China gegen Amerika und Europa. Eine Variante beruft sich sogar auf die Narrative aus Zeiten der Pestseuche. Solche Videos, Audiodateien mit angeblichen Geheiminformationen, Bildern, Dokumenten verbreiten sich derzeit weltweit über Whatsapp, Facebook, Telegram, Instagram massenhaft. Alle Theorien haben eines gemeinsam, nämlich, dass anscheinend nichts zufällig geschieht, die Wirklichkeit anders ist, als sie gerade zu sein scheint und alles miteinander zusammenhängt.

Für die Normalbürger:in und die Nichtexpert:in war es noch nie schwieriger, diese Flut an Informationen einzuordnen, zwischen Wahrheit und Lüge zu unterscheiden. Über die sozialen Medien verbreiten sich Gerüchte, Falschmeldungen oder Verschwörungstheorien in rasanter Geschwindigkeit. Jeder und jede kann sie liken und teilen. Es fällt auf, dass wir zur schnellen und massiven Verbreitung von Inhalten in Social Media den gleichen Begriff benutzen wie in einer Pandemie: viral. Welche Maßnahmen des Distancing oder der Quarantäne gibt es gegen die virale Verbreitung von Fake-News? Zu wenige, zu schwache, zu wirkungslose.

Bei der Corona-Pandemie haben wir es mit einer komplexen Krise zu tun, die viele Menschen faktisch und emotional stark herausfordert, wenn nicht überfordert. Viele erleben das Gefühl eines Kontrollverlusts. In einer solchen Situation suchen viele nach einfachen Erklärungen. Verschwörungstheorien bieten diese. Außerdem erwecken sie bei demjenigen, der daran glaubt, den Eindruck, er sei besser informiert als die Mehrheit, er habe die Situation völlig verstanden und durchdrungen und alle, die anders denken, eben nicht. Attraktiv wirken auch Informationen, die den Menschen scheinbar Handlungsoptionen zu ihrem Schutz bieten, zum Beispiel, dass der Verzehr von Pferdeentwurmungsmittel gegen das Coronavirus schützen soll. Besonders das politisch rechte Lager nutzt diese Unsicherheit auch und versucht daraus politisches Kapital zu schlagen, siehe in Österreich. Fake News werden teils gezielt als politische Waffe missbraucht, was unsere Demokratien massiv gefährdet.

Fake-News, aber auch Verschwörungstheorien können zu einem Sicherheitsrisiko werden, das zu Hass und Unruhe führen und vielleicht sogar durch gezielte Falschinformationen die Gesundheit der Menschen gefährden kann. Deshalb sollten wir neben dem medizinischen und seuchenpolitischen Umgang mit der Krise auch eine Strategie zum Umgang mit Fake-News entwickeln. Das passiert zum Teil, aber leider noch immer nicht ausreichend. Immer mehr Staaten fordern Regulierungen. Facebook steht massiv in der Kritik, zu Recht, wie ich finde. Facebook & Co, die asozialen sozialen Medien, zerstören die Demokratie, lassen Kinder in Depressionen oder Essstörungen rutschen und verdienen Milliarden mit unser aller Daten. Auch in diesem

Zusammenhang muss sich dringend etwas tun. Fake-News müssen erkannt und bekämpft werden, durch Informationen und Richtigstellungen von Seiten der Betreiber dieser Seiten. Das ist deren Verantwortung der Gesellschaft gegenüber und diese Verantwortung muss von Zuckerberg und Co eingefordert werden!

Nach dem Abklingen dieser Krise sollten wir auch ernsthaft darüber sprechen, wie wir unsere Gesellschaft gegen eine neue Infodemie fit machen können. Einige Vorschläge: Die politische Bildung sollte den Schwerpunkt noch mehr auf digitale politische Bildung legen und dafür zielgruppengerechte Angebote schaffen. Jugendliche muss man anders ansprechen als Erwachsene. Medienkompetenz sollte ein Pflichtfach an den Schulen werden oder zumindest ein Bestandteil aller Schulfächer. Es ist wichtig, dass wir die Jungen heute in diesem Bereich schulen, denn es zeigt sich, dass junge Menschen, die im digitalen Zeitalter aufwachsen besser mit den digitalen Medien und dem Umgang mit Quellen zurechtkommen als vorige Generationen, die eben diesen Umgang nicht gelernt haben. Die traditionellen Medien sollten im Umlauf befindliche Verschwörungstheorien oder Falschinformationen aufspüren, entkräften und vertrauenswürdige Plattformen für Kommunikation und Dialog bieten. Dafür gibt es ja bereits sehr vielversprechende Ansätze, etwa Faktenchecker. Nicht zuletzt sollte bestraft werden, wer Falschinformationen gezielt in Umlauf bringt. Wir brauchen einen europaweit einheitlichen Rechtsrahmen für soziale Medien. Gefragt sind staatliche Stellen, Medien, Schulen, die Wissenschaft – die gesamte Zivilgesellschaft. Sie und wir müssen für den nötigen "Impfstoff" gegen Desinformation und Lügen sorgen, den unsere Gesellschaft dringend braucht.

Vergangene Woche habe ich einen spannenden Zeitungsartikel entdeckt, der die Gefühle von uns Menschen in dieser besonderen Zeit analysiert. Die Angst sei dabei ein tiefsitzendes Gefühl in unserer Gesellschaft. Die Angst vor dem Virus, die Angst, dass Angehörigen etwas zustoßen könnte, die Angst, die Arbeit zu verlieren, die Angst um die Zukunft, bei manchen auch die Angst vor einer Spritze. Angst kann ein Grund sein, weswegen vielfach ein Impfangebot ausgeschlagen wird. Das ist zwar nicht rational, aber berechtigt. Wenn zur Angst noch mangelndes Vertrauen, Fake-News/Desinformation und politische Manipulation hinzukommen, kann die Angst schnell in Wut und Hass umschlagen. Das wiederum kann ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen. Beispiele dafür gibt es leider zuhauf: Morddrohungen gegenüber diversen - Politiker:innen, Fackelaufmärsche vor Privathäusern ebendieser, minutiös geplante Gewalttaten auf Messenger und Telegram, die im Verborgenen bleiben und gegen die nicht einmal die Plattform etwas unternimmt, weil sie gewissermaßen auch von Hass und Hetze und der damit verbundenen Reichweite leben. Traurig, aber wahr.

Diskussionskultur war schon vor der Pandemie ein Unwort. Die vergangenen Monate haben das Problem von Hass im Netz aber nochmals verschärft, und das quer durch alle Gesellschaftsschichten. Kritik und Raum für freie Meinungsäußerung muss es in einer Demokratie selbstverständlich immer geben, aber sie sollte stets in einer gewissen Art und Weise erfolgen, mit einem Mindestmaß an Respekt und Anstand. Dass dabei aber teilweise jeglicher Anstand verloren geht, Angriffe weit unter der Gürtellinie geführt werden oder einfach wahllos Dampf abgelassen wird, komme wer oder was wolle, geht einfach gar nicht! Das Netz darf kein rechtsfreier Raum sein und ist kein rechtsfreier Raum. Insofern sollte jeder übergriffige Kommentar und jede beleidigende drohende Nachricht sofort zur Anzeige gebracht werden. Denn es gibt Möglichkeiten, sich zu wehren. Das hat insbesondere auch mit Zivilcourage zu tun. Meiner Meinung nach gibt es auch hier eine Verantwortung der Geschädigten gegenüber der gesamten Gesellschaft, diese Straftaten zur Anzeige zu bringen. Nur so wird sich so manche/r Kommentator:in vor dem Drücken der Enter-Taste ein nächstes Mal gut überlegen, ob der Kommentar etwas zur Diskussion beitragen kann und sachlich fundiert oder schon strafrechtlich relevant ist. Wo die Grenzen der Legalität überschritten werden, müssen Täter:innen Verantwortung für ihr Handeln übernehmen und zur Rechenschaft dafür gezogen werden, auch online.

Diese Krise ist eine gesamtgesellschaftliche Krise. Insbesondere aber ist es auch eine Krise der Frauen. Krisen verstärken alle existierenden Ungleichheiten. Dies trifft auch auf die durch COVID-19 ausgelöste Krise zu. Frauen und Mädchen zählen in allen Gesellschaften zu benachteiligten Gruppen und sind aus diesem Grund von der Pandemie und ihren Folgen besonders hart betroffen. Dies führt zu unmittelbaren gesundheitlichen wie auch zu längerfristigen ökonomischen Schäden. Weltweit sind 70 % des Personals in sozialen und Pflegeberufen Frauen. Außerdem leisten sie im Schnitt dreimal so viel unbezahlte Sorgearbeit wie Männer. Die klassische Rollenverteilung wird weiter zementiert, da unbezahlte Care-Arbeit, Kinderbetreuung, Home-schooling und Haushaltstätigkeiten überwiegend auf den Schultern von Frauen lasten, was langfristig erhebliche ökonomische Konsequenzen hat. Hinzu kommen die psychischen Belastungen. Zudem sind Krisenzeiten für Frauen besonders gefährlich, da sie schlechter vor häuslicher und sexualisierter Gewalt geschützt sind. Die leidvollen Auswirkungen sind uns schmerzlich bekannt. Gewalt gegen Frauen kennt leider viele Formen,

von verbaler Gewalt über seelische Gewalt hin zur körperlichen Gewalt. Es liegt in unserer Verantwortung, als Politik und vor allem als Zivilgesellschaft, dass wir die Augen vor Gewalt niemals verschließen und Frauen Hilfe aufzeigen.

Zu den Verlierer/innen dieser Krise zählen auch wir Jungen. Eine ganze Generation verzichtet in der Pandemie auf einen Teil ihrer Jugend. Das Loch, welches Social Distancing in das Leben von jungen Menschen reißt, ist existenziell, weil sie viele Dinge später womöglich nicht mehr nachholen können: ein Auslandsjahr machen, so richtig den Schulabschluss feiern, neue Menschen kennenlernen, sich verlieben, einfach jung sein. Insgesamt waren seit Beginn der Pandemie 1,5 Milliarden Kinder von Schulschließungen betroffen. Freizeit und Schule haben sich vielerorts ins Internet verlagert, wodurch Kinder, vor allem Mädchen, einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, in Bezug auf Cyber-Mobbing, Belästigung oder den Fall in die Magersucht. Und doch: Der überwiegende Teil der jungen Menschen nimmt auch heute noch die Maßnahmen ernst, versteht die gesellschaftliche Relevanz und handelt danach, im Wesentlichen aus Liebe zu ihren Eltern und Großeltern. Sie übernehmen Verantwortung. Es liegt in unserer Verantwortung, den jungen Menschen wieder Zukunftsperspektiven und Zuversicht aufzuzeigen. Es ist jetzt aber auch der Zeitpunkt gekommen, wo die Menschen müde und "stuffed" sind. Deshalb müssen wir in diesem Zusammenhang der psychischen Gesundheit ein ganz besonderes Augenmerk schenken, ein Thema, das uns nach dem Ende der Pandemie weiter und verstärkt begleiten wird, und das im Übrigen leider nicht nur bei jungen Menschen. Hier müssen vermeintliche Tabus gebrochen werden und man muss offen und ehrlich darüber sprechen.

Die jungen Menschen sind nicht nur die "Generation Corona", sondern auch die Generation der zweiten großen Krise unserer Zeit, der Klimakrise. Die Pandemie ist allgegenwärtig, aber sie wird vorbeigehen. Die Klimakrise hingegen wird nicht so schnell vorüber sein. Die Erde hat Fieber – nicht 38 Grad, sondern 42 Grad. Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Damit auch künftige Generationen noch eine Zukunft auf diesem Planeten haben können, ist ein dringendes Handeln notwendig. Es gilt, neue nachhaltigere Wege einzuschlagen, in der Wirtschaft, aber auch in der Gesellschaft und im Handeln eines jeden einzelnen von uns. Es gilt, das Leben krisenfest und zukunftsfähig zu gestalten. Das kann nur gemeinsam gehen, gemeinsam und weltweit. Die EU hat mit dem Green Deal hin zu einem neuen ökologischen Selbstverständnis einen ersten Schritt gesetzt. Auch Südtirol hat Verantwortung für den Klimaschutz übernommen. Mit dem Klimaplan wurde ein Strategiepapier und wichtiger Schritt für eine nachhaltige Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten gesetzt. Südtirol kann als Klimaland eine Schlüsselrolle einnehmen und als Vorbild weit über die Landesgrenzen hinaus dienen: das Potential dazu haben wir. Es liegt in unserer Verantwortung, nicht nur über Klimaschutz zu sprechen, sondern konkrete, mutige Maßnahmen zu setzen. Weniger ist manchmal eben doch mehr. Arbeiten wir bitte weiter an Lösungen für das größte Risiko unserer und kommender Generationen, auch in der Pandemie und sprechen wir darüber. Wir müssen NICHT das Klima retten - darum geht es auch gar nicht -, denn das Klima ist wandlungsfähig. Wir müssen uns selbst als Spezies retten! Wir haben keinen Planeten B und damit auch keinen Plan B. Plan A muss klappen!

Die beiden Krisen - Coronakrise und Klimakrise - haben einiges gemeinsam: Beides sind öffentliche Güter, nämlich die Gesundheit und eine intakte Natur. Die Bereitstellung öffentlicher Güter ist ureigenste Aufgabe eines jeden Staates und damit gehen Maßnahmen gegen die Erderwärmung und zum Gesundheitsschutz einher. Es geht hier um nicht weniger als unsere Lebensgrundlage, wobei es das Mitwirken aller bedarf. Die Politik muss sich auf die Wissenschaft und Fakten stützen. Genauso, wie wir uns bei Maßnahmen für den Klimaschutz auf die Wissenschaft berufen müssen, kann die Politik auch in der Pandemie nur der Wissenschaft folgen. Wir müssen ihr vertrauen, auch wenn sie vielleicht nicht immer sofort eine Antwort parat haben kann.

Im Austausch mit den meisten Menschen zeichnet sich mir immer wieder ein Bild: Der Großteil versteht die Relevanz und die Notwendigkeit für Klimaschutz, Umweltschutz und auch für die getroffenen Maßnahmen in Bezug auf die Pandemie. Sie tragen Maske und halten Abstand und haben sich impfen lassen. Einzelne, die sich im Internet zu Scharen treffen, tun den Klimawandel als Schwindel und Corona als große Lüge ab. Sie behaupten, das Virus diene einem böseren Zweck der Regierung oder anderer geheimer Mächte. Manch andere legen auch schlicht einen Menefregismus an den Tag, und ich bin mir manches Mal nicht sicher, was schlimmer ist. Ich persönlich vertraue Menschen, die sich Zeit ihres Lebens mit einem Themenfeld befassen und darauf spezialisiert sind. Wissenschaft heißt Wissenschaft, weil sie Wissen schafft. Bei Zahnschmerzen gehen wir ja auch zur Zahnärztin und nicht zum Gärtner, bei einem Rohrbruch zum Hydrauliker und nicht zur Homöopathin. Die Wissenschaft zeichnet eine klare Linie vor, einen Ausweg aus dieser Pandemie. Die Impfung ist der schnellste und sicherste Weg aus dieser Krise. Die Impfung schützt. Die Impfung wirkt. Das ist

Fakt, gleich wie 2 plus 2 4 ist und die Erde eine Kugel und keine Scheibe. Ich bin wirklich grantig, dass wir heute mit der Impfung eine Lösung haben und doch noch so viele Menschen dieses Angebot nicht annehmen wollen, weil sie alternativen Fakten mehr Glauben schenken als der Wissenschaft. Solange der Anteil der Menschen, die alles ablehnen oder gar dagegen arbeiten und so ihrer Verantwortung für die Gesellschaft in keinster Weise gerecht werden, so groß ist, kommen wir nicht weiter. Das geht zu Lasten derer, die vernünftig denken und handeln und der Wissenschaft und Ärztinnen folgen. Das kann's einfach nicht sein.

Testungen, AHA-Regeln, Quarantäne usw., das ist freilich alles sinnvoll und wichtig (im Übrigen auch bei Geimpften). Allerdings sind das ausschließlich Tools, um das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu halten und das System kurzfristig nicht zu überlasten. Es sind aber keine Tools, um die Pandemie (wenn's geht, noch bevor wir 1,5 Grad Erderwärmung erreicht haben) zu beenden. Das schafft nur eine lückenlose Durchimpfung, die bei uns mit Freiwilligkeit offensichtlich nicht zu erreichen ist. Deshalb müssen wir uns leider und als ultima ratio über eine Impfpflicht unterhalten, auch wenn wir uns das alle anders gewünscht hätten und auch ich gehofft habe, dass sich mehr Menschen selbst schützen wollen und solidarisch zeigen.

Die Frage ist nun, wann dieser Punkt, diese Linie der ultima ratio erreicht ist. Für mich persönlich ist dieser Punkt dann erreicht, wenn für Schule und Betreuung kein geregelter Ablauf mehr gewährleistet werden kann, wenn wir im zweiten Jahr in Folge in enorm schwierigen Situationen in der Schule sind, wenn Menschen, gerade junge Menschen, große psychische Probleme haben, weil die Zukunftsängste überwiegen und die Lebensfreude teils verloren geht, wenn Familien teils in der Luft hängen, weil sie nicht wissen, wie sie die Kinder in Quarantäne betreuen sollen, wenn Senior:innen vereinsamen, wenn Ärzt:innen und Pfleger:innen, ein ganzes Gesundheitssystem, lange die Belastungsgrenze überschritten haben, wenn Unternehmer:innen sagen, dass Betriebe keinen weiteren Lockdown mehr aushalten können und wenn wir volkswirtschaftlich nicht mehr weiterkommen. Dann ist für mich diese rote Linie erreicht.

Italien führt derzeit die Impfpflicht scheinbarweise ein. Es ist gut, wichtig und notwendig, dass Maßnahmen ergriffen werden. Sehr viel sinnvoller und effizienter wären nach meinem Dafürhalten allerdings einheitliche Maßnahmen und lückenlose Regelungen, nicht ein bisschen 2G im Restaurant oder Theater, nicht aber bei der Arbeit, ein bisschen Impfpflicht in Bereichen wie Sanität und Bildung, in anderen Bereichen aber nicht. Unterschiedliche Regelungen und allerhand Sonderregelungen führen unweigerlich zu noch mehr Verwirrung, Unklarheit und Unmut, zumal sich dadurch Probleme ergeben, wie jene der Personalthematik, weil nicht in allen Bereichen dieselben Regeln gelten. Eine allgemeine Impfpflicht scheint angesichts der Lage und Dramatik dieser Pandemie unumgänglich.

Häufig höre bzw. lese ich im Internet angesichts dieser Diskussion die Anschuldigung, dass mit einer Impfpflicht Spaltung betrieben würde. Ich behaupte, dass das Gegenteil der Fall ist: Eine Impfpflicht würde endlich gleiche Rechte und Pflichten für alle mit sich bringen und entsprechend zu weniger Spaltung führen. Und vor allen Dingen sehe ich die Empörung und Wut derer, die alles getan haben, dass man die Pandemie in den Griff bekommt. Die Gesellschaft ist an diesem Punkt bereits gespalten. Es kann daher nicht noch weiter gespalten werden. Die Positionen sind längst bezogen. Die Alternative ist, dass wir von Welle zu Welle und von Lockdown zu Lockdown reiten. Das schafft auf Dauer niemand, weder die Kinder und Jugendlichen noch die Familien, weder die Betriebe noch unsere Volkswirtschaften. Deshalb liegt es in unserer Verantwortung, eine saubere, ehrliche und mutige Politik zu machen und vor allen Dingen nicht gegeneinander zu arbeiten, sondern mit guter, vorausschauender Politik gute Rahmenbedingungen für unsere Mitmenschen zu schaffen. Dies ist umso wichtiger in bewegten Zeiten wie diesen, denn es geht nur miteinander. Nur gemeinsam können wir diese Pandemie hoffentlich bald hinter uns lassen. Nur gemeinsam können wir die Klimaerwärmung eindämmen. Es geht um nichts weniger als die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde. Nicht grundlos wird das kommende Jahr von der EU der Jugend gewidmet. Es liegt jetzt in unser aller Verantwortung, etwas zurückzugeben und der heutigen Jugend eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Das bedeutet in erster Linie, die Pandemie mit all ihren Kollateralschäden zu beenden und konkrete ambitionierte Schritte im Klimaschutz zu setzen. Daran müssen wir weiter und mit vollem Einsatz arbeiten. Das alles, und das ist beileibe nicht wenig, liegt in unserer Verantwortung. Lasst uns gemeinsam diese Verantwortung wahrnehmen und die Zukunft dieses Landes bestmöglich gestalten.

Vielen Dank.

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Josef Noggler

PRÄSIDENT: Abgeordneter Unterholzner, bitte.

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Danke, Herr Präsident! Nach dem "Volle Pulle" wird es schwierig werden, aber ich beginne mit einem anderen Zitat. *"Ich bedanke mich bei allen Südtirolern und Südtirolerinnen, die dazu beigetragen haben, dass wir heute über einen Haushalt von 6,5 Milliarden Euro sprechen dürfen."* Ich werde in meinem Beitrag ein bisschen mehr auf Zahlen eingehen und die Haushalte von 2018 bis 2022 vergleichen. Bitte verstehen Sie das, wenn schon, als kreative Kritik oder besser als Anregung. Der Kollege Renzler hat gesagt, dass nur die Wirtschaft profitieren würde, während der Kollege Locher gesagt hat, dass alle Ressorts jedes Jahr mehr Geld bekommen. Das stimmt so nicht. Mir fällt auf, dass das Ressort von Landesrätin Deeg gegenüber dem letzten Jahr mit einem Minus von sage und schreibe 44,9 Millionen Euro ausgestattet ist, obwohl die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird.

KOMPATSCHER (SVP): *(unterbricht)*

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Das steht so drinnen, Herr Landeshauptmann. Letztes Jahr waren es 792 Millionen Euro, dieses Jahr sind es 747 Millionen Euro. Was mir genauso auffällt, ist, dass das Ressort Alfreider 108 Millionen Euro mehr erhält als im Vorjahr. Das wird schon seine Begründungen haben. Ich habe mir die gesamte Entwicklung angeschaut. Im Jahr 2018 gab es für die Wirtschaft 80 Millionen Euro, dieses Jahr sind wir bei 35,8 Millionen Euro. Wenn man hier nur die Zahlen im Verhältnis anschaut, so soll die geplante IRAP-Erhöhung 66 Millionen Euro bringen. Das kann man auslegen, wie man will, aber Tatsache ist, dass die Unternehmen diese Steuer zahlen, je mehr Mitarbeiter sie beschäftigen und umso mehr Zinsen sie zahlen. Ich habe mich extra bei zwei Wirtschaftsberatern informiert, wie die IRAP effektiv berechnet wird. Infolgedessen ist diese Aktion, Herr Landeshauptmann, eine Bestrafung der fleißigen Arbeiter oder eine Strafsteuer. So viel einleitend zur Wirtschaft bzw. zur Entwicklung der Wirtschaft und wie das Ressort Wirtschaft gehandhabt wird. Fairerweise dazu sagen möchte ich, dass die Wirtschaft in guten Zeiten das Geld nicht braucht. Wenn sie unter vernünftigen Rahmenbedingungen arbeiten kann, dann werden wir auch in den nächsten Jahren einen recht guten Haushalt haben. Die Südtiroler Bevölkerung ist dafür bekannt, dass sie kämpft und sehr viele Hürden auf sich nimmt, um arbeiten zu dürfen.

Wenn man die Schulressorts vergleicht, so ist zu sagen, dass es eine gute Entwicklung ist, wenn die Bildungsverwaltung der deutschen Schule dieses Jahr drei Millionen Euro weniger erhält als im letzten Jahr. Umgekehrt scheinen bei der ladinischen Schulverwaltung 1,2 Millionen Euro mehr und bei der italienischen Schulverwaltung 3 Millionen Euro mehr auf. Wenn ich mir die Zahlen so anschau, so verstehe ich das nicht, denn normalerweise müssen sich die deutsche, italienische und ladinische Schule in dieselbe Richtung bewegen.

Was mir an diesem Haushalt auch auffällt, sind die Finanzen. Im Finanzhaushalt des letzten Jahres waren 1,219 Millionen Euro, während es heuer 1,207 Millionen Euro sind. Das sind 7 Millionen Euro weniger, obwohl uns der Landeshauptmann erzählt hat, dass wir uns weniger an der Tilgung der Staatsschulden beteiligen. Deshalb müsste sich das im Landshaushalt im positiven Sinne auswirken. Im Unterschied zu anderen Kollegen gehe ich mehr auf die Zahlen im Haushalt ein. In Bezug auf das Ressort Deeg kann es durchaus sein, dass es keine Sozialwohnungen mehr braucht. Im letzten Jahr waren für die Bereiche Familien, Senioren usw. 135 Millionen Euro vorgesehen, dieses Jahr sind es 15 Millionen Euro weniger. Vielleicht hat die Frau Landesrätin deshalb eine rote Maske auf, ich meine wegen der roten Zahlen. Entschuldigen Sie, ich sehe, dass ich die Zeile verfehlt habe. Es geht um die Wohnbauten, wo es 70 Millionen Euro weniger sind. Vielleicht gibt es weniger Gelder für den geförderten Wohnbau oder es wird weniger verbaut. Das kann ja sein. Trotzdem wundert es mich sehr, dass gerade in diesem Ressort so massive Einschnitte gemacht werden.

Ich möchte sagen, dass ich absolut dafür bin, dass hier eine Ausgewogenheit gefunden wird. Die Wirtschaft ist mit Abstand der größte Steuerzahler und wir werden kein einziges Ressort ohne Wirtschaft bedienen können. Genau deshalb braucht es ein ausgewogenes und verhältnismäßiges Verteilen. Die Wirtschaft muss berücksichtigt werden, denn sonst können wir gar nicht über diesen Haushalt sprechen. Das Soziale und die Umwelt müssen genauso berücksichtigt werden, wobei ich glaube, dass das nur gemeinsam geht. Ich glaube nicht, dass man hier Schuldzuweisungen machen oder sagen sollte, wer schon und wer nicht. Das ist nicht angebracht.

Auch die Spending Review wurde mehrmals angesprochen. Darauf gehe ich jetzt nicht näher ein, sondern ich will nur von einem Beispiel erzählen, das ich während meiner Arbeitszeit diesbezüglich erleben durfte. Im Jahr 2013 haben wir einen Großauftrag erhalten. Um auf die Kammlinie, also auf die maximale Kapazität zu kommen, haben wir den Auftrag mit 50 Mitarbeitern nicht hinbekommen. Deshalb haben wir uns Unterstüt-

zung von außen geholt, um diesen Prozess zu optimieren. Wir haben den Prozess optimiert, da wir vorher mit 50 Mitarbeitern nicht imstande waren, pro Tag 25 Autos zu liefern. Nach sechs Monaten haben wir 35 Autos pro Tag mit 18 Mitarbeitern gebaut. Wir haben keinen einzigen Mitarbeiter ausgetauscht. Ich habe in meiner Unternehmerkarriere jeden Prozess und jede Entscheidung kritisch hinterfragt. Potential nach oben gibt es immer.

Wenn es irgendwo einen Flaschenhals gibt, so gibt es zig Lösungen und nicht nur eine Lösung. Und damit komme ich zu den Themen Tourismus und Verkehr. Wenn Sie beobachten, gibt es jeden Tag zwischen 7.30 Uhr und 9 Uhr die Staumelder, morgens zu den Stadtzufahrten, abends von der Stadt hinaus. Ich glaube, dass es mehrere Möglichkeiten gibt, das in der momentanen Situation ein bisschen anders zu steuern. Ich denke an das Monitoring und Steuern von Verkehrsflüssen, beispielsweise durch flexible Arbeitszeiten. Wenn ich nach Bozen zum Landtag fahre und um 7 Uhr in Völlan wegfahre, dann bin ich um 8 Uhr hier. Wenn ich um 6.45 Uhr wegfahre, dann bin ich um 7.20 Uhr in Bozen, denn dann stelle ich dem Stauverkehr aus. Wenn ich um 9 Uhr in Völlan wegfahre, dann kann ich auch durchfahren. Anstatt laufend über die Staus zu schimpfen, sollte man sich dessen bewusst sein, dass jeder dazu beiträgt, der ins Auto steigt und hin- und herfährt. Es gibt mehrere Möglichkeiten. Der Tag hat 24 Stunden und nicht nur 8 oder 6 Stunden. Man kann hier also sehr vieles anders machen.

Ich möchte auch noch ganz kurz die Schlagwörter des Jahres 2021 ansprechen: Corona, ungeimpft, nachhaltig, Agenda 2030, Klimaschutz, Erderwärmung. Jeden Tag sehen wir in der Tageszeitung dieses Bild. Da werden jeden Tag die Infektionszahlen, die Inzidenz, die Positivitätsrate und die Quarantäne gezeigt. Sie, Herr Landeshauptmann, haben heuer im Frühjahr richtigerweise einen Brief nach Brüssel geschickt. Die EU sagt, dass man richtlinienmäßig 300 Menschen a 100.000 Einwohner testen sollte. Das wären in Südtirol 1.500 Menschen. Dann hätte man einen europaweiten Vergleich. In Ihrem Brief schreiben Sie weiters: *"Bayern testet 500 Bürger a 100.000 Einwohner und Südtirol testet 2.500 Bürger a 100.000 Einwohner."* Gestern wurden 14.700 Tests gemacht. Das ist das Zehnfache von dem, das es braucht, um richtige Vergleichszahlen zu haben. Wenn Sie 15.000 Leute testen, dann ist es logisch, dass Sie mehr Positive finden, als wenn 1.500 Leute getestet werden. Wenn 15.000 Leute getestet und alle in einen Karton hineinkommen – ich meine physisch gesehen – und dann 1.500 bewertet werden, dann hätten wir gestern eine Inzidenz von 45 anstatt 450 gehabt. Das sind die Fakten bzw. das können Sie nachrechnen. Das wären Zahlen, mit denen wir uns überall vergleichen könnten. Die "blonde" Kollegin hat vorher gesagt, dass die Spitäler und Intensivstationen rammenvoll sind. Gestern gab es 108 Patienten auf den Normalstationen, 19 auf den Intensivstationen und einen Todesfall. Es wird aber nie gesagt, dass Südtirol eine tägliche Sterberate von durchschnittlich 12 Menschen hat. Wenn man von ehrlicher Information spricht, dann sollte man das den Leuten sagen, das heißt, dass heute eine Person von 12 oder in Verbindung mit Corona gestorben ist. Dasselbe gilt für die Patienten in den Krankenhäusern. Oder haben die Corona-Toten einen anderen Stellenwert als die anderen Leute, die sterben? Wieso kann man nicht einen ehrlichen und transparenten Vergleich machen. Wir haben in Südtirol 600 bis 700 Betten auf den Normalstationen der Krankenhäuser, von denen 108 mit Patienten, die an Corona leiden, belegt sind. Natürlich könnte man fairerweise auch sagen, dass derzeit in den Normalstationen so und so viele Betten aufgrund Impfn Nebenwirkungen belegt sind. Diese gibt es und sie sind nicht zu verleugnen. Oder man könnte auch sagen, dass es so und so viele Patienten auf den Intensivstationen aufgrund vermutlicher Impfn Nebenwirkungen gibt. Der Sanitätsbetrieb hat am 24. Juni dieses Jahres den Pflegestandard herausgegeben, in dem ganz klar von einem Betreuungspfad für Patienten mit der Diagnose einer venösen Thrombose nach Covid-19-Impfung die Rede ist. Monate später – im September – hat Dr. Franzoni die Aussage gemacht: "Uns ist keine einzige Impfn Nebenwirkung bekannt." Das ist schlichtweg gelogen, weshalb ich mir als normaler Bürger die Frage stellt, warum man dann einen Pflegestandard herausgibt. Wenn es keinen einzigen Fall gibt, dann wird man sich diese Arbeit wohl nicht antun. Im letzten epidemiologischen Lagebericht Covid 19 steht, dass wir derzeit 3,3 Mitarbeiter pro 10.000 Einwohner einsetzen. Wenn man das auf die gesamte Bevölkerung hochrechnet, so sind es derzeit 165 Mitarbeiter, die täglich mit der Rückverfolgung beschäftigt sind. Es ist unmissverständlich vom Contact Tracing die Rede, und diese Mitarbeiter müssen natürlich auch bezahlt werden. Auf der anderen Seite sind mir zig Fälle bekannt – aus vertrauensvollen Quellen oder von Mitbürgern, die Verantwortung übernehmen -, die positiv getestet worden sind, aber keine Anweisungen erhalten haben. Ich glaube wirklich, dass es möglich sein muss, dass jemand, der positiv getestet wird, binnen kürzester Zeit die Anweisung bekommt, wie er sich zu verhalten hat.

Seit zwei Jahren bewegt uns das Wort "Corona" und seit zwei Jahren haben wir eigentlich kein anderes Thema. Die effektiv betroffenen Leute, die direkt mit dem Virus in Kontakt kommen, sind 3 Prozent. Diese

Daten habe nicht ich erfunden. Und wenn wir schon bei den Daten sind. Es gibt sehr viele Datenquellen vom ISS, von der EMA, vom Paul-Ehrlich-Institut, von der Eudra Vigilance, vom ISTAT oder vom ASTAT. Die Eudra Vigilance spricht von über 272.202 Nebenwirkungen aus der Influenza-Impfung in den letzten 50 Jahren. Stimmt das, Kollege Ploner? In einem Jahr Covid-Impfungen gibt es vermutlich 2.457.000 bekannte Nebenwirkungen. So steht es im entsprechenden Bericht. Es ist also mehr als berechtigt, dass man Bedenken gegenüber der Impfung hat. Weitere Daten der Eurda Vigilance belegen, dass zig Todesfälle bekannt sind und es noch nie der Fall gewesen ist, dass in einer Saison mehr als 50 junge Sportler – vorwiegend Fußballer – vom Platz getragen worden sind, 6 davon tot. Kann diese Frage jemand beantworten? Wenn man dann Leute mit teils mehr als 50 Jahren Erfahrung und mit mehr als 40.000 Autopsien und Obduktionen zu Wort kommen lässt – sprich Prof. Dr. Burkhard -, dann wird es so abgetan, als ob das keine Wissenschaftler wären. Und jetzt stelle ich die Frage: Was ist Wissenschaft? Ich sage Ihnen haargenau und ehrlich, was vorgefallen ist. Ich habe mir diese Arbeit angetan, um solche Leute anzuhören. Dann kann sich jeder seine eigene Meinung bilden. Schon seit jeher hat die Wissenschaft aufgrund Autopsien und Obduktionen geforscht und analysiert. Nur in dieser Zeit ist das anscheinend nicht gewollt, weil man der Sache nicht auf den Grund gehen will. Als ich das erste Mal mit Professor Burkhard telefoniert habe, so hat er mir gesagt: "*Herr Unterholzner, ich sage Ihnen. Was derzeit passiert, ist ein Verbrechen der Menschheit.*" Ich habe die Gänsehaut bekommen und genau deshalb habe ich gesagt, dass ich mir das anschauen. Professor Bellavite, einer der berühmtesten Pathologen Italiens, hat einen einzigen Bericht veröffentlicht, in dem er sich kritisch geäußert und gesagt hat, dass man diesen Sachen nachgehen sollte.

Und jetzt komme ich zu den letzten Daten. Vielleicht kann darauf jemand eingehen. Ich beziehe mich auf die Daten des ASTAT. Wie kann man es sich erklären, dass es genau in diesem Jahr, in dem wir diese Wunderimpfung haben, mit Ausnahme von März und April, mehr Todesfälle gibt als in den Jahren 2018, 2019 und 2020? Genauso wie ich die Daten der verschiedenen Haushalte der letzten Jahre verglichen habe, ist es richtig, wenn man auch die Sterberaten mehrerer Jahre vergleicht. Es ist seit Aufzeichnung bekannt, dass die Sterberate in den Wintermonaten immer nach oben geht und in den Sommermonaten nach unten geht. Dieses Jahr aber sind im Juni, Juli und August – mehr Daten sind noch nicht verfügbar – mehr Menschen gestorben wie in all den Jahren zuvor. Kann mir das jemand erklären? Vielleicht gibt es dafür einen Grund. Merkwürdigerweise hat uns das ASTAT auf Nachfrage mitgeteilt, dass sich diese Daten noch ändern könnten. Entweder stehen einige der Toten auf – das kann ja sein – oder es werden rückwirkend einige Leute geboren. Wenn jemand stirbt, dann wird es als tot gemeldet und eingetragen, genauso wenn jemand geboren wird.

Man könnte hier noch sehr viel sagen. Was mir am meisten zu schaffen macht – das haben auch schon einige angesprochen -, ist diese massive Spaltung, die einzig und allein die Regierungen und die mit Steuern bezahlten Medien zu verantworten haben. Es gibt nichts anderes als eine täglich einseitige Propaganda und keine einzige kritische Stimme wird ernst genommen oder respektiert. Die kritischen Stimmen werden schlichtweg diskriminiert und ignoriert. Wenn ich meine Vorrednerin ernst nehmen würde, dann dürften wir gar nicht mehr kritisch denken, denn dann würde wahrscheinlich auch das zensuriert werden. Wenn man von Falschmeldungen spricht, dann stelle ich bewusst folgende Frage: Wenn der aktuelle Impfstoff, der kein herkömmlicher Impfstoff ist, so propagiert wird, dass er uns schützt, uns die Freiheit zurückbringt und wir die tagtäglichen Zahlen kennen, dann möchte ich fragen, was eine richtige und was eine falsche Meldung ist. Bis dato hat uns dieses Vakzin bzw. dieses Experiment nicht die Freiheit zurückgebracht, obwohl es im Frühjahr in allen Zeitungen geheißen hat: "Sobald mehr als 60 Prozent der Bevölkerung über 12 Jahre geimpft ist, haben wir eine Herdenimmunität." Und jetzt spricht man von 90 Prozent und von den Kindern und übermorgen sind es 100 Prozent und das ist auch noch zu wenig. Alle anderen mit einer natürlichen Immunität, also gesunde Menschen, werden nicht ernst genommen und auch nicht gehört. Schauen wir uns an, wie sich das Ganze entwickelt hat. Im Frühjahr sind nach der Impfung mit Astra Zeneca zwei Carabinieri gestorben, woraufhin der Impfstoff aus dem Verkehr gezogen worden ist. Einen Monat später hat Astra Zeneca den Namen gewechselt und es wurde wieder geimpft. Das nur nebenbei!

Ich komme zum Schluss und möchte einige Wünsche deponieren. Ich wünsche allen Südtirolerinnen und Südtirolern Gesundheit. Wir sollten wirklich alles tun, um unsere Gesundheit zu erhalten und den kranken Menschen zu helfen. Die Sanität hat knapp 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung, um den kranken Menschen zu helfen und nicht um einseitige Propaganda zu machen. Ich bitte wirklich alle, mit Hausverstand und wohl überlegt, unter Berücksichtigung aller Kollateralschäden und anhand von Daten und Fakten zu handeln und Entscheidungen zu treffen.

Ich wünsche allen Südtirolerinnen und Südtirolern ein gesundes Jahr 2022 und besinnliche und erholsame Feiertage. Danke!

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steilles): Intanto inizio poi caso mai vado avanti anche nel pomeriggio.

Io avevo già presentato una relazione di minoranza, dove erano contenuti alcuni dati sulla manovra di bilancio e quindi in questo intervento vorrei più che altro riferirmi alla relazione di bilancio che ha scritto il nostro presidente. Devo dire che per gran parte questa relazione è assolutamente condivisibile, e si vede anche che è farina del Suo sacco, perché le cose che scrive sicuramente sono passate all'interno delle Sue repliche e nei suoi discorsi, però si ferma lì. Quello che mi chiedo io e chiedo a Lui è se questo è un atto personale o collegiale, perché non c'è coerenza rispetto al contenuto di questa relazione e quello che poi viene scelto, le scelte che si fanno nel compiere gli atti politici. Lo chiedo perché è già stato sottolineato anche il fatto se in questa relazione vi è la consapevolezza di rappresentare un organo collegiale, dove probabilmente ci sono altre idee e sensibilità, quindi il fatto che sia scritto quasi in prima persona, ci si chiede un po' come si trova all'interno di questa Giunta, se anche gli altri assessorati sono coinvolti e vanno nella stessa direzione.

Devo dire che gran parte del programma – è già stato detto ieri dai Verdi – sembra il programma elettorale dei Verdi, ma per tante parti sembra anche lo statuto del Movimento 5 Stelle, qua manca l'etica pubblica, avete preferito lasciarla stare dopo la votazione della legge Griessmair, però nonostante questo per quanto riguarda la politica ambientale sembra proprio che non ci sia contingenza tra quello che viene scritto qui e quello che viene fatto poi nella realtà, è stato sottolineato anche dai colleghi del Team come sono state bocciate delle mozioni e anche il collega Repetto ha ritrovato la sua mozione che non era in sintonia con quanto è scritto all'interno di questo proposito. Ovviamente la relazione di bilancio è soprattutto un atto di indirizzo politico, di quello che si vuole fare e che si farà. Anch'io ho riconosciuto una mia mozione che ho presentato il mese scorso o un paio di mesi fa, quella dove chiedevo un limite per i cambiamenti di destinazione delle zone boschive in zone agricole, e curiosamente all'interno delle premesse avevo proprio messo il dato della temperatura media che è cresciuta oltre gli 1,5 gradi. In questa relazione vedo anche un riferimento ai cambiamenti climatici che sono stati discussi a Glasgow per fermare la deforestazione, è di questo che stava parlando quella mozione e tra l'altro avevo anche detto che l'Alto Adige è proprio un puntino minuscolo all'interno del mondo, cioè che possiamo anche non essere decisivi per cambiare le sorti del futuro, ma dobbiamo essere un modello da seguire. Allora io avevo fatto una proposta che non era integrale, non era estremista perché non avevo detto "fermiamo i cambi di destinazione", avevo detto "poniamo un limite", decidiamo di avere un limite, può essere 200 ha, 2.000 ha, avevo posto il problema superando la dicotomia amico-nemico, perché anche questa mi sembra un po' una presa in giro, quando si utilizzano questi argomenti, e giustamente anche ieri il collega Repetto ha detto "noi" – e anch'io – "voto spesso a favore delle mozioni che presentate, cerco di valutarne il contenuto, se è una cosa buona o se è una cosa invece dannosa per gli interessi che sto portando avanti, che non corrispondono a quel contenuto".

Allora ecco che qua risulta evidente come manca la coerenza tra quanto viene scritto nero su bianco, e quanto poi viene fatto a livello di decisioni politiche, praticamente manca la coerenza tra il pensiero e l'azione, dal mio punto di vista, poi è chiaro che in quello specifico caso non era Lei che mi ha risposto, era un altro componente della Giunta, mi era stato risposto che non ce n'è bisogno perché i boschi crescono più di quanto stanno scomparendo. Quindi non è coerente con quanto è all'interno di questo piano, poi se Lei conosce bene, e immagino che li conosca, i contenuti dell'accordo di Parigi e quei contenuti di cui si è parlato a Glasgow qua le strade, i collegamenti, nuove funivie giustificandole come mezzi di trasporto non potrebbero starci, quindi ci vuole anche una certa attenzione a quello che si scrive, oppure significa veramente un grande cambiamento, una grande conversione che è stata fatta con questo nuovo programma.

Un'altra parte che ho completamente ritrovato di me stesso, se ne è già parlato oggi, è quello che riguarda la rinuncia. Dal punto di vista di alcuni colleghi può essere pauperismo e non sa quante volte noi del Movimento 5 Stelle siamo stati additati come dei pauperisti, quando in realtà abbiamo un po' portato avanti il valore della sobrietà, soprattutto all'interno dell'azione politica che si collega anche proprio con l'etica pubblica. Abbiamo sentito anche ieri le parole del vescovo, quando ha citato Papa Francesco che ha detto "peggio di questa pandemia c'è solo il dramma di sprecarla", e il succo forse del mio intervento che vuole essere a critica di questa continuità che invece ho trovato all'interno del bilancio provinciale per gli anni scorsi. Io capisco che da una parte si trova in mezzo a una bufera e quindi con l'esigenza di avere anche dei punti di ancoraggio e di dare una certa continuità che significa sicurezza, però non è ammissibile sprecare questa grande opportu-

nità per affrontare le grandi sfide del futuro che la nostra società ha bisogno. Giustamente parlava della fiducia che va a mancare all'interno delle istituzioni, e questo è un dato preoccupante che deve riguardare tutti noi, quindi c'è da mettere mano a questa parte.

Per quanto riguarda la parte invece dove si affronta la situazione della divisione che c'è all'interno della nostra società, ecco lì io l'ho trovata un po' troppo drastica, ieri la collega Mair diceva che non c'è solo il bianco e il nero, bisogna sempre cercare qual è il migliore messaggio per cercare di non dividere la società. Il pensiero critico deve essere comunque sempre valorizzato, anch'io provo fastidio tante volte sentendo parlare alcuni colleghi e non condivido affatto le loro opinioni, mi trovo completamente dall'altra parte della barricata, ma l'importante è che non deve fare paura questo pensiero critico e anzi, dobbiamo comunque avere una certa dose di autocritica – cosa che in fondo vedo che manca – quando siamo consapevoli che tutte le nostre azioni, le azioni sia della scienza che della politica di tutti i governi non sono state così lineari come ci si aspettava fossero, e quindi forse è più utile essere un po' più realisti, soprattutto per non dividere la società e per cercare di andare avanti tutti quanti assieme.

Manca quel coraggio dove invece c'è stato in altre istituzioni, in questo periodo la pandemia ci ha dato anche una grande occasione di poter cambiare le cose. Una delle azioni che vorrei citare in questo frangente di questa discussione è il Bonus 110, abbiamo visto che nel collegato c'è qualche riferimento a questa norma e diciamo che è questo che forse ha dato il cambio di passo anche all'interno della nostra nazione. Per la prima volta dopo 40 anni l'Italia si trova con il miglior tasso di crescita in Europa, è chiaro che vi è stato un rimbalzo rispetto all'anno scorso, però non prendiamoci in giro, il volume di affari che è stato generato sotto l'aspetto macroeconomico da questa iniziativa è assolutamente importante, a parte che il primo obiettivo era proprio quello della decarbonizzazione, dunque andava proprio nel senso di tutto il *trend* che si vorrebbe dare alla nostra azione politica, però vorrei dare qualche dato. Fino a novembre ci sono stati 12 miliardi portati a detrazione, quindi che all'interno della contabilità sono già stati iscritti come dei crediti di imposta, e un altro dato che vorrei fosse posto all'attenzione, tanto perché ci sia contezza un po' del fenomeno, visto che sulla stampa non troviamo questi dati, nel 2021, dunque fino a questo momento, il Superbonus ha generato fatturazioni per 51,2 miliardi. Prendiamo il dato di 10 anni, dal 2009 al 2019, nel settore edilizia in questo comparto era stato di 28 miliardi, quindi in un anno si è fatto il doppio di quello che si è fatto in 10 anni su un settore trainante che ha un effetto moltiplicatore enorme e che ha fatto anche emergere il nero. Questo era solo l'esempio di una misura che è stato possibile prendere soltanto perché c'è stato un evento straordinario come la pandemia, quindi vediamo che invece da noi si è preferita una continuità senza sentire il bisogno di cambiare e avere qualche visione per migliorare all'interno della nostra società.

Poi invece voglio andare su un altro punto, che è un piccolo punto che però trovo abbastanza critico, cioè quando si parla della proporzionale, che comporta dei costi ma evita conflitti. Se noi dobbiamo riassumere quello che è la proporzionale e il bilinguismo come un costo in più che danneggia ma che evita i conflitti, dobbiamo riassumere la nostra situazione e il nostro *miteinander leben*, quello di cui parlava ieri anche il vescovo, su una questione di soldi. Io mi chiedo dove è finita tutta la nostra cultura della convivenza, la nostra cultura della pace se poi si aggrappa soltanto a dei costi e a delle risorse che devono arrivare. Ma il giorno in cui non ci dovessero essere queste risorse cosa si può pensare che all'interno della nostra società accadrà? Io credo che evidenziare questi aspetti, come anche il censimento, come anche questa condizione che probabilmente nel secolo scorso rappresentava e rispecchiava anche una società che esisteva in quel periodo, ma al giorno d'oggi la nostra società è cambiata. Io mi chiedo, e sono sicuro che deve esserci, perché all'interno si legge tra le righe, se c'è un'esigenza di adeguare le nostre istituzioni alla società moderna. Noi non siamo più quello che sono i nostri figli, anche in termini proprio di proporzionale e bilinguismo, rispetto a quello che era 40 anni fa o 30 anni fa le cose in questo senso non sono cambiate a livello istituzionale, eppure è cambiata la società. Anche ieri il collega Urzì lo sottolineava, non voglio prendere esempio da lui su questo argomento, però voglio dire che abbiamo una società che non è più così divisa, ci sono fortissime interazioni, tutti quelli di buona volontà vogliono diventare dei cittadini dell'Alto Adige, del Sudtirolo compiutamente. Ieri l'esempio del collega Repetto era quello delle scuole, perché gli italiani mandano alle scuole tedesche i figli, la società è molto più avanti rispetto alla politica, perché la società considera il bilinguismo come un vantaggio competitivo. Io sono abituato a pensare in termini di economia aziendale, ci vuole un vantaggio competitivo per essere competitivi all'interno della società e questo è il primo vantaggio che può avere la nostra società. Io sono anche consapevole che la situazione dove vivo io, in Bassa Atesina, o nei piccoli centri, è più favorevole rispetto alla val Passiria o altre realtà periferiche, però è su questo che dobbiamo puntare. Guardate, io prima della pandemia, nel gennaio 2000, ero stato in Lussemburgo, ospite di alcuni colleghi all'interno delle

istituzioni, sapete che il Lussemburgo è a un livello di ricchezza probabilmente ancora più dell'Alto Adige qua in Europa e la loro convinzione è che non è che questo vantaggio sia fatto per una fiscalità di vantaggio, ovviamente c'entra anche un pochino questo, però la prima ragione per cui c'è prosperità in Lussemburgo, che non ha le stesse doti naturali che abbiamo ricevuto dalla natura come Alto Adige, è la multiculturalità e il loro sistema scolastico – io lo avevo già spiegato qui allora – è totalmente misto, cioè il primo anno si fa solo tedesco, il secondo anno solo francese e c'è una commistione, c'è una politica che invita anche l'associazionismo, premia quando c'è la multiculturalità e il plurilinguismo, invece, io percepisco che ci si sforzi qui di tenere ben separate le due cose, le due intendenze, e faccio anche una critica al mio gruppo linguistico, che ha sempre pensato che imparare il tedesco è un dovere, ma noi dobbiamo ribaltarlo, dobbiamo dire è un diritto, è un diritto per i nostri figli anche quello di poter padroneggiare, esprimersi non solo in due lingue, perché ormai non bastano più, adesso è anacronistico parlare di bilinguismo all'interno della nostra società per i nostri giovani, perché sappiamo benissimo che le nostre nuove generazioni parlano l'inglese meglio di come lo parliamo noi e tutti in modo molto naturale. E quindi vogliamo una società che guarda al futuro o vogliamo una società che guarda al passato e ai vecchi privilegi? Io credo che questa è la visione che manca all'interno di questo piano, contagiando soltanto degli aspetti un po' più umanistici rispetto a quelli contabili.

Un punto anche che mi premeva sottolineare è quello della scuola italiana, lì ho presentato anche degli ordini del giorno, è un argomento che avrei voluto sviluppare anche all'interno della commissione, dove purtroppo non era presente l'assessore competente, e mi mancano tantissime risposte per quanto riguarda questo settore. Sappiamo che anche in questa collegata ci sono delle leggi che riguardano proprio i precari e i sistemi di formazione della scuola italiana, ebbene, un anno fa ci trovavamo nella stessa Aula con degli altri emendamenti all'interno della legge collegata e degli altri articoli, sui quali si era discusso, però dovete sapere, cari colleghi, che non sono mai entrati in vigore perché non sono poi stati attuati, e poi abbiamo ridiscusso di nuovo in un'altra *omnibus* e le cose si sono complicate in modo talmente ingarbugliato che anche quegli articoli di cui noi ci siamo occupati non sono stati presi in considerazione, o sono rimasti invalidi. Io per giudicare un po' l'assurdità di come si sta trovando al momento la scuola italiana, dico una cosa: l'anno scorso all'interno della collegata vi era un articolo che proponeva di togliere la parola "idonei" all'interno di una legge, io avevo presentato un emendamento per lasciarla quella parola, l'emendamento ovviamente per ragioni ideologiche, probabilmente la maggior parte dei colleghi ha votato senza neanche sapere di cosa si trattava, per diciamo un ordine di scuderia, ebbene, nella *omnibus* dopo è stata rimessa quella parola "idonei", perché non aveva senso che fosse tolta. Io tante volte ne parlo anche con i dirigenti della scuola, ma mi dicono "Qua manca la volontà politica per cercare di far crescere la scuola italiana", mancheranno forse anche le risorse, non lo so, ma se mancano le risorse è ancora più grave perché sappiamo bene che la gestione dell'autonomia deve andare a beneficio di tutti e tre i gruppi linguistici, non solo di due e noi abbiamo ricevuto quel solito articolo 12, cui ho visto che c'è anche un ordine del giorno di un collega, che parla chiaro, la formazione iniziale è competenza della Provincia per tutti gli ordini scolastici e per tutti i gruppi linguistici, quindi trovarmi ancora dei collegati dove si chiede l'intesa con il Ministero, dal punto di vista di un'autonomia, ma che senso ha? Quando mai l'Alto Adige ha ricevuto una competenza e non ha ritenuto metterla in pratica perché attendeva l'intesa con il Ministero? O mi sfugge il concetto di intesa ...

CONSIGLIERE: (*interrompe*)

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): No, non mi sfugge la legge, l'articolo 12 è chiaro e in effetti basta una delibera. Manca la volontà o forse c'è la volontà e ci sono degli *aut aut* da altre parti, però veramente non si capisce come è possibile, si parla di dare stabilità e sicurezza i nostri cittadini, io ho a che fare con questi precari della scuola, sono persone che hanno la mia stessa età e sono precari da 15 anni, cosa vuol dire? Che ogni anno, quando arriva agosto, non sanno se l'anno prossimo lavoreranno, non sanno in quale paese della provincia, non possono andare in banca a richiedere un mutuo. So che non sono numericamente tanti, non sono una grande *lobby*, non contano niente, però c'è un sentimento di giustizia sociale? C'è un sentimento di cercare anche di fare le cose come devono essere fatte secondo legge, senza mantenere indiscriminatamente delle persone? Io non so qual è l'obiettivo perché, come detto, cercare di capire qual è l'intenzione dell'assessorato di lingua italiana per la scuola è impresa impossibile, perché ci sono continuamente delle iniziative che poi si contraddicono, però non vorrei che tutto questo fosse un disegno per far comunque tenere un'istituzione confrontabile con un'altra in situazione di disagio, se fosse

così, sarebbe abbastanza grave. Su questo poi ho presentato anche un ordine del giorno, per cui ne parleremo più tardi.

Ancora un paio di cose, il caso dell'IRAP, ormai è stato detto da tante persone, non è che si contesta la scelta di dove fare entrare il carico fiscale, ma si contesta il momento, noi stiamo affrontando un periodo dove la pandemia non è finita, anzi, ogni giorno che passa fa vedere delle nubi sul futuro, perché adesso non si sa cosa succederà a Natale, cosa succederà a gennaio, la situazione non si è normalizzata. Qual è il messaggio che lancia questa Giunta? È già stato detto, non sono i 66 milioni, perché magari si poteva rinunciare a qualche buco, qualche galleria, proprio applicando quello che è scritto nella relazione sul bilancio qual è l'intenzione di indirizzo politico, invece si è ignorato tutto questo e si è aumentato il carico fiscale. Tra l'altro la giustificazione da parte della Giunta qual è? Questa tra l'altro è una battaglia storica del Movimento 5 Stelle, perché chi conosce l'IRAP sa che è una tassa particolarmente fastidiosa perché è una base imponibile che non viene riconosciuta effettivamente come una ricchezza. Quindi torno al punto, togliamo una richiesta fiscale, in modo che quando verrà sostituita con un'altra tassa, il Governo si ricorderà che il nostro carico fiscale ha bisogno di questa somma. Questo è un gioco delle tre carte, cosa rimane in mano all'imprenditore? Cosa gli interessa se la paga sotto forma di IRAP o sotto forma di IRES? Ma io dico, cosa interessa anche alla Provincia? Se ci sarà un mancato introito di 9/10 di IRAP perché verrà trasportato sull'IRES, il gioco è zero, questo è un artificio per confondere un po' le acque, è come se chiedessi adesso al mio collega Urzi di prestarmi 20.000 euro così poi gli nascerà un credito nei miei confronti di 20.000 euro e io avrò anche l'anno prossimo bisogno di altri 20.000 euro da qualcuno, perché alla fine chi paga sono le imprese, è il carico fiscale che aumenta. Io mi sorprendo poi anche per chi sono i difensori di questo aumento delle tasse sul lavoro, cioè sono all'interno della nostra Giunta. Il collega Vettori, che si toglie per ovviamente andarmi in replica, quando pensa alla sua azione – adesso non vorrei entrare in una questione personale, perché non è assolutamente un attacco personale – ma mi rifaccio alla metafora. Forse sarà capitato anche a Voi di passare su una strada dove c'è un recinto e dietro un cane che ringhia forte, con cattiveria, fa vedere i denti, poi man mano che si cammina c'è un buco, un cancello aperto e il cane si trova improvvisamente cosciente di poter attaccare e alla fine svia la cosa, si tira indietro e fa finta di niente. In realtà è questo che è successo, prima di entrare in commissione il collega Vettori ha dichiarato che farà battaglia, raccoglierà le firme, farà di tutto per fermare questo aumento, in realtà quando gli è stata data la possibilità concreta in commissione di bloccare questo emendamento ha fatto finta di niente. Questo è il gioco delle tre carte, no? Noi qua non è che perché aumentiamo il nostro fabbisogno finanziario possiamo avere più pressione su Roma, solo in un caso potrebbe funzionare, dove c'è un altro *lockdown* dove si calcola il nostro fabbisogno ... comunque adesso ho capito che devo continuare più tardi ...

Presidenza della presidente | Vorsitz der Präsidentin: Rita Mattei

PRESIDENTE: Grazie consigliere Nicolini, presumo ovviamente che non concluderebbe in un paio di minuti e quindi proseguiremo con il Suo intervento nel pomeriggio.

La seduta è sospesa fino alle ore 14.30.

ORE 13.03 UHR

ORE 14.37 UHR

Appello nominale - Namensaufruf

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Si riprende la discussione generale congiunta sui disegni di legge provinciale n. 100/21, n. 101/21 e n. 102/21. Do la parola al consigliere Nicolini per proseguire il suo intervento interrotto al termine della seduta antimeridiana. Prego, consigliere Nicolini.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente! Volevo vedere quanto tempo ancora avevo a disposizione, comunque credo che mi basti.

PRESIDENTE: Ha ancora 45 minuti circa.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Avanza.

PRESIDENTE: No, scusi, 34.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Allora devo fare veloce.

Stavamo parlando di IRAP e di come l'IRAP non è una tassa amata dagli imprenditori proprio perché si calcola con un imponibile che non desume tutti i costi, giustamente viene ricordato che i costi del personale se il personale è assunto regolarmente a tempo indeterminato possono venire dedotti, altre forme però di lavoro, il lavoro a tempo determinato, o a contratto, o temporaneo, o un'altra somministrazione di lavoro di cui ampiamente il mondo del lavoro si fa carico, non sono detraibili, così come non sono detraibili neanche gli interessi passivi, e siamo in un momento storico dove le imprese si sono fortemente indebitate per superare questo periodo pandemico, è un periodo dove tutte le imprese stringono i denti, per questo è un periodo sbagliato per aumentare le tasse.

Proprio per i prestiti la Giunta si vanta di avere aiutato tantissimo le imprese concedendo finanziamenti in conto capitale, e anche soprattutto finanziamenti sotto forma di prestito, io volevo fare una riflessione su questa forma di finanziamento. Tantissime imprese della nostra provincia hanno usufruito dei 30.000 euro, o dei 35.000, potevano esserci due formule, ebbene questi finanziamenti sono garantiti dalla Provincia, è per questo che si considera un aiuto, nella realtà però sono anche questi sottoposti ai controlli dell'erogazione del credito a livello europeo, allora cosa succede nel concreto? Che un'impresa prima doveva iscriversi a un consorzio di cooperativa del credito, Confidi o Garfidi nel nostro caso, e lì sono 300 euro, dopodiché le spese di istruttoria praticati dalle banche su questa somma erano di 700 euro. Cosa significa? Che l'impresa ha un debito in pancia ulteriore di 30.000 euro sì, ma ha ricevuto soltanto 29.000 euro, e allora io mi chiedo veramente in coscienza chi ha fatto l'affare all'interno di questa operazione? Gli istituti di credito o le piccole imprese? Sono da tenere in conto questi piccoli dettagli, perché poi nel mondo dell'impresa sono abbastanza pesanti, quindi, come ho già detto, il fatto che si sia previsto un aumento di IRAP in considerazione di accrescere il nostro fabbisogno fiscale è un po' il gioco delle tre carte, perché comunque alla fine sono sempre gli imprenditori che pagano e poco interessa giustamente anche all'*Unternehmerverband* se poi c'è la compensazione che verrà a livello provinciale su un altro tipo di imposta, quello che conta è la tassa che si paga in forma aumentata. Poi giustamente mi si faceva una riflessione, che l'IRAP è nata ed è anche odiata proprio perché riesce a identificare una base imponibile ed è difficile sottrarsi, è stata anche una battaglia del Movimento 5 Stelle quella di cercare di fare emergere l'evasione fiscale, perché ce n'è ancora tantissima, però vediamo che anche a livello nazionale manca un po' la volontà politica di avere degli strumenti che effettivamente funzionano in questo campo e il grosso problema è quello di intercettare la ricchezza, questo è il punto veramente problematico. Io condivido anche che su questo punto non è facile muoversi, e questa ricchezza che sfugge appunto è la ricchezza che poi fa incrementare le disuguaglianze in termini di distribuzione e quindi anche le politiche stanno per fallire o non funzionano come dovrebbero.

Io penserei però a un'altra tassa che sta arrivando, quella dell'IMI, che era già citata nella relazione e si prevede che entrerà con disegno di legge prossimo. L'IMI è un tipo di tassazione che non è un'imposta sul reddito, non è un'imposta sulle rendite finanziarie, non è neanche un'imposta sui trasferimenti, ma è un'imposta sul patrimonio e dunque è una patrimoniale. Non è forse direttamente un mio problema politico, però qua si pone un problema a livello nazionale, il nostro Governo abbiamo visto quale lotta appena si è paventato un possibile ricalcolo degli estimi cosa è successo per il partito che è in questa coalizione, la Lega, ha minacciato di togliersi dal Governo, non aveva partecipato addirittura a due sedute del Consiglio dei ministri perché non si voleva parlare di un'imposta sul patrimonio. Ebbene, cosa succede invece in questa maggioranza? Che verrà presto istituita questa imposta sul patrimonio, dopodiché dal punto di vista dell'impatto che avrà e del consenso che potrà avere da parte anche dei partiti di minoranza, credo che su questo ci sarà da discutere, perché non c'è un'opposizione ideologica, abbiamo appena detto che il problema è quello della distribuzione della disuguaglianza nella distribuzione della ricchezza, è chiaro che qualche intervento dovremo farlo, soprattutto in un settore come quello della casa che impone delle riflessioni, infatti bisognerà in qualche modo intervenire. Si pone però un grosso problema di coerenza politica, perché se alla fine gli elettori si allontanano è anche perché tra quello che si sbandiera e quello che poi si fa c'è una profonda differenza.

Un piccolo accenno alla speculazione edilizia, questa purtroppo esiste, è tangibile e in qualche modo chiaramente bisogna che il legislatore intervenga e giustamente ieri la collega Rieder ha detto che tutte queste spese che vanno all'interno del capitolo sociale, alla fine entrano magari per supporto al pagamento di un

affitto o anche dell'acquisto di una casa, però nella realtà chi paga l'affitto non lo vede questo aiuto sociale, è un trasferimento che va a inserirsi invece nel circuito della valorizzazione del patrimonio immobiliare e quindi si crea una spirale che è anche forse inevitabile, perché comunque tutto nasce dalla domanda e dall'offerta, quando c'è un'offerta che è inferiore a quella della domanda, è chiaro che i prezzi si spingono verso l'alto, quindi aggiungere anche altri 500 euro per pagare un affitto, c'è un'immediata traslazione dalle tasche dell'affittuario a chi affitta, questo è anche chiaro. Quindi si deve vedere il problema in modo un po' allargato, si deve vedere che cosa fa l'IPES, adesso abbiamo sentito appunto che ha fatto un debito fuori bilancio e mi chiederei anche, se l'assessore vorrà rispondere, se l'IPES ha usufruito del Super Ecobonus 110%, perché io questa notizia non l'ho sentita, ho sentito di altri istituti case popolari che hanno fatto ampiamente discorso, mentre dell'IPES in particolare non ho sentito niente.

Un accenno poi anche al fatto che noi abbiamo invocato una *spending review* che è stata considerata da parte del presidente come parole vuote che non hanno senso, perché non esiste, non si può fare, è uno *slogan* che viene usato da noi, proprio per coincidenza mi è passato sotto gli occhi in questi giorni un articolo di 10 anni fa dell'ex direttore sanitario del tempo, credo che fosse Andreas Fabi, che attaccava il sistema della sanità in Alto Adige a livello proprio di struttura burocratica, diceva che non è più sostenibile avere 4 comprensori, non corrisponde neanche agli *standard* europei e che facendo una *spending review* si poteva risparmiare addirittura il 20% dei costi soltanto intervenendo sulla struttura organizzativa. Quando noi parliamo di *spending review*, di cercare di tagliare dal lato dei costi, anziché da quello delle entrate, intendiamo proprio da tanto tempo questo, io pensavo che fosse una novità, invece mi accorgo che già 10 anni fa si dicevano queste cose e in 10 anni, nonostante siano cambiate due legislature, nonostante sia cambiata anche la guida, e anche ci sia un altro indirizzo politico, però le cose non sono cambiate, la politica entra ancora nella sanità e ne fa aumentare i costi, e quell'auspicato rinnovamento o controllo dei costi si derubrica come populismo oppure parole vuote che sono fuori dalla realtà perché non corrispondono ai bisogni della gente.

Con questo avrei anche finito, però vorrei ripetere una cosa: sotto un certo punto di vista, se venissero realizzate le cose contenute in questa relazione di bilancio, si tratterebbe di una conversione. Ieri abbiamo proprio avuto qui il nostro vescovo che ha ricordato il filosofo Hölderlin e ha detto "Non è mai troppo tardi per una conversione", e si tratterebbe di una grande conversione, io non so se credere o no, perché se verrà fatto quello che è dentro questa relazione di bilancio, si tratterebbe di una svolta epocale, però io ogni giorno ho sentito che questo non succede, cioè anche oggi ho sentito che viene finanziata un'altra pista da sci addirittura nel Veneto e questo non corrisponde alle intenzioni che vengono descritte all'interno di questo piano, si dice una cosa per farne un'altra, ma anche quando si invita, si dà una mano verso la minoranza per collaborare, questo noi lo abbiamo fatto tante volte e adesso ci si rimprovera ancora che noi dovremmo cambiare, è questo allora che ci fa venire i dubbi se quanto contenuto verrà poi realizzato, perché alla fine è anche un grande impegno, o se rimarrà invece un *marketing* politico, un *bla bla bla*. Mi viene sempre in mente che quando uno vuole essere verde in America dicono "*nothing is greener than a dollar's background*", vuol dire "non c'è niente di più verde dei dollari", non vorrei che il verde proclamato da questa Giunta fosse visto dal punto di vista della perpetuazione della ricchezza così come distribuita attualmente.

Concludo il mio intervento sperando di non aver offeso nessuno, mi dispiace, prima ho fatto una metafora, quella del cane, non è assolutamente riferita alla persona, perché ho pienamente rispetto del mio collega Vettori e quindi non mi permetterei mai. Fra l'altro abbiamo anche nel nostro statuto la cura delle parole, credo che questo dovremmo farlo tutti, io spero che una metafora non abbia offeso nessuno e ovviamente neanche gli altri colleghi. Grazie!

PRESIDENTE: Grazie consigliere Nicolini, anche per la precisazione. Si è prenotata la consigliera Amhof. Prego.

AMHOF (SVP): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrter Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal genehmigen wir in diesem Landtag einen üppigen Haushalt. Mit 6,5 Milliarden Euro ist es ein sehr gut ausgestatteter Haushalt. Sicher ist, dass wir diese Summen verpflichten können, weil es gelungen ist, in zähen Verhandlungen mit Rom Gelder abzusichern, die sonst nur über eine Steuererhöhung ausgeglichen hätten werden können. Vor etwas mehr als einem Monat stand noch die Erhöhung des regionalen Zuschlages auf die Einkommenssteuer IRPEF im Raum. In unserer Fraktion war schnell klar, dass dies unter allen Umständen zu vermeiden ist. Umso wichtiger ist das Signal an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von dieser Erhöhung abzusehen, insbesondere da gerade die Arbeit-

nehmerInnen unter den allgemeinen Preissteigerungen stöhnen und bereits einen großen Beitrag zum Landeshaushalt leisten. Bedenken wir, dass ein knappes Drittel des Haushaltsvolumens über die IRPEF kommt und ein Großteil davon von ArbeitnehmerInnen eingezahlt wird. Unterm Strich sind wir für 2022 rund 237 Millionen Euro mehr. Das ist der Verdienst unseres Landeshauptmannes aufgrund der Verhandlungen mit Rom. Dafür möchte ich wirklich danke sagen, denn es ist nicht selbstverständlich, dass wir diese Gelder einschreiben konnten.

Wir leben in einer sehr bewegten Zeit. Von uns allen wird viel Flexibilität verlangt. Um diese Flexibilität zu garantieren, brauchen wir Sicherheit und feste Wurzeln. Lassen Sie es mich an einem Beispiel beschreiben: Unsere Familien brauchen ein gewisses Maß an Sicherheit und Garantie in der Betreuung und Begleitung ihrer Kinder, um den Familienalltag zu meistern. Gleichzeitig müssen sie sehr flexibel sein, wenn ein Kind krank wird, in Pandemiezeiten unter Quarantäne gestellt wird oder etwas fix Geplantes ausfällt. Familien müssen, um auf der sicheren Seite zu stehen, ihre Familienorganisation auf mehrere Säulen stellen. Wir bieten mit unseren in den letzten Jahren stark ausgebauten Kinderbetreuungssystemen Sicherheit, allerdings nicht für die Betreuung außerhalb dieser Zeiten. Das müssen die Familien flexibel gestalten. Unsere Familien sind flexibel, wenn auch mit großen Kraftaufwendungen. Wie in der Kinderbetreuung, wo auch noch Luft nach oben ist, wollen wir den Menschen auch weiterhin in anderen Bereichen die gewohnte Sicherheit in sonst schon unsicheren Zeiten geben. Genau das wollen wir mit diesem Haushalt für 2022 tun, ohne uns durch das laute Zurufen der Wirtschaftsverbände beeinflussen oder gar treiben zu lassen. Wir wollen an Bewährtem festhalten und damit den Menschen die Stabilität garantieren, die sie von uns als Südtiroler Volkspartei kennen und in diesen Zeiten brauchen, ohne aber die gesellschaftliche Entwicklung außer Acht zu lassen.

Eine dieser großen Herausforderungen ist die Demographische Entwicklung. Schauen wir sie uns am Beispiel der Arbeitswelt an, auf die ich näher eingehen will. Unsere Arbeitswelt hat sich rapide weiterentwickelt, in jeglicher Hinsicht, verstärkt noch einmal durch die Pandemie. Wir haben hohe Pensionsaustritte in den verschiedensten Bereichen, die mit Neuaufnahmen nicht ersetzt werden können. Der Wettbewerb um Mitarbeiterinnen spitzt sich in allen Bereichen stark zu. Der Fachkräftemangel zieht sich quer durch alle Bereiche durch. Das bedeutet, dass wir unseren jungen Menschen attraktive Angebote machen müssen, zum einen, damit sie in Südtirol bleiben und/oder zum anderen, dass sie nach Südtirol kommen oder zurückkommen. Das muss ein Angebot sein, in dem Wohnen, Arbeit und Freizeit als Gesamtes gesehen wird. Vielleicht hat sich der eine oder andere die Umfrage der Südsterne angesehen: Junge Südtirolerinnen und Südtiroler kommen wegen zu hohen Wohnpreisen und zu niedrigen Löhnen großteils nicht zurück, ein gefährlicher Cocktail, wie ich meine! Auch wenn Fachkräfte fehlen, wollen wir nicht auf die Qualität verzichten. Das bedeutet im Gegenzug, dass wir auch in der Ausbildung flexible bleiben und in einigen Bereichen noch flexibler werden müssen.

Mit dem Haushalt für 2022 wollen wir die duale Ausbildung, also das Ausbilden am Arbeitsplatz auch im öffentlichen Dienst möglich machen, sodass eine junge Frau ihre Ausbildung zur Köchin in einer Schulmensa absolvieren kann oder der junge Gärtner die Lehre in der Stadtgärtnerei absolviert. Das sind wichtige Voraussetzungen, um weiterhin ausreichend Ausbildungsplätze anbieten zu können. Den derzeit offensichtlichsten Fachkräftemangel haben wir in den Gesundheitsberufen. Wir haben bereits des Öfteren im Landtag darüber diskutiert und Vorschläge dazu eingebracht, die auch meist mit großer Mehrheit angenommen worden sind. Diesbezüglich müssen wir auf mehreren Ebenen aktiv werden. Lassen Sie mich die zwei Beispiele der Löhne und der Ausbildung nennen. Zu den Löhnen: ein erster Teilvertrag für die Krankenpfleger im Gesundheitsdienst wurde genehmigt und die Verhandlungen für einen weiteren Teilvertrag laufen. In Absprache mit dem Landeshauptmann, der zuständigen Landesrätin und meinen Kolleginnen und Kollegen habe ich einen Tagesordnungsantrag eingereicht, mit dem ich den Start von Kollektivvertragsverhandlungen für PflegerInnen im sozio-sanitären Bereich anrege und die dafür notwendigen Gelder mit Haushaltsänderung vorgesehen haben will. Zur Ausbildung: wir haben es hier im Landtag bereits genehmigt, nämlich die Ausbildung in den Gesundheitsberufen peripher anzubieten, zum einen über die Landesfachschule Hannah Arendt aber auch über die Claudiana. Das ist wichtig, weil wir Studierende ins benachbarte deutsche Ausland verlieren. Viele junge EisacktalerInnen, WipptalerInnen und PustertalerInnen ziehen es vor, die Ausbildung in Innsbruck zu machen und verpflichten sich gleichzeitig, ihren Beruf mindestens drei Jahre dort auszuüben. Diese Fachkräfte bräuchten wir dringend selbst in unseren Krankenhäusern und Altenheimen.

Flexibilität bedeutet auch, alle Ausbildungen im zweiten Bildungsweg anzubieten. Nach wie vor stellen Frauen ein großes Potential für den Arbeitsmarkt dar. Mit flexiblen Ausbildungen (Teilzeit/berufsbegleitend oder in Form einer Lehre) im zweiten Bildungsweg kann es gelingen, Frauen in den Arbeitsmarkt zurückzu-

bringen, auch wenn wir in Südtirol bereits die höchste Frauenerwerbsquote in Italien haben. Sie sind eine wichtige Ressource in Bezug auf den Fachkräftemangel. Darin sollten wir noch etwas mehr investieren.

Mit dem Älterwerden der Gesellschaft werden wir auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, die mit einem gewissen Altern ihren angelernten Job nicht mehr machen können. Um diese Menschen in der Arbeit zu behalten, gilt es frühzeitig Umschulungen, Neuqualifizierungen anzubieten und gezielt Menschen auf diesem Weg zu begleiten. Age-Management ist ein Baustein der künftigen Arbeitsmarktpolitik, die natürlich auch die qualifizierte Zu- und Rückwanderung mitinkludiert. In diese Bereiche werden und müssen wir verstärkt investieren.

Wenn wir von Ausbildung reden, muss eines klar sein: Wir müssen alle Kinder und Jugendliche, unabhängig von ihrem sozio-ökonomischen Hintergrund, in eine Ausbildung bringen und zu einer Qualifikation führen. Wir haben zwar die geringste Drop-out-Quote, auch im PISA Vergleich, ohne dabei eine Nivellierung nach unten zu beobachten. Wir setzen in der Schule ganz stark auf individuelle Förderung und Kompetenzförderung, sodass man sagen kann, dass wir auch in der Schule grundsätzlich nicht schlecht aufgestellt sind.

In Südtirol haben wir eine sehr hohe Eigenheimquote, und damit bin ich beim Thema Wohnen angeht. Das Eigenheim gibt den Menschen Sicherheit und zählt nach wie vor zu einem der wichtigsten Ziele der jungen SüdtirolerInnen. Mit dem Modell des Bausparens, das wir vor einigen Jahren eingeführt haben, ist es gelungen, viele jungen Menschen zu diesem Ziel zu führen und sie dabei zu unterstützen. Diesen Weg schlagen wir auch für 2022 ein.

Gefördertes Bauen wollen wir attraktiv halten, dazu müssen wir Anpassungen machen. Dringend wollen und müssen wir beim Wohnbauförderungsgesetz nachbessern. Eines ist die Anpassung der Punkte für Bauen und Kaufen, eine Forderung der ArbeitnehmerInnen, die ich hoffe, im kommenden Jahr nicht mehr länger stellen zu müssen. Die notwendigen Mittel sind derzeit noch nicht vorgesehen, aber steter Tropfen höhlt den Stein.

Ein flexibler Arbeitsmarkt, wie vorhin ausgeführt, verlangt auch nach einem flexiblen Wohnungsmarkt. Dieser benötigt eine Mobilisierung des Mietmarktes. Dafür gibt es zwei Ansätze, die für das kommende Jahr angegangen werden. Die Besteuerung des Leerstandes, um dadurch in Gemeinden mit Wohnungsnot solche Leerstände auf den Markt zu bekommen, und andererseits die Öffnung und Neuausrichtung des Wohnbauinstitutes. Damit bringt auch die öffentliche Hand Mietwohnungen auf den Markt, die für die hier lebenden Menschen bezahlbar werden bzw. sind.

Es wurde schon einige Male ausgeführt. Das Sozialkapitel ist im Haushalt unterfinanziert. Ich stimme dem Landeshauptmann trotzdem mit Überzeugung zu, weil der Landeshauptmann, wie bereits im vergangenen Jahr, versichert hat, dass mit dem Nachtragshaushalt nachgebessert wird. Dem vertrauen wir, wie bereits im vergangenen Jahr. Die Ausgaben im Sozialen steigen stetig. Vor allem die Pflegesicherung nimmt einen hohen Anteil ein. Die Leistungen, die wir zahlen, kommen dort an wo sie benötigt werden. Der Abschlussbericht 2021 der Denkfabrik "Welfare Italia" weist ganz klar darauf hin. Südtirol scheint neben dem Trentino an zweiter Stelle auf. Das Verhältnis zwischen den geleisteten Ausgaben für die Wohlfahrt und deren Output-Ergebnissen im Sozialbereich und im Gesundheitswesen, in der Fürsorge, im Bildungs- und Ausbildungsbereich ist in Südtirol sehr gut. Elisabetta Pugliese, die diesen Bericht am Dienstag dieser Woche bei einem Webinar des AFI vorgestellt hat, hat Folgendes gesagt: *"Diese Rangliste soll nicht nur zeigen, wer gut oder schlecht dasteht, sondern auch verstehen helfen, wie und in welchen Bereichen Wohlfahrtsmaßnahmen besser gesteuert werden können"*. Wir sind gut, aber auch wir werden uns Überlegungen machen müssen, wie wir Sozialleistungen langfristig auf solide Beine stellen wollen. Wir haben eine immer älter werdende Gesellschaft, der wir sehr viel schuldig sind. Menschen sollen in Würde altern dürfen.

Lassen Sie mich aber auch ein paar Worte zur Pandemie verlieren, denn auch der Landeshaushalt 2022 ist davon geprägt. 2020 haben wir uns nichts anderes als einen Impfstoff gegen diesen Virus gewünscht. Nun sind seit fast einem Jahr vier Impfstoffe in Europa zugelassen, aber die Durchimpfungsrate, die wir benötigen, um unsere Krankenhäuser zu entlasten, erreichen wir nicht. Die Gespräche mit Ärztinnen und Ärzten, PflegerInnen und Pflegern oder die Bilder aus den Intensivstationen machen mich betroffen. Viele Patientinnen und Patienten warten derzeit auf dringende Eingriffe und Therapien, weil unsere Krankenhäuser überlastet sind und am Anschlag arbeiten. Das hat nichts, aber schon gar nichts mit kaputtsparen zu tun, wie viele meinen und in den sozialen Medien wieder, und wieder behauptet wird. Nein, es hat damit zu tun, dass Corona-Patienten ein Vielfaches an Betreuung und Pflege benötigen als ein großer Teil der anderen Patienten, auch die Patienten auf den Normalstationen, geschweige denn PatientInnen auf den Intensivstationen. Diese Pflege und Betreuung bündeln derzeit große Ressourcen. Wenn viele glauben, im zweiten Jahr der Pandemie müsste

wir diese Engpässe überwunden haben, kann ich nur antworten: ÄrztInnen und PflegerInnen fallen nicht vom Himmel, das sind spezialisierte Ausbildungen, die Jahre dauern!!

Wir spüren derzeit alle die Anspannungen in unserer Gesellschaft. Der Streit zieht sich durch Familien und Freundschaften. Ich denke, dass es in erster Linie unsere Aufgabe als PolitikerInnen ist, nicht weiter diese Diskussionen zu befeuern, sondern viel mehr zu beruhigen, zu deeskalieren und Menschen in persönlichen Gesprächen durch Hausärzte, Vertrauensärzte andere MedizinerInnen über den Schutz der Impfung aufzuklären. Es gibt noch viele SüdtirolerInnen, die Angst haben und skeptisch sind. Ob wir es glauben oder nicht, sie fühlen sich noch unzureichend informiert. Ich finde, das ist noch eine große Chance, die wir ergreifen sollten!

Damit schließe ich und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich werde mich in diesem Jahr kurz halten. Es ist ja keine Rede an die Nation, die wir hier halten, sondern ein Rückblick auf das vergangene Jahr. Sie soll ein bisschen einen Einblick darauf geben, wie wir uns die Gestaltung dieses Landes vorstellen. Ich werde meine Ausführungen in drei Teile einteilen, zunächst die Feststellung, was gut gelaufen ist – auch das gehört dazu -, dann was schlecht gelaufen ist und zuletzt was besser oder anders laufen soll.

Lassen Sie mich mit dem beginnen, was gut gelaufen ist. Ich beginne mit einer aktuellen Thematik, mit der Begnadigung von Heinrich Oberleiter. Das ist ein Thema, das mich bereits meine ganze politische Karriere begleitet. Wer mit mir schon einige Zeit im Landtag sitzt, der weiß, dass das für mich im wahrsten Sinne des Wortes eine Herzensangelegenheit ist. Ich war vor genau 15 Jahren als damals junger Abgeordneter bei der Beerdigung von Heinrich Oberlechner dabei, der erst als Toter in die Heimat zurückkehren durfte. Das war für mich ein prägendes Erlebnis. Zum einen gab es einen nicht enden wollenden Zug an Menschen, die ihn auf seinem letzten Gang begleitet haben, zum anderen die Frage, wie sehr man dieses Land lieben muss, wenn man bereit ist, dafür sein Leben zu opfern. Wenn man sich heute die Frage stellt, wer von uns bereit wäre, die Familie zu verlassen, alles zurückzulassen, um für etwas zu kämpfen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte ... Wir reden hier vom selbstverständlichen Recht auf Gebrauch der deutschen Sprache, aber auch von der Grundsatzfrage, ob es zulässig ist, dass sich ein fremder Staat ein Gebiet aneignet, ohne die Bevölkerung zu fragen, ob sie damit einverstanden ist. Das sind die Kernfragen, um die es in den 60-er Jahren gegangen ist. Ich erwähne in diesem Zusammenhang Silvius Magnago, der zugegebenermaßen geschickt gespielt und dazu beigetragen hat, dass es in der Folge zu rascheren Autonomieverhandlungen gekommen ist. Das ist auch eine Bringschuld, die unsere Generation gegenüber jenen hat, die sich auf politischer Seite für diese Rechte eingesetzt haben, aber auch auf jener Seite, die sich mit anderen Mitteln dafür eingesetzt haben, in einer Zeit, in der die Politik nicht weitergekommen ist. Wenn ich damals mit anschauen musste, wie Heinrich Oberlechner letztlich nur mehr als Toter in die Heimat zurückkehren durfte, habe ich mir gedacht, dass so etwas eigentlich nicht mehr passieren darf. Es kann nicht sein, dass einem Menschen die letzte Würde genommen wird, zurückzukehren, die Familie zu sehen, Freunde zu treffen, im Grunde genommen die Landschaft zu sehen, in der man geboren ist. Vielleicht habe ich aufgrund meines familiären Rückhaltes einen anderen Zugang zu dieser Thematik. Ich habe das ganz stark bei meiner Großmutter erlebt, die in Schlesien geboren ist und im Jahr 1946 ihre Heimat verlassen musste, und zwar von einem Tag auf den anderen. Sie hat mir so oft erzählt, dass sie Hause am Mittagstisch saßen und plötzlich Soldaten ins Haus kamen und sie das Haus verlassen mussten. Sie wurden zum Bahnhof gebracht, die Familie wurde getrennt und niemand wusste, wohin es geht. Sie hat ihre Heimat nie wieder gesehen. Meine Großmutter ist vor einigen Jahren gestorben und kurz, bevor sie gestorben ist, war die Heimat wieder ein ganz starkes Thema für sie. Sie ist 93 Jahre alt geworden, hat also ein schönes Alter erreicht, aber in diesen letzten Tag war das Thema Heimat für sie stark präsent. Sie konnte zwar kaum noch sprechen, aber man hat ihr angemerkt, wie sehr sie das bis zum letzten Atemzug beschäftigt hat. Wer diese Erfahrung nicht gemacht hat, das heißt seine Heimat physisch zu verlieren, weil man weggehen musste und nicht mehr zurückkehren durfte, der kann vielleicht auch nicht verstehen, in welcher menschlichen Situation man sich dann befindet. Deshalb ist es wichtig, diese Frage nicht mehr unter einem politischen Aspekt zu sehen. Politisch gibt es unterschiedliche Meinungen, je nachdem, an welchem Standpunkt man steht. Es wird diejenigen geben, die sagen, dass es Freiheitskämpfer waren, andere werden sagen, dass es Aktivisten oder – noch schlimmer – Terroristen waren. Das hängt vom politischen Standpunkt ab. Hier geht es um die Frage der Menschlichkeit, die darin besteht, politische Überlegungen und Vorbehalte außen vor zu lassen und sich auf den gemeinsamen Nenner zu einigen, dass einem Menschen am Ende seines Lebens seine Würde zurückgegeben werden sollte. Diese Würde besteht darin, dass man

das, was gewesen ist, zurücklassen und diesen Menschen zugestehen kann, wieder in die Heimat zurückzukehren. Deshalb möchte ich ausdrücklich allen dafür danken, die sich in all den Jahren dafür eingesetzt haben. Es hat im Landtag immer wieder Beschlussanträge, Initiativen, Gespräche usw. gegeben. Alle haben dazu beigetragen. Es würde dieses Thema nicht geben, wenn es nicht immer wieder in Gesprächen aufs Tapet gebracht worden wäre. In der Politik ist es manchmal so, dass unangenehme Themen auf die Seite und nicht behandelt werden, aber es ist wichtig, diese Themen immer wieder aufs Tapet zu bringen. Hier geht es nicht um einen politischen Aspekt, sondern um Menschen. Deshalb möchte ich in diesem Jahr ausdrücklich positiv hervorheben, dass die Begnadigung von Heinrich Oberleiter erfolgt ist. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch daran erinnern, dass es noch immer drei andere Menschen gibt, die dieses Recht nicht in Anspruch nehmen können. Das ist noch immer ein Fleck in unserer Geschichte, da es noch immer Menschen gibt, die nicht in ihre Heimat zurückkehren dürfen. Deshalb hätte ich mir erhofft, dass der Staatspräsident hier einen generellen Schlussstrich zieht und allen die Möglichkeit gibt, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Das ist nicht der Fall, wobei es wichtig ist, dass es im Fall Heinrich Oberleiter gemacht worden ist. Im Übrigen möchte ich betonen, dass auch die Begründung juristisch sehr wichtig und sehr interessant ist. Das war immer etwas, was man ihm vorgehalten hat, weshalb das nicht möglich wäre. Jetzt ist von höchster Stelle festgestellt worden, dass dieser Grund nicht gegeben ist. Deshalb auch meine Bitte, uns über alle Parteigrenzen hinweg auch weiterhin dafür einzusetzen, dass die anderen drei noch verbliebenen Freiheitskämpfer in die Heimat zurückkehren dürfen.

Was ist in diesem Jahr nicht so gut gelaufen? Es gibt politische Auseinandersetzungen zwischen Minderheit und Mehrheit. Die hat es immer gegeben und wird es auch immer geben. Allerdings gibt es ein zentrales Thema, das uns begleitet hat. Das ist nicht einmal die Pandemie als solche, sondern die Begleiterscheinungen derselben mit den negativen Konsequenzen für die Wirtschaft, für die Gesellschaft, aber auch für die Politik. Wir sehen, dass die Gesellschaft zu einem großen Teil das Vertrauen in die Politik verloren hat. Das wurde heute schon mehrmals gesagt. Vielfach glaubt man dem, was Politiker sagen, nicht mehr. Man glaubt, dass Politiker eine Sonderklasse wären, die nur für sich und gegen das Volk arbeitet. Das ist inzwischen eine weit verbreitete Meinung und kommt natürlich nicht von irgendwo her. Dafür gibt es nicht einen Schuldigen, sondern das hat ganz stark damit zu tun, wie die Politik mit diesem Thema umgeht. In Krisenzeiten hat man immer zwei Möglichkeiten: Man kann einen starken Mann oder eine starke Frau an die Spitze stellen, der/die sagt: "Ich bin die Lösung des Problems und sage Euch, was zu tun ist." Oder man versucht, Menschen auf dem Weg mitzunehmen. Ich muss leider feststellen – das ist eine allgemeine Feststellung -, dass man in Europa in dieser Pandemie dazu geneigt hat, den starken Mann oder die starke Frau hervorzuheben und glaubt, dass die das Problem schon lösen werden. Wir haben gesehen, dass es keinen Staat gibt, in dem einer das Problem lösen konnte. Allerdings sehen wir, dass viele Menschen auf der Strecke geblieben sind, weil man sie auf diesem Weg nicht mitgenommen hat. Mit jeder neuen Corona-Welle schwindet das Verständnis der Bevölkerung für die Maßnahmen. Ich erinnere mich noch ganz genau, wie wir im Jahr 2020 hier im Landtag gesessen sind und mitbekommen haben, wie es in den Reihen der Landesregierung unruhig wurde. Wir waren alle erschrocken über diese Welle, die über uns hereingebrochen ist. Wir haben nur die Bilder aus China gekannt, als Menschen plötzlich tot auf der Straße oder in Krankenhäusern lagen. Plötzlich hatten wir es auch hier in Südtirol. Es gab eine große Solidarität und den Zusammenhalt in der Bevölkerung, dieses Problem gemeinsam anzugehen. Ich unterstelle der Landesregierung, dass sie das damals in der ersten Phase gut gemacht hat. Die Idee des Sich-Frei-Testens ist in der Umsetzung aber nicht so gut gelungen, wie man es sich vorgestellt hat, aber das war ein Moment, in dem man der Bevölkerung das Gefühl gegeben hat: Wenn wir jetzt alle zusammenhelfen, dann können wir etwas erreichen. Dann hat man ja gesehen, wie viele bereit waren, damals diesen Weg mitzugehen. Allerdings ist dieser Moment sehr schnell verloren gegangen, was auch mit chaotischen Zuständen zu tun hat, die diese Pandemie natürlich mit sich bringt. Das ist nichts, was man planen kann. Man lebt ein bisschen von einem Tag auf den anderen und muss sich immer neuen Situationen anpassen. Die verschiedenen Bestimmungen haben zu einem Durcheinander geführt. Jedes Land hatte unterschiedliche Bestimmungen und die Bevölkerung hat nicht mehr verstanden, welche Regeln gelten. Man ist mit einem Reglement überflutet worden, das für niemanden mehr durchschaubar war. Dann ist leider das passiert, was leider sehr oft passiert, nämlich, dass Regeln gemacht worden sind, die nicht nur unterschiedlich waren, sondern die manches Mal auch in ihrer Sinnhaftigkeit zu hinterfragen sind. In der ersten Welle der Pandemie ist die Feuerwehr auf den Talferwiesen entlanggefahren und hat den Leuten mittels Lautsprecher zu verstehen gegeben, dass sie sofort nach Hause gehen sollen. Das würden wir heute bestimmt nicht mehr so machen. Das ist kein Vorwurf, denn es war für alle Situation, mit der man nicht wusste wie

umzugehen. Es sind dann immer mehr solche Maßnahmen gekommen und auch heute sind gewisse Dinge für die Bevölkerung nicht nachvollziehbar, beispielsweise die Maskenpflicht für Familienangehörige, die nicht im selben Haushalt wohnen. Die Freundin darf bei mir übernachten, aber wenn ich sie danach mit dem Auto nach Hause bringe, müssen wir eine Maske tragen, denn sonst machen wir uns strafbar. Das sind so Kleinigkeiten, die sich summiert und zu einer gewissen Kritik geführt haben, die oft nicht wahrgenommen oder nicht ernst genommen worden ist. Dann kam ganz oft die Frage: "Worum geht es überhaupt? Geht es um das Problem deiner Freundin oder geht es um das große Ganze?" Man musste praktisch die eigene Wahrnehmung für das große Ganze opfern, wobei man den Menschen oft nicht erklärt hat, warum das überhaupt notwendig ist. Ein wesentlicher Kritikpunkt war die Ausschaltung der demokratischen Institutionen auf europäischer, staatlicher, aber auch auf Landesebene. Wir haben es in ganz vielen Staaten Europas, aber auch in Südtirol erlebt, dass im Grunde genommen die Volksvertreter überhaupt nicht mehr befragt wurden. Und da bin ich jetzt wieder beim starken Mann und bei der starken Frau. Jemand verordnet einfach etwas, und das ist dann ein Problem. Wie erklärt man das dem Volk? Wie erkläre ich jemandem, dass diese Maßnahmen gelten, wenn sie keinen oder einen zweifelhaften Sinn haben und man als Volksvertreter nicht einmal die Möglichkeit hat, sich dazu zu äußern? Das ist leider etwas, was wir bis heute spüren und das sind Dinge, die nicht nachvollziehbar sind. Ich sehe darin auch eine große Gefahr für die Glaubhaftigkeit der Europäischen Union. So gut die EU in anderen Bereichen funktioniert und so segensreich sie für die Entwicklung Südtirol als Grenzland war, so sehr muss man sagen, dass sie in vielen Bereichen dieser Pandemie kläglich versagt hat. Ein konkretes Beispiel dafür ist das Management der Grenzöffnungen und Grenzsicherungen. Die Europäische Union war nicht in der Lage, eine gemeinsame Lösung für die Frage zu finden, wer Familienangehörige treffen und wer über die Grenze fahren darf und wer nicht. Das ist nicht als Vorwurf an irgendjemanden zu verstehen, sondern eine reine Feststellung. Wenn wir Bilder sehen, wie Soldaten mit Waffen in der Hand an die Grenzen geschickt werden, um die Bevölkerung vor einem Virus zu schützen, dann kann man schon verstehen, dass viele Menschen an der Sinnhaftigkeit derartiger Maßnahmen zweifeln. Im Besonderen haben wir das natürlich in Südtirol gespürt. Wir haben hier im Landtag sehr oft über das Thema Selbstbestimmung und Unabhängigkeit diskutiert. Dann kam von Seiten der Mehrheit der Hinweis, wofür Südtirol eine Selbstbestimmung haben bzw. wofür es eine Volksabstimmung geben soll. Wir seien ja im vereinten Europa, in dem es keine Grenzen mehr gibt, hieß es. Jeder könne hinfahren, wohin er wolle, jeder könne sich niederlassen, wo er wolle. "Diese Grenze existiert nur noch in den Köpfen der ewig Gestrigen", hieß es so oft. Und plötzlich war diese Grenze nicht nur für die sogenannten ewig Gestrigen spürbar, sondern für jedermann. Man durfte die Freunde, die eigene Familie, den eigenen Partner nicht mehr besuchen. Der Staat hat gesagt: "Ich entscheide für Dich, ob Du über diese rote Linie fahren darfst oder nicht." Das stellt uns natürlich schon auch vor die Frage, wie es in der Europäischen Union zukünftig mit Minderheiten aussieht. Uns wird ja oft der Vorwurf gemacht, dass wir immer den Vergleich mit Österreich machen würden. Das stimmt, aber das braucht es auch. Jeder von uns im Landtag hat eine bestimmte Rolle. Die Kollegin Foppa ist hier – das habe ich schon oft scherzhaft gesagt -, um auf das feministische Schneehuhn aufzupassen. Der Kollege Urzi ist hier, um die Italianität zu vertreten. Und so sage ich, dass wir für uns auch eine ganz spezifische Rolle haben, wobei ich glaube, dass das eine Bereicherung ist. Gerade in einer Pandemie ist es wichtig, Vergleiche zu setzen und zu schauen, wie es andere besser, aber auch schlechter machen, um Fehler nicht zu wiederholen. In dieser Pandemie ist beispielsweise gelungen, die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich immer offen zu halten. Man hat gesagt, dass diese Grenze aufgrund der historischen Gegebenheiten so sensibel ist, dass man sie nicht schließen darf. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen, warum das bei uns nicht der Fall gewesen ist. Warum war diese Sensibilität im Falle Südtirols nicht da oder – selbstkritisch gefragt – warum haben wir das einfach akzeptiert? Wir haben gesehen, dass Minderheitenrechte und offene Grenzen keine Selbstverständlichkeit sind. Hier nehme ich mich hier. Meine Generation ist mit der Autonomie groß geworden. Sie ist ein Teil der Bevölkerung, die das, was davor war, nicht gekannt hat und leider allzu oft glaubt, dass das immer so sein wird. Minderheitenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen nicht auf ewig so bleiben. Sie können gegeben, aber auch wieder genommen werden, wenn sich der politische Wind ändert. Deshalb ist es so wichtig, dass man für diese Rechte kämpft und immer wieder auf sie hinweist. Wir sagen bewusst, dass das Recht auf Gebrauch der Muttersprache ein zentrales Element des Minderheitenschutzes ist. Wenn die Muttersprache fällt, dann fällt auch die Minderheit. Eine assimilierte Minderheit, die nicht mehr die eigene Sprache spricht, braucht keine Autonomie. Sie ist bestenfalls eine Besonderheit im Staatsvolk aufgrund einer historischen Entwicklung, aber nicht mehr eine ethnisch differenzierbare Bevölkerungsgruppe. Deshalb ist es so wichtig, dieses Recht zu verteidigen. In der Pandemie haben wir leider auch gesehen, dass dieses Recht immer wieder

hinstehen müssen. Das erleben wir im Gesundheitsbereich, wo wir uns schwertun, deutschsprachiges Personal zu finden. Dann müssen wir uns eben damit abfinden, dass wir keinen Arzt oder Pfleger finden, der die deutsche Sprache kennt. Das ist nicht nur ein Eingeständnis, sondern ein Rückschritt in der Autonomie. Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein und der Anspruch sollte derjenige sein, dass in Südtirol die deutsche Sprache immer gewährt werden muss. Darum geht es beim Minderheitenschutz. Die Staatssprache kann ich überall im Staat sprechen, aber die Muttersprache kann ich nur dort sprechen, wo sie geschützt ist. Wenn das nicht mehr selbstverständlich ist, weil es schneller geht oder es lästig ist, immer alles zu übersetzen, dann geht damit das Gespür für den Minderheitenschutz verloren. Minderheitenschutz ist nicht etwas, das man nur anwendet, wenn Schönwetterpolitik vorherrscht oder wenn alles gut läuft, sondern Minderheitenschutz bewährt sich in der Krise, und zwar in der Finanz-, Politik- und Gesundheitskrise. Jetzt kommt vielleicht eine Migrationskrise hinzu. Auch dort gab es schon Androhungen von Grenzsicherungen. Daran merkt man, wie wichtig ist, hier immer eine mahnende Stimme zu sein und immer wieder darauf hinzuweisen, dass diese Rechte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfen. Der Landeshauptmann hat es zwar in seiner Rede zum Haushalt gesagt, dass man nicht alles in eine Rede zum Haushalt einpacken können und es immer Themen gebe, die untergehen, aber mir ist aufgefallen, dass es die Europaregion Tirol nicht einmal zur Sprache gekommen ist. Ich gebe dem Landeshauptmann, das danach bei seiner Replik nachzuholen, denn ich möchte sagen, dass das schon ein sehr zentrales Thema ist. Es ist für mich ein besonders wichtiges Thema, weil da viele andere Themen mit hineinspielen. Wir haben die Themen Grenzmanagement und Pandemiebekämpfung gehört, wobei ich glaube, dass die Europaregion Tirol ein zentrales Element für unsere Zukunftsgestaltung ist. Wir haben gesehen, dass wir mit diesem sich auf sich alleine berufen, mit diesem "miar sein miar" und wir brauchen niemand anderen nicht weit kommen. Das "miar sein miar" hat schon in dem Moment aufgehört, als wir in der ersten Phase der Pandemie nicht mehr in der Lage waren, unsere Patienten alleine zu versorgen. Wir waren darauf angewiesen, in der Europaregion Tirol, in Österreich oder in anderen europäischen Ländern Freunde zu haben, die bereit waren, uns Patienten abzunehmen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, und deshalb muss man auch einmal danke sagen. Ich bin froh, dass das jetzt auch umgekehrt gemacht wird, denn es gehört genauso zur Solidarität dazu, dass man das, was man bekommt, zurückgibt. Die Europaregion Tirol, Herr Landeshauptmann, lebt noch nicht. Sie lebt auf Verwaltungsebene, ist bei den Menschen aber in vielen Bereichen noch nicht angekommen.

Und jetzt komme ich zum dritten Punkt bzw. zu dem, was man anders und besser machen kann. Das ist eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen, und zwar Sie als Landeshauptmann, ich als Clubobmann und alle andere Abgeordneten, sofern sie das wollen. Was kann man tun, um die Europaregion Tirol so sehr mit Leben zu füllen, dass eine Grenzsicherung nicht mehr möglich ist? Dieses Gebiet im Herzen Europas muss so vernetzt sein, dass es nicht mehr möglich ist, eine Differenzierung vorzunehmen. Das ist das konkrete Ziel, auf das ich hinarbeite. Wir müssen den schönen Worten Taten folgen lassen. Solange die Europaregion Tirol daraus besteht, dass getrennte Institutionen getrennte Strukturen haben, die lediglich grenzüberschreitend kooperieren, wird man das immer schön trennen können. Wenn wir aber gemeinsame Strukturen auch im Sinne der Verwaltung haben, dann geht das irgendwann nicht mehr. Wir sehen das ja im öffentlichen Verkehr. Es werden jetzt weitere Schritte gesetzt werden, aber wir sind bis heute nicht in der Lage gewesen, für die Europaregion Tirol ein gemeinsames Ticket auf den Weg zu bringen. Da reden wir nicht von der ganz großen Politik, sondern von etwas Banalem wie einer Busfahrkarte, die wir bisher nicht grenzüberschreitend aufstellen konnten. Das ist es, was ich meine, wenn ich sage, dass die Europaregion Tirol mit Leben gefüllt werden soll. Solange diese Dinge nicht zur Selbstverständlichkeit werden, solange wir uns nicht fragen, wie wir die Verwaltungen besser zusammenführen und Gesetze harmonisieren können, solange wird dieses Rad nicht rund laufen. Und da bin ich wieder bei der Pandemie. Solange wir in Innsbruck, in Lienz, in Bozen und in Trient unterschiedliche Bestimmungen haben, solange gibt es keine Gemeinsamkeiten. Dass man mit diesem sich Trennen keine Lösungen findet, sehen wir seit zwei Jahren. Deshalb glaube ich, dass es in Zukunft ein stärkeres Engagement in diese Richtung braucht. Autonomie heißt für mich nicht alles anders zu machen. Autonomie heißt auch nicht, dass wir zwanghaft etwas in Opposition zu Rom stellen müssen. Sie stellen sich in den letzten Wochen oft vor die Kamera, dass Südtirol die Vorgaben Roms 1 : 1 umsetzen wird.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): *(unterbricht)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Das ist aber mehr oder weniger die Botschaft.

KOMPATSCHER (SVP): *(unterbricht)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Aber wenn es so wiedergegeben wird, ist es auch schlecht. Ich will damit sagen: Wenn man etwas übernimmt, dann wäre es wichtig zu sagen, dass man diese Maßnahme übernimmt, weil sie sinnvoll ist. Aber bei anderen sagen wir nein. Ich habe unabhängig von meiner politischen Orientierung den Eindruck, dass wir zu wenig auf die Bedürfnisse unseres Landes Rücksicht nehmen, dass wir zu leichtfertig Bestimmungen des Landes unkommentiert hinnehmen. Sie haben gesagt, dass in der Staat-Regionen-Konferenz über das neue Grenzmanagement gesprochen wird, das Italien mit dem PCR-Test einführen will. Dann stellt sich wieder die Frage, ob man für Familientreffen über die Grenze fahren darf. Das sind Dinge, bei denen ich mir wünschen würde, dass man sagt – so wie es Frankreich und Deutschland gemacht haben –, dass das nicht geht bzw. dass wir das nicht akzeptieren können. Natürlich ist es leicht zu sagen: "Die Kompetenz liegt beim Staat. Da können wir nichts machen." Aber ich glaube, dass man in der Politik auch die Verantwortung hat, zu sagen: "Auch wenn das so ist, bin ich dagegen und werde nichts unversucht lassen, dass es nicht so weit kommt." Wir haben nun einmal eine besondere Situation. Unsere Autonomie wurde genau deshalb so ausgeformt, um diese Trennung, die die Grenze mit sich gebracht hat, weniger spürbar zu machen. Wenn der Staat die Grenze sogar für Besuche bei den eigenen Eltern sperren kann, dann scheitert daran die Glaubwürdigkeit. Deshalb, Herr Landeshauptmann, würde ich mir wünschen, dass wir uns darauf besinnen, was uns wichtig ist. Das meine ich jetzt nicht aus einer egoistischen Position heraus, sondern aus einer autonomiepolitischen Situation heraus. Was sind die autonomiepolitischen Bedürfnisse für unser Land? Das ist eine offene Grenze, ohne Wenn und Aber! Auf dem Münchner Oktoberfest ist man in der Lage, dass italienische Polizisten gemeinsam mit deutschen Polizisten patrouillieren. Beim Coronamanagement, bei Grenzkontrollen oder Migrationskrisen war das bisher nie möglich. Mir fehlt einfach die Zusammenarbeit in beide Richtungen. Solange es die nicht gibt, wird die Lösung für den Nationalstaat immer die Grenze sein. Das ist immer die ultima ratio, die ich dem Staat, der nicht der meine ist, wegnehmen will. Europa lebt nicht durch die Nationalstaaten, sondern durch die Regionen, im Besonderen durch die Grenzregionen. Dort findet die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa statt und nicht in der Hauptstadt, denn die ist weit weg von der Grenze. Ich will Italien gar nicht einmal unterstellen, dass es politische Böswilligkeit ist. Es ist das fehlende Gespür, das Bewusstsein, dass wir eine Region sind, die historisch und kulturell grenzüberschreitend ist und besondere Bedürfnisse mit sich bringt, darunter jenes einer offenen Grenze. Deshalb, Herr Landeshauptmann, dürfen wir es nicht zulassen, dass noch einmal jemand über unsere Köpfe hinweg eine Grenze schließt. Das ist etwas, das die gesamte Autonomie in Frage stellt, wenn ein Staat über unsere Köpfe hinweg bestimmen kann, wen wir noch treffen dürfen und wen nicht. Damit wird Europa, die Autonomie und die gesamte Europaregion Tirol in Frage gestellt. Dasselbe ist natürlich auch von Österreich einzufordern, denn es ist ja nicht so, dass das nur eine Einbahnstraße wäre. Das gilt selbstverständlich in beide Richtungen. Ich hoffe, dass wir im kommenden Jahr in eine Phase treten werden, in der wir wieder politisches Selbstbewusstsein und ein Gespür dafür entwickeln, was in unserem Land notwendig ist. Dazu gehört auch ein politisches und menschliches Aufeinanderzugehen. Ich habe bereits zu Beginn meiner Rede von der Frage der Menschlichkeit gesprochen, als ich über Heinrich Oberleiter gesprochen habe, aber die Frage der Menschlichkeit müssen wir auch in der Pandemie wiederfinden. Das Auseinanderdriften der Gesellschaft und diese Anschuldigungspolitik, die sich in Südtirol inzwischen etabliert haben, muss aufhören, denn das tut uns nicht gut. Dieses "Wenn die Zahlen steigen, dann bist Du schuld, wenn es zu Impfschäden kommt, dann bist Du schuld", also dieses Beschuldigen löst kein einziges Problem. Deshalb glaube ich, dass es notwendig ist, auch hier in diesem Haus auf die unterschiedlichen Argumente einzugehen. Ich habe heute bewusst und positiv die beiden Stellungnahmen der Kollegin Ladurner und des Kollegen Unterholzner angehört. Die liegen diametral auseinander, aber es ist wichtig, dass sie gehört werden. Beide vertreten nicht selbst im Landtag, sondern sie vertreten einen Teil der Bevölkerung. Unabhängig davon, ob die Argumente richtig oder falsch sind, gib es Menschen, die so denken und das für richtig halten. Ich kann sagen, dass das, was jemand sagt, ein Blödsinn ist oder die Augen verdrehen, wenn jemand spricht, aber damit löse ich gar nichts. Besser ist es, sich die Argumente anzuschauen. Wenn es etwas gibt, was richtig ist, dann sage ich. "Ja, damit hast Du Recht." Wenn es etwas Falsches ist, dann sage ich, dass es falsch ist, weil ... Nicht aus Prinzip, weil jemand immer Blödsinn redet, sondern weil dieses und jenes Argument nicht stichhaltig ist. Damit sind wir genau bei dem Punkt, dass viele Menschen das Gefühl haben, nicht ernst genommen zu werden, was nicht heißt, dass sie Recht haben. Bitte nicht falsch verstehen. Nur, weil jemand sich nicht ernst genommen fühlt, heißt das nicht, dass er Recht hat, aber er oder sie hat Sorgen und manches Mal auch Fragen. Wenn man diese Fragen und Ängste damit

abtut, indem man sagt, dass man ein Zögerer sei, dann löst man damit nichts. Man muss konkret auf diese Sorgen eingehen und sich die Frage stellen, warum dieser Mensch diese Sorgen hat. Diese Frage stelle ich mir auch oft. Warum haben heute viele Menschen Angst vor einer Impfung, aber wenn sie vor ein paar Jahren in den Urlaub gefahren sind, dann hatten sie kein Problem, sich weiß Gott was impfen zu lassen? Da hat niemand gefragt, was im Impfstoff enthalten ist, ob er erprobt ist, ob es Langzeitstudien gibt usw. Dasselbe gilt für Medikamente. Dafür muss es doch Gründe geben. Auch ich werde oft mit der Frage der Sportler konfrontiert, die bereits der Kollege Unterholzner aufgeworfen hat. Das ist etwas, das viral durch ganz Europa geht, nämlich die Frage, warum plötzlich so viele Sportler sterben. Das stimmt vielleicht gar nicht, wenn man es mit der Gesamtzahl vergleicht, aber diese Frage stellen sich viele und niemand antwortet darauf. Genau dieses fehlende Antworten bestärkt diese Skepsis und das Gefühl, dass einem nicht die Wahrheit gesagt wird. Da wird einfach gesagt: "Du verstehst eh nix. Wir sind die Guten und Du bist der Böse." Man muss den Menschen die Maßnahmen erklären. Man muss ihnen erklären, warum was gemacht wird, warum Argumente richtig oder falsch sind und warum wir es manchmal gar nicht wissen. Diese Aussagen, dass die Pandemie für Geimpfte vorbei sein würde und die Versprechungen, die teilweise gemacht wurden, sind Dinge, die am Vertrauen der Politik zehren und für die Menschen ganz stark spürbar sind. Wenn Politiker etwas versprechen, was sie dann einhalten und es dann ganz anders kommt, dann haben wir ein echtes Problem. Deshalb bitte ich Sie, die Chance zu nützen und Menschen Sachen zu erklären. Ich erlebe leider auch, dass wir in eine Phase treten, in der sich Menschen keine Erklärung mehr wünschen und keine Argumente mehr hören wollen. Es ist höchst bedenklich, wenn Politiker unter Polizeischutz gestellt werden müssen, weil sie Morddrohungen bekommen, wenn der Landtag so wie diese Woche in Innsbruck großräumig abgeriegelt werden muss, weil sonst eine Landtagssitzung nicht mehr in Sicherheit stattfinden kann. Besonders dramatisch ist es, wenn Ärzte oder Krankenpfleger tätlich angegriffen werden, weil man sie für Verbreiter von Verschwörungen hält oder für Mitläufer hält, obwohl es diejenigen sind, die an vorderster Front für das Leben von Menschen kämpfen. Jetzt müssen sie praktisch für eine aufgeheizte Stimmung herhalten, für die sie überhaupt nichts können. Das ist eine sehr gefährliche Situation, aus der wir nicht mit Anschuldigungen herauskommen, sondern nur mit Verständnis, Offenheit und Erklärungen. Wir können es uns nicht so einfach machen und sagen "Das ist die Lösung", denn niemand von uns weiß es. Wir können den Menschen sagen, dass das gute Argumente dafür sind, aber wenn wir ihnen sagen "Mach das und dann ist das Problem gelöst" und es dann anders kommt, was sagt man ihnen dann? Wir müssen auch den Mut haben einzugestehen, dass man etwas nicht weiß. Man muss in der Politik nicht immer alles wissen. Politiker neigen oft dazu zu glauben, dass sie alles wissen, aber das tun sie nicht. Wir wissen beispielsweise nicht, wie oft wir uns impfen lassen müssen. Wenn man sagen würde, dass man eine Impfung braucht und das Problem gelöst ist, dann wäre das eine klare Ansage. Nehmen wir aber an, dass es nach vier Monaten zu einem Abfallen kommt, dann hieße das, dass man sich zwei bis drei Mal im Jahr impfen lassen müsste. Das sind Fragen, die niemand beantworten kann. Deshalb müssen wir mit klaren Ansagen, dass etwas so oder so gemacht werden muss, aufpassen. Morgen kann es ganz anders ausschauen. Es kann eine Variante daher kommen, bei der kein einziger Impfstoff mehr greift, und dann stehen wir wieder am Nullpunkt und müssen wieder von vorne anfangen. Dann brauchen wir eine Bevölkerung, die genauso bereit ist, diesen Weg mitzugehen. Deshalb werden wir die Landesregierung dort, wo es sinnvoll ist, weiterhin unterstützen, aber wir werden sie auch weiterhin dort kritisieren, wo es notwendig ist, um auf Fehler hinzuweisen und Vorschläge zu machen, wie es anders gemacht werden könnte. Bitte nehmen Sie uns und den Landtag auf diesem Weg mit, Herr Landeshauptmann. Wir haben das in den vergangenen Monaten ein paar Mal recht positiv durchexerziert. Ich meine die Sitzungen, bei denen wir uns mit Ihnen getroffen haben. Da geht es nicht um Ihre Person, sondern darum, dass man Stellungnahmen des Landtages wahrnimmt. Wie gesagt, ich sitze hier nicht für mich als Sven Knoll, sondern wir alle sitzen hier für die Leute, die uns gewählt haben und sich erwarten, dass man auf ihre Sorgen und Ängste eingeht. Wenn wir es vorleben können, dass wir es im Landtag mit all den unterschiedlichen Positionen, die es gibt, schaffen, zusammenzuarbeiten, dann schaffen wir es auch, einen Großteil des Vertrauens zurückzugewinnen, der in der Bevölkerung verloren gegangen ist. Wir schulden es der Bevölkerung, dass wir uns für ihre Anliegen einsetzen, sie ernst nehmen und dementsprechend handeln.

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Josef Noggler

PRÄSIDENT: Frau Abgeordnete Ladurner, möchten Sie zum Fortgang der Arbeiten sprechen?

LADURNER (SVP): In persönlicher Angelegenheit.

PRÄSIDENT: Worin besteht die persönliche Angelegenheit?

LADURNER (SVP): Die besteht darin, dass ich vom Kollegen Unterholzner als "blonde" Kollegin bezeichnet worden bin. Ich musste mir über Mittag den Videobeweis anschauen, um sicherzugehen, dass ich mich nicht verhört habe. Diese Reduzierung aufs Äußere ist Sexismus, Chauvinismus, Steinzeit pur. Einzelne Fälle von Sexismus mögen vielleicht harmlos erscheinen, aber sie schaffen doch eine Atmosphäre der Einschüchterung und Unsicherheit. Gewalt gegen Frauen beginnt genau mit solchen Aktionen, und deshalb bitte ich Sie, Herr Vizepräsident, bei solchen Gegebenheiten einzuschreiten und so etwas nicht zu tolerieren und zu akzeptieren.

PRÄSIDENT: Auch bei "roten" Frauen oder Kollegin Foppa?

Geht in Ordnung. Vielen Dank.

Abgeordneter Vettori, bitte.

VETTORI (Forza Italia Alto Adige Südtirol): Grazie presidente! Solidarietà alla collega Ladurner per l'accaduto.

Bene, arriva il turno della maggioranza di parte italiana, cercherò di essere abbastanza pratico, pragmatico e di non parlare di tutto lo scibile umano, perché a parte qualche intervento dell'opposizione e dei colleghi di maggioranza, ho visto, come ogni anno che si inizia la trattazione generale del bilancio, il corso di laurea in tuttologia e varie ed eventuali, perché si è parlato di tutto tranne che di bilancio, aspetto il collega Staffler sul pezzo, come è avvezzo fare, ma immagino che sarà durante la trattazione dell'articolato.

Bene, per andare al sodo, perché alla fine se no ci si riduce come al Consiglio regionale la settimana scorsa, dove si è parlato soltanto del caso di Brunico, bene, andiamo al sodo e parliamo subito di IRAP. La commissione si è ritrovata il 15 novembre, Forza Italia esce con una nota prima del 15 novembre e veniamo ricordati dal collega Nicolini con delle bellissime metafore, adoro i cani e vorrei ricordare con una metafora al collega Nicolini che parla di noi, quando un tonno che è rimasto avvinghiato nella scatoletta che si doveva aprire, però l'IRAP, molto pragmaticamente ricordiamo che non è un aumento, è un adeguamento rispetto alle soglie nazionali, però ci ha pensato Forza Italia a regolare questa cosa all'interno del bilancio che si terrà a Roma, grazie al viceministro Fratin con cui si sono portati degli adeguamenti rispetto all'IRAP di quest'anno. Bene, era una famosa battaglia dei 5 Stelle e i 5 Stelle non si sono visti, si è vista Forza Italia. Il collega Nicolini parla di un gioco delle tre carte, bene, sì effettivamente potrebbe essere anche un gioco delle tre carte, perché la Giunta pone un adeguamento dell'IRAP, questo adeguamento per via di una norma finanziaria nazionale non porterà ad avere delle entrate all'interno del bilancio provinciale, la Provincia chiede un ristoro. Vivremo tutti felici e contenti e comunque con dei soldi nelle casse della Provincia che non fanno schifo, anzi tutt'altro, aiuteranno sia gli imprenditori, sia le famiglie, sia tutta la popolazione dell'Alto Adige, perché quando il consigliere Knoll parla del fatto che noi siamo i rappresentanti del popolo all'interno di quest'Aula, è vero, questo bilancio è un bilancio per la popolazione dell'Alto Adige, un bilancio che serve a tutti i cittadini del nostro territorio, non è prendere soldi per darli a un *Landeshauptmann* imperatore padre padrone che deve usare quei soldi solo per se stesso. Questo bilancio, nonostante tutti i mal di pancia che si possono aver visto durante i mesi prima di questa presentazione, sì, è un bilancio da buon padre di famiglia perché uscire da un periodo come quello della pandemia, dove si è cercato in tutte le maniere di aiutare tutte le categorie sociali del nostro territorio, bene, bisogna anche ricordarsi che la nostra Provincia, che è sempre stata decantata, con la pandemia ha iniziato ad avere dei problemi di natura economica. Bene, se bisogna mantenere un bilancio record come quello di quest'anno, bisogna compartecipare tutti perché la rinuncia, come tutti Voi avete detto, vuole dire rinunciare per se stessi per dare anche agli altri e gli altri è tutta la società altoatesina. Un po' meno per tutti per riuscire a mantenere degli *standard*, quando abbiamo una sanità che porterà via ancora tante entrate, perché purtroppo per via di chi non accetta la mano tesa del sapere della scienza, bisogna ricorrere ancora alle terapie intensive con cui si rallenta la sanità territoriale su altre gravi malattie e patologie che magari dovrebbero essere curate e invece non si può perché il personale impiegato nella nostra sanità deve correre contro una pandemia che quando noi andiamo fuori da quest'Aula a dire "per dovere civico vacciniamoci", qualcuno dice "no, non in mio nome, perché voi fate terrorismo", questa non è sicuramente una cosa che porta bene al nostro bilancio.

Temi di Giunta fattivamente portati avanti, nonostante qualcuno dica che non è così, perché nel silenzio e nel pragmatismo di questa maggioranza si cerca di arrivare a dei risultati senza doverli sbandierare quando si presentano, ma quando si raggiungono, perché ci ricordiamo tutti un caso come quello della norma sui maestri di sci, abbiamo avuto un'*impasse*, Roma ci ha messo del suo, abbiamo trovato la quadra, qualcun altro ha raccolto per meri scopi propagandistici, senza mai portare a termine la discussione. Come si può parlare anche, visto che ieri si è parlato delle comunali di Merano, dei famosi problemi di Sinigo o delle famose ordinanze firmate a due giorni dalla chiusura delle urne, senza poi portare nulla per Merano. Quando qualcuno cerca i patrioti, qualcun altro cerca di fattivamente operare per tutta la provincia, ecco, il bilancio quest'anno è anche questo, un bilancio che grazie alla sinergia dei partiti di maggioranza e grazie alla sinergia di quelli che sono i contatti romani che qualcun altro forse non ha, perché ricordiamoci, i partiti di maggioranza anche a Roma sono in maggioranza e chi invece dice che qua non funziona nulla anche a Roma è in opposizione, quindi c'è comunque un balzo e un *gap* di collaborazione nel lavoro fattivo politico sia tra Provincia autonoma di Bolzano e Roma. Noi si continua su questo solco, perché convintamente e con grande spirito di responsabilità verso tutta la popolazione del nostro territorio sappiamo che i tempi che abbiamo avuto alle spalle e che avremo davanti a noi sono estremamente difficili, ma abbiamo grandi sfide che bisogna portare avanti perché non possiamo vivere nei fasti del passato, dobbiamo ricordarci da dove siamo venuti e dove vogliamo arrivare, vogliamo arrivare a una terra che esca fuori da una pandemia, che riesca a recuperare tutta la sua grandezza e lo facciamo anche grazie a questo bilancio. Grazie!

VETTORATO (Lega Salvini Alto Adige – Südtirol): Grazie presidente! Io ho ascoltato in questi giorni gli interventi di tutti e sinceramente non so da dove iniziare nel mio discorso, perché mi sono sentito dire in questi giorni da parte di qualche consigliere di madrelingua italiana "Voi non contate niente, non fate nulla", poi sento interventi da parte di qualche consigliere di lingua tedesca che dice all'SVP "Avete calato le braghe perché il bilancio è stato dimezzato". Dove sta la verità? A metà, la verità sta esattamente a metà e Vi spiego perché. Perché è giusto guardare i gruppi etnici, assolutamente, su questo credo che siamo concordi tutti, però in un momento di emergenza mai come in questi tre anni e questi tre bilanci abbiamo guardato a un soggetto unico, la popolazione altoatesina, sudtirolese o ladina, chiamiamola così, tre sono le componenti, questa è la verità. Se qualcuno si aspetta che io dica "Ho battuto i pugni", "Ho fatto questo ...", sì, ovviamente qualche confronto acceso c'è stato assolutamente, è inutile negarlo. È utile andare sui giornali perché così ci si sente un po' più tutelati sulla sopravvivenza, o è utile portare a casa il risultato? Non c'è mai stata una litigata, non c'è mai stato nulla, si è sempre guardato l'interesse della popolazione altoatesina, sudtirolese e ladina, chiedo scusa, non so come si traduca altoatesini in ladino, quindi dico "e ladina" volutamente. Questa è la verità e viene fuori proprio dai discorsi che abbiamo fatto tutti in quest'Aula, tutto e il contrario di tutto, è chiaro che sul bilancio si può parlare di tutto, potrei iniziare a citarVi encicliche papali eccetera, si può dire di tutto, ma questa è la verità.

Mi sono sentito dire tantissime cose su questo bilancio, però bisogna ricordarsi dei dati molto importanti, anche la nostra "pseudo" autonomia fiscale, noi siamo autonomi in tutto e l'autonomia è un atto di responsabilità, è un vantaggio ma un atto di responsabilità. Ho sentito dire "Questa Giunta si è vantata di avere dato aiuti", sì, io me ne vanto come i miei colleghi di Giunta se ne vantano assolutamente, anche perché abbiamo dato anche degli extra aiuti, quei famosi 500 milioni che non arrivavano e qualcuno qua in Aula si vantava dicendo "È la solita bugia!", poi sono arrivati, quindi dove sta la verità? Dicevamo bugie noi o lo *show* di qualcuno in quest'Aula? Io penso che i cittadini lo sappiano. Potrei fare *show* anch'io per la mia sopravvivenza politica, ma al cittadino medio non interessa, non interessa quello che ci diciamo qua dentro, interessa ovviamente il risultato, e il risultato, in un momento di difficoltà che nessuno poteva immaginare nel 2018 dice che la Provincia autonoma di Bolzano ha lavorato bene. Ci è stato detto "Voi chiudete quando l'Italia apre", "Voi aprite quando l'Italia chiude", io Vi do un'altra chiave di lettura, può essere che abbiamo anticipato mediamente di due settimane le azioni del Governo? Perché secondo me è così, quando abbiamo chiuso in quest'Aula c'è stato detto "Avete chiuso mentre l'Italia è aperta", due settimane dopo, io dico l'Italia, le altre regioni della penisola hanno chiuso, abbiamo riaperto, due settimane dopo le altre regioni della penisola hanno riaperto. Quindi, siamo stati bravi? Non lo so, io credo di sì, ritengo sinceramente di sì.

Ho sentito dire tante cose anche sul mondo della scuola. Qualcuno ha espresso anche qualche preoccupazione sul fatto che – mi riferisco al consigliere e aggiungo anche amico Repetto – ci potrebbe essere una migrazione tra la scuola italiana e quella tedesca, in realtà non è proprio così, o meglio, un piccolo calo di iscrizioni quest'anno c'è stato, questo sì, lo ammetto, però dal 2015 al 2022 la popolazione scolastica della

scuola italiana è passata da 20.576 studenti e studentesse a 20.732, 200 in più, dal 2011 ad oggi siamo aumentati dell'11%. Questo è un dato molto importante ed è un dato che più volte nei discorsi, non dico nelle discussioni, dico volutamente nei discorsi che ho portato in Giunta è stato accolto ed è stato analizzato. Perché dal 2011 al 2019, perché poi io ho preso l'incarico, la delega alla scuola italiana nel febbraio 2019 non sono state fatte assunzioni? Non lo so e non mi interessa, non mi interessa. Nel 2019 ho portato dei dati, ci siamo confrontati sull'aumento della popolazione scolastica e abbiamo fatto delle assunzioni, che Vi dico, non c'è stato da litigare, Ve lo dico, non c'è stato da litigare, nessuno ha battuto i pugni, nessuno si è offeso: 18 insegnanti nell'anno scolastico 2018-2019, 57 nel 2020-2021, nell'anno in corso 2021-2022 saranno 85, sono in corso i concorsi. Quindi quando si parla di "La scuola è ferma", siamo in democrazia ed è giusto che ognuno dica la propria opinione, ma si ricordasse anche questi dati. La scuola è ferma – italiana parliamo, ovviamente – o si è fatto un passo avanti? Secondo me un passo avanti si è fatto e Vi dico anche che stiamo facendo delle riflessioni, attenzione, non scuola italiana solo, scuola italiana, tedesca e ladina su anche tutta l'assistenza dei bisogni educativi speciali, ed è in corso di analisi in questi giorni. Dobbiamo uscire sui giornali dicendo che abbiamo litigato per queste cose qua? Non è vero, sono dati che vengono analizzati e sui quali si fanno delle riflessioni. Questo è quanto, per quanto riguarda ovviamente la scuola. Quando il consigliere Nicolini dice "Sono stati fatti degli emendamenti, però ci vuole l'intesa", ci vuole intesa sì, Le spiego perché, perché quando sono stati fatti gli emendamenti non sono stati fatti i concorsi, io i concorsi straordinari li posso fare, non è mica un problema, però c'è un però: secondo Voi a Parma, a Reggio Calabria, ad Avetrana in Puglia quanti possibili docenti di madrelingua tedesca e ladina ci sono? E quanti di madrelingua italiana? Se vogliamo fare i concorsi li facciamo, non è un problema, poi siamo sicuri di tutelare i nostri precari? Questa è la domanda, tant'è che quando vedo e ho visto delle manifestazioni politiche con, giustamente, qualcuno che recrimina il fatto che è qualche anno, qualche decennio, perché la colpa non è del sottoscritto se fa il precario – ed è deprecabile questa roba qua – li vedo manifestare in piazza, però vedo che c'è l'assenza dei sindacati, allora se la vogliamo firmare questa cosa qua, io il concorso lo firmo, lo facciamo subito, poi la lista del precariato cos'è? Passa da 11-20 elementi a quanti, secondo Voi? Basta deciderlo. In quest'aula voteremo nei prossimi giorni, cioè nelle prossime ore, mi auguro, a dire la verità, non nei prossimi giorni, chiedo venia, non metto le mani avanti, nelle prossime ore voteremo alcuni emendamenti che dovrebbero risolvere la situazione anche di queste 11-20 persone dimenticate dal sistema. Ma io lo dico, lo dico chiaramente, sono state dimenticate dal sistema. Il sottoscritto si è interessato? Io penso di sì, ha fatto tutto il possibile per cercare di tutelarli perché, ricordo, attivare i PAS, che è un progetto della Lega, perché quando Voi andate giù a Roma, parlate con il senatore Pittoni, che è della Lega, peccato che al Ministero non c'è il senatore Pittoni e si sa che i PAS sono fortemente condannati a livello nazionale da chi? Dai 5 Stelle. Però si fanno gli articoli dicendo "L'assessore della Lega ferma i PAS a livello nazionale!". No, li ho mandati avanti, signori, peccato che vengono fermati a livello romano. Questa è la verità. Quindi con questi emendamenti che mi auguro che tutti quelli che hanno fatto le manifestazioni voteranno all'unanimità, risolveremo anche questo piccolo particolare.

Si è parlato di ambiente e sull'ambiente ho preso la delega in febbraio 2019, ho iniziato a fare alcune attività, la revisione del Piano clima, che abbiamo portato in Aula, una bozza, guardate la differenza forse rispetto agli altri anni, si è deciso di fare un processo condiviso. Condiviso con chi? Con i rappresentanti dei cittadini, quindi la parte politica, con le categorie, con i singoli cittadini, perché non può e non deve essere un documento calato dall'alto. Il risultato qual è stato? Gli attacchi politici, ovviamente, "Questa è campagna elettorale". No signori, al cittadino non interessano questi giochetti, a noi interessano in quest'Aula, forse, a me no, ma al cittadino medio non interessa, interessa avere un aggiornamento Piano clima e una tutela dell'ambiente per se stesso, per i propri figli e per i nipoti probabilmente. E quindi si è fatto questo processo qua, come avete visto abbiamo cambiato i *range* anche dei contributi, abbiamo aumentato le percentuali per quanto riguarda in proprio, perché attenzione, l'amministrazione provinciale da decenni ha investito nella riqualificazione energetica, nella riqualificazione degli appartamenti, ha creato dei progetti anche per i Comuni, per le amministrazioni comunali. Siamo all'avanguardia? Sì! Si poteva fare di più? Certo, probabilmente sì, però siamo all'avanguardia e abbiamo cambiato le percentuali dei contributi che stiamo dando anche al singolo cittadino e questo va riconosciuto, quando si vuole fare una attacco si può farlo, giustamente, però lo abbiamo fatto.

Bonus 110% – È uno strumento importante, certo, fossimo una Regione a statuto ordinario lo sarebbe di più, ma siamo una Provincia autonoma, dove dico che autonomia è senso di responsabilità e lo siamo, aggiungo sempre il termine "pseudo" autonomamente dal punto di vista finanziario. Tutto lo sgravio che abbiamo del 110% dove pensate che vada? Ce lo ridà Roma, o lo scaviamo dalla nostra *mosina*? Poi stiamo

lavorando per avere giustamente anche delle compensazioni, però è un bonus che stiamo portando avanti, e lo abbiamo fatto, a mio avviso, con l'idea di fare un bel tavolo di lavoro in modo che il singolo cittadino o il singolo amministratore di condominio possano usufruire di un servizio di un soggetto unico. Vado, utilizzo l'Agenzia CasaClima che mi fa un progetto dove, se non va a buon fine, riconosciamo pure l'80%, dove al tavolo ci sono anche degli istituti di credito, dove ci sono associazioni di categoria – CNA, APA, le cito tutte – per avere un progetto 'chiavi in mano' e su questo, caro Nicolini, il sottosegretario Fraccaro all'epoca mi disse "Se riesci a farlo, fammelo sapere, perché mi piacerebbe farlo a livello nazionale". Glielo faccia sapere Lei, perché a livello nazionale lo fanno. Lo abbiamo fatto, c'è un soggetto unico, oltre tutto – che non è previsto a livello nazionale – c'è il fatto che quando si fa l'analisi per mettere in piedi una riqualificazione di un condominio, se non va in porto riconosciamo pure l'80%. Quindi, è uno strumento importante? Sì! Lo abbiamo valorizzato? Sì, e lo dico convintamente.

Imposta sul patrimonio della seconda, terza, quarta, quinta casa, se la guardo in maniera riduttiva lo è, se invece la guardo in un altro modo, che è quello di cercare di evitare la costruzione selvaggia, di utilizzare prima degli appartamenti che sono sfitti, allora non lo è, tant'è che non si mette questa patrimoniale a partire da domani, la si mette dagli appartamenti sfitti dopo un certo periodo. È giusto o sbagliato? Non lo so, cerchiamo di tutelare il nostro territorio, questa è la verità.

IRAP – È stato detto di tutto anche sull'IRAP, giustamente, "La Lega si è impuntata a livello nazionale", attenzione questo lo dice Urzì di Fratelli d'Italia, ma lo dice anche Nicolini che è a favore dell'aumento dell'IRAP a livello nazionale, ma va bene uguale, tanto. È vero, la Lega si è battuta per avere delle esenzioni e ridurre la percentuale, dove in Italia è tra il 5 e il 7, dipende dalle regioni, in Alto Adige siamo al 2,9, non entro nello specifico, la proiezione l'avevamo fatta prima. Stiamo cercando, visto che siamo autonomi in modalità finanziaria, di poter sopravvivere e far fronte a quegli extra, 500 milioni di aiuti che abbiamo dato extra alle nostre imprese. Questa è la verità, stiamo cercando di tenere in piedi un sistema.

Poi ho sentito "Battaglia all'evasione fiscale portata avanti dal Movimento 5 Stelle che con il reddito di cittadinanza ...", se fossi al bar direi reddito di nullafacenza, ha portato invece ovviamente a pagare chi non ha voglia di lavorare e che comunque fa anche altri tipi di attività, questo non è che lo dico io, lo dicono i giornali. Mi fa ovviamente sorridere, come mi fa inorridire una battuta, un passaggio dove si dice "Voi siete Verdi", ecologisti verdi, in quel senso, "come il verde dei dollari". Ragazzi, non so cosa intendete Voi, io sono convinto che dobbiamo tutelare il nostro ambiente, il nostro sistema, nel nostro piccolo qualsiasi cittadino può fare la differenza e come amministratore della Provincia autonoma di Bolzano cerco di dare il mio piccolo contributo sul pianeta Terra, il mio piccolo contributo. Abbiamo da insegnare, questa è la verità, io ritengo solo questo, quindi è chiaro che ci possono essere certe strumentalizzazioni, come è giusto che sia perché fa parte dei giochi, però poi bisogna quadrarla la cosa.

Io ho visto, e con questo poi concludo il mio intervento, anche un video ansimante dicendo "Signori, Lega e SVP alle 7 di sera chiuderanno le luci", spero, in maniera ansiotica, che almeno abbiano dei phon, così con il LED la commessa possa uscire senza farsi male sulle scale. Non lo abbiamo detto, non voglio bruciare ovviamente l'intervento del presidente, visto che è una norma che ha portato lui, nella quale ci siamo confrontati anche in maniera accesa, lo dico, ok, sulla quale darà delle libertà. A Bolzano in una zona tipo centro, dove ci sono problemi di sicurezza probabilmente rimarranno accese, ma magari a San Pancrazio, dico un paese a caso, alle 1 di notte, che siano spente fino alle 5 della mattina, qual è il problema? Oltre tutto non si parla di insegne, questa è la verità, si parla di impianti di illuminazione sovradimensionati o inutili, corpi luminosi che disperdono la luce verso l'alto, fari che proiettano fasci luminosi, quelli famosi delle discoteche, o eccessiva pubblicità luminosa notturna, inquinamento luminoso, risparmio energetico. Ma sulla sicurezza non si scherza, ci sono delle zone dove anche l'illuminazione di una vetrina può fare la sicurezza, quindi alle 7 di sera non si chiuderà, non si spegnerà nessuna luce e le commesse potranno uscire senza farsi male, lo dico ovviamente per il consigliere Urzì.

Altre attività che sono state fatte in questa legge sono sempre tutte dedicate al rispetto, e lo dico per le mie materie e soprattutto per la materia ambientale, al rispetto degli altri, al rispetto del nostro pianeta, la nostra Terra, con la consapevolezza che piccoli sacrifici possono portare grossi risultati. Questo è.

Altro non ho da aggiungere se non che dire l'ultima cosa e, ripeto, è un concetto che ho già espresso, facciamoci i nostri giochi politici per sembrare quelli più bravi, quelli per la maggiore sopravvivenza, fuori al cittadino medio non interessa. Grazie!

Presidenza della presidente | Vorsitz der Präsidentin: Rita Mattei

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la consigliera Deeg, ne ha facoltà.

DEEG (SVP): Sehr geschätzte Präsidentin, sehr geschätztes Präsidium, sehr geschätzter Landeshauptmann, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich mache meine Stellungnahme in der Funktion als Landtagsabgeordnete.

Wenn wir auf das Jahr 2021 zurückblicken, dann können wir feststellen, dass es wie das Jahr 2020 ein besonderes Jahr war und wir uns nach wie vor in einer Ausnahmesituation befinden. Diese Ausnahmesituation fordert vielen Menschen in unserem Land nach wie vor sehr vieles ab. Aus den vielen Gesprächen mit jungen Menschen in diesem Jahr nehme ich mit, dass sie gerade nach diesen 1 ½ Jahren Pandemie verstanden haben, dass die großen Herausforderungen der Zukunft nicht an Gemeinde-, Landes-, Staats- und vielleicht nicht einmal an EU-Grenzen enden, sondern dass es Zusammenarbeit braucht und wir das Gemeinsame in den Vordergrund stellen müssen, mehr als das Trennende.

Bezugnehmend auf die vielen Herausforderungen, die die Menschen 2020 und 2021 hatten, möchte ich meine Rede mit einem Dank beginnen. Es wurde heute auch schon gesagt, dass das Jahr grundsätzlich doch hoffnungsvoll begonnen hat. Viele haben im Jänner mit Erleichterung wahrgenommen, dass wir mit dem Impfen starten konnten. Viele waren natürlich skeptisch und besorgt, aber doch erleichtert darüber, dass es plötzlich etwas gab, was eingesetzt werden konnte. Wir haben doch zuversichtlich in das Jahr 2021 geschaut. Ich möchte besonders den Seniorinnen und Senioren danken, die dieses Impfangebot bisher am stärksten wahrgenommen haben. Sie zählten anfangs zu jenen, die am meisten und sehr stark von den Einschränkungen der Pandemie betroffen waren und die ein besonderes Schutzbedürfnis hatten und haben. Trotzdem waren sie sich ihrer Verantwortung bewusst und haben das Impfangebot rege genutzt. Ich hoffe, dass die wenigen, die diesen Schritt noch nicht gemacht haben – einige sind es noch – das in naher Zukunft tun werden, auch mit gutem Gefühl.

Der zweite Dank gilt den Familien, die im Vorjahr und im laufenden Jahr viel stemmen mussten. Es war ein großes Anliegen der Landesregierung, von uns allen, aber auch der Regierung auf Staatsebene – das haben wir vor allem in diesem Jahr gespürt –, das Bildungs- und Betreuungsangebot unter fast allen Umständen geöffnet zu lassen. Das ist bisher zum Großteil gelungen, wenngleich mit vielen Schwierigkeiten und hat dazu beigetragen, dass der Familienalltag nach dem harten Lockdown im Jahr 2020 wieder aufgenommen werden konnte. Wir waren die Ersten in ganz Italien, die die Kleinkindbetreuungseinrichtungen geöffnet haben, und ich darf noch einmal darauf verweisen, dass wir jetzt vor großen Herausforderungen stehen, wenn sich Menschen in diesen Einrichtungen nicht impfen lassen. Wir müssen aber auch im Blick haben, dass wir es seit Mai 2020 - bis auf zwei Wochen - geschafft haben, alle Kleinkindbetreuungseinrichtungen durchgehend offen zu halten. Ich möchte an dieser Stelle auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen Diensten danken, die einen tollen Job gemacht haben, aber auch den Familien. Das konnte nur durch sehr viel Disziplin und gegenseitige Achtsamkeit und Rücksichtnahme gelingen. Ich weiß um die Herausforderungen, die momentan gerade in diesem Bereich gegeben sind. Wir sind tagtäglich bemüht, gemeinsam konkrete Lösungen zu finden.

Die Lösungen grundsätzlich findet man nicht alleine und der dritte Dank geht deshalb an all jene, die sich tagtäglich um andere Menschen kümmern, egal ob jung oder alt, mit einer Behinderung oder auch mit erhöhtem Pflegebedarf. Ich denke von Herzen allen Fachkräften im pflegerischen und sozialen Bereich, auch den Führungskräften und Mitarbeitenden in den Einrichtungen, in den Sozialdiensten, in den Bildungseinrichtungen, die aufs Höchste darum bemüht sind, die Dienste und Leistungen auch unter schwierigen Bedingungen weiterhin garantieren zu können. Danke Euch allen von Herzen.

Nun einige Gedanken zum Haushalt und zur laufenden Diskussion. Es hat mich sehr gefreut, dass in allen Fällen der politische Auftrag doch als jener empfunden wird, dass wir die Menschen in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Das tut Politik gut. Ich glaube, dass es guttut, wenn wir es schaffen, dieses Gefühl hinauszubringen, denn es ist uns allen ein Anliegen, auch wenn die Zugänge im einen und anderen Bereich doch sehr unterschiedlich sein können. Für mich und die Kolleginnen und Kollegen der Arbeitnehmer/innen geht es dabei aber auch darum, mutig und konsequent für den sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft einzutreten und insbesondere auch jene im Blick zu haben, die ein Mehr an Unterstützung durch öffentliche Dienste und Zuwendungen brauchen. Die Gründe dafür sind viele, darunter hohe Lebenshaltungskosten, ein hoher gesellschaftlicher Druck, den gerade Kinder und junge Menschen spüren, eine Krankheit, ein prekäres

Arbeitsverhältnis, ein zu geringer Lohn und vieles mehr. Im Grunde genommen kann es jeden treffen. Deshalb ist der Einsatz hier besonders wichtig. Gerade in diesen Zeiten ist es für uns alle besonders wichtig, diejenigen besonders im Blick zu haben und zu unterstützen, die von der Krise besonders betroffen sind, weil sie Sicherheit und noch schlimmer Zuversicht und Vertrauen in eine gute Zukunft verloren haben. Wenn Sie bewusst die Medien verfolgen, so sehen Sie, dass es derzeit eigentlich nur schlechte Nachrichten gibt. Wir hören von steigenden Infektionszahlen und Ängsten und wenn wir wissen, dass auch junge Menschen verunsichert werden, dann sollten wir mit unserer Sprache und Kommunikation sehr achtsam sein. Es wäre wichtig, den Fokus auf die positiven Seiten in einer immer schwierigen Situation zu lenken. Ich habe das Gefühl, dass das gerade die Jugendlichen, aber auch Menschen, die sehr sensibel und schon vor Corona psychische Herausforderungen hatten, dringend brauchen. Meistens sind diese Menschen auch jene, die keine laute und fordernde Lobby hinter sich haben. Das mag sich zwar nach einer kleinen Gruppe von Menschen anhören, aber ich habe das Gefühl, dass es in Wirklichkeit ein Großteil der Bevölkerung ist.

Ein Haushalt ist das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm. Wenn wir den Landeshaushalt anschauen – er ist umfassend auch mit anderen öffentlichen Haushalten zu lesen, jener der Hilfskörperschaften und auch mit Blick auf die nicht realisierten Einnahmen und andere indirekte Wirtschaftsförderungen -, so denke ich, dass die Politik der Landesregierung in Bezug auf die Schwerpunktsetzung in Vergangenheit auf jene Bereiche gesetzt hat, die alle Menschen betreffen, die wichtig sind für sozialen Ausgleich und somit eine gute Basis für Entwicklung und Wohlstand. Daher ist die Gesundheit der am besten ausgestattete Bereich, gefolgt von der Bildung, den Lokalfinzen, dem Sozialen – ich darf korrigieren – mit etwas mehr als 10 Prozent, der Mobilität und alles weitere. Ich tue mich mit dem Begriff "Zero Base Budgeting" immer ein bisschen schwer. Wir haben Menschen im Sanitäts- und Bildungsbereich und in den Sozialdiensten, die Fixkosten verursachen, die wir nicht auf Null stellen können. Sie sind es ja immer, die eine Mehrbezahlung dieser Personen einfordern – richtigerweise - und auch wir sagen, dass wir diese Menschen mehr unterstützen müssen. Gleichzeitig sagen Sie aber, dass die Fixkosten nicht steigen und wir die Steuern nicht erhöhen sollen. Ich glaube, dass es auch einmal ein klares Bekenntnis dahingehend braucht, wohin die Reise gehen soll, um ehrlich zu sagen, dass wir diese Positionen nicht auf null stellen können. Wir können effizienter und besser werden, aber mit der Forderung, auf null zu stellen, habe ich meine Schwierigkeiten. Das ist nicht ehrlich und auch nicht möglich. Wenn ich Ihnen heute zugehört habe, liebe Kolleginnen und Kollegen, so war überall ein Mehr an etwas drinnen, ein Mehr in Kultur, Bildung und Sanität. Wir müssen auch das Soziale durchfinanzieren. Sagen Sie uns bitte auch einmal, wo Sie das einsparen wollen. Wenn ich irgendwo zwei Millionen Euro einspare und einen Bereichsübergreifenden Kollektivvertrag mache, dann rede ich auf der einen Seite von geringen einstelligen Beträgen und auf der anderen Seite von einer anständigen Erhöhung von dreistelligen Millionenbeträgen und mehr. Es wurde auch schon gesagt, dass wir in diesen Zeiten nichts versprechen sollten, was wir hinterher nicht einhalten können, denn das ist – das wurde ja auch schon gesagt, unter anderem auch von der Kollegin Rieder – nicht vertrauensbildend.

Ich finde diese Debatte wichtig, da es richtig ist, dass wir hier gemeinsam diskutieren, und zwar in gegenseitigem Respekt vor anderen Meinungen. Es darf auch einmal einen Streit der besten Ideen auf Augenhöhe geben. Der Dialog auf Augenhöhe kann helfen, das immer wieder genannte verlorene Vertrauen gegenüber Institutionen und Politik zurückzugewinnen. Ich glaube, dass es an der Zeit ist, ein aufgeheiztes Klima zu deeskalieren, so gut wir es können. In den letzten Wochen erleben wir eine immer stärkere Eskalation, wobei ich glaube, dass es wichtig ist, wieder etwas Ruhe und Zuversicht hereinzubringen und vor allem in einen respektvollen Dialog zu treten.

Wichtig ist auch, ganz klar festzuhalten, dass Politik gestaltet. Politik darf sich nicht treiben lassen, schon gar nicht von Zurufen und dem Druck von Verbänden, Verbandsvertretern und anderen Lobbys. Unser oberstes Ziel muss es sein, den Menschen in unserem Land, die hier arbeiten und leben, Grundbedürfnisse abzusichern, den Zugang zu leistbarer Gesundheitsversorgung, zu sozialen und soziosanitären Diensten, zu Betreuungs- und Bildungseinrichtungen und öffentlichen Infrastrukturen zu garantieren. Dafür braucht es die geeigneten Einnahmen, wobei jeder dazu beitragen muss. Wenn ich mir anschau, woher derzeit die meisten Steuereinnahmen kommen, so sind es nicht diejenigen, die die IRAP oder IRES zahlen, Kollege Unterholzner, sondern immer noch die Zahler der Einkommenssteuer, wobei natürlich auch die Unternehmer dazu zählen. Die Hauptlast liegt im Moment dort.

Wir haben die Verantwortung, die Weichen für eine zukunftsorientierte Entwicklung zu stellen, auch für jene Generationen, die dieses Land aufgebaut haben und nach langen Jahren der Arbeit und des Verzichts das Recht auf eine würdige Pflege im schwierigsten Lebensabschnitt haben, nämlich dann, wenn sie pflege-

bedürftig sind. Es ist auch wichtig, jene Bereiche der Gesellschaft zu stärken, die noch nicht gleichberechtigt sind und Berufschancen auch durch den Zugang zu politischen Ämtern, aber vor allem zu gleicher Bezahlung bei gleicher Arbeit – das sind die Frauen – zu schaffen. Wenn wir von Anerkennung und Wertschätzung von Frauen reden, so muss unsere Aufmerksamkeit auch den Löhnen und Rahmenbedingungen in jenen Berufen gelten, in denen vermehrt Frauen arbeiten. Das sind Pflegeberufe, die wir gerade in der Pandemie als systemrelevant erkannt haben, die wichtig sind. Diesen Menschen wird immer noch persönlich und fachlich sehr viel abverlangt.

Ich darf nun noch einen Blick außerhalb des Landes werfen. Wenn wir die Politik der vergangenen Jahrzehnte in Europa anschauen, so hat uns Corona eines ganz klar aufgezeigt: Der Gestaltungswille und die Lust, politische Entscheidungen zu treffen, sind von enormer Wichtigkeit. Gerade am Beispiel der Globalisierung mit gleichzeitig fehlenden verbindlichen Sozialstandards haben wir gesehen, welche Probleme damit verbunden sind, dadurch, dass wir strategische Produktionsstätten ausgelagert haben. Ich meine Medikamente, Masken usw., bis hin zu Chips usw. Es ist wichtig, dass es europaweit in Zukunft verbindliche soziale Standards gibt, die einzuhalten sind, kontrolliert werden und sicherstellen, dass es faire Löhne nicht nur in unserem Land gibt, sondern auch darüber hinaus.

Die Kollegen der Arbeitnehmer Magdalena Amhof und Helmuth Renzler haben einige wichtige Dinge angesprochen. Ich werde jetzt nicht auf alle eingehen, sondern kurz ein paar Punkte aufzählen. Ein Punkt ist der soziale Ausgleich in einer Gesellschaft und die Steuergerechtigkeit. Der zweite Punkt ist der demographische Wandel. Mich besorgt dieser Bereich schon etwas, vor allem wenn wir die Zahlen und die fehlenden Fachkräfte sehen. Vielleicht können wir den Blick aber auch einmal auf das Gute wenden und den jungen Menschen sagen: "Wenn Ihr Euch gut ausbildet, habt Ihr morgen alle Berufsperspektiven." Im Jahr 1966 lag die Geburtenrate in Südtirol bei 8.400 Geburten pro Jahr. Im Jahr 1980 waren es 4.800. Jetzt sind wir bei Gott sei Dank wieder bei 5.200 Geburten. Wie gesagt, wenn junge Menschen gut ausgebildet sind, dann haben sie überall beste Berufschancen. Das ist eigentlich eine gute Botschaft, die wir den jungen Menschen mitgeben sollten.

Das Wohnen als soziales Thema wurde auch von vielen angesprochen. Wir sind dran. Das Nächste, über das wir sprechen werden, ist der soziale und öffentliche Wohnbau, eingebettet in ein Gesamtkonzept. Dazu zählen auch die Grenzen für touristische Vermietung, ein gerechter Zugang zu Wohnraum usw. Das sind wichtige Themen, mit denen wir uns sowohl im Landtag als auch in der Landesregierung immer wieder auseinandersetzen.

Ich möchte auch noch erwähnen, wie wichtig die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung sind. Ich möchte das Draufhauen auf die öffentliche Verwaltung von mancher Seite entschieden zurückweisen. Gerade in Pandemiezeiten haben wir gesehen, wie wichtig es ist, dass wir eine funktionierende öffentliche Verwaltung haben. Die muss auch finanziert werden. Wenn man Mitarbeitern dauernd sagt, dass sie einen schlechten Job machen oder sie zu viele sind, dann werden sie damit niemanden motivieren. Auch das kostet! Ich habe einmal gesagt, dass es schwierig ist, das nötige Geld zu finden, aber noch schwieriger ist es, das dann auch schnell auszuzahlen. Wir haben ja erlebt, wie viel geleistet worden ist. Um 500 Millionen Euro auch über neue Schienen auszuzahlen, sehr viel davon digitalisiert, müssen Menschen sehr lange und auch Nächte lang arbeiten. Das geht nur, wenn die Leute die Rahmenbedingungen haben und das auch machen. An dieser Stelle ergeht ein Dank dafür, und wir werden uns dafür einsetzen, damit die Rahmenbedingungen auch in Zukunft weiterhin passen.

Das letzte Thema, das ich ansprechen möchte, sind die Familien, vor allem in Zusammenhang mit Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber insbesondere auch mit dem Thema Pflege. Die Geburten sind über die Jahrzehnte gleichgeblieben. Das Vereinbarkeitsthema der Zukunft wird vor allem in der Frage bestehen, wie man Familie, Beruf und Pflege unter einen Hut bringt. Da gibt es noch viel zu tun und da brauchen wir gute Ideen. In Kombination dazu ist auch das Thema der Altersarmut zu sehen, das natürlich auch ein Frauenthema ist. Ich finde es schlimm, dass gerade Frauen durch das beitragsbezogene Rentensystem sehr benachteiligt sind. Wir müssen sie unterstützen, was wir auf regionaler Ebene mit der Absicherung der Erziehungs- und Pflegezeiten tun, aber wir müssen die Menschen noch besser informieren, dass sie das auch nutzen. Es kann nicht sein, dass es morgen dann wieder die Frauen, die in der Familie, in den pflegenden Berufen in Teilzeit tätig sind, sein werden, die im Alter die nicht bezahlten Rentenjahre spüren. Das ist ein großes Thema, das wir mit Nachdruck verfolgen müssen.

Ich komme zum Schluss und sage zusammenfassend, dass ich glaube, dass der Landeshaushalt die richtigen Akzente setzt. In vielen Bereichen braucht es noch etwas mehr, aber im Großen und Ganzen glaube

ich nicht, dass er so schlecht ist, wie er oft geredet wird. Im Gegenteil, ein Haushalt, der die Bereiche Gesundheit, Bildung, Soziales, öffentliche Mobilität usw. in den Vordergrund stellt, ist kein schlechter Haushalt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe heute noch nicht gehört, was daran so falsch sein soll. Natürlich kann man immer effizienter und besser sein; ich würde nicht glauben, dass alles perfekt ist. Wir müssen und wollen täglich besser werden, aber immer zu sagen, dass es so falsch wäre und falsche Prioritäten gesetzt würden, ... Nicht alle haben das gesagt. Der Kollege Franz Ploner hat gesagt, dass die Sanität gut ausgestattet ist. Ich glaube, dass wir auf einem gemeinsamen Weg nach vorne gehen müssen. Es braucht eine klare Zielsetzung und eine klare Kontrolle, wobei wir an den Kontrollen sicher noch arbeiten müssen. Allerdings braucht es auch differenzierte Kriterien, denn es gibt nichts Ungerechteres als Ungleiches gleich zu behandeln. Wenn man glaubt, für alle alles gleich zu machen und Bürokratie abzuschaffen, dann darf ich sagen, dass es das sein kann. Wenn begrenzte Haushaltsmittel vorhanden sind, müssen wir vor allem auf jene schauen, die es am meisten brauchen.

Es bildet Vertrauen, wenn wir den Menschen gemeinsam das Gefühl geben, dass wir ihre Sorgen und Anliegen ernst nehmen, dass wir sie auf dem Weg mitnehmen und Politik vorausschauend, aber auch planbar bleibt. Die Planbarkeit ist in Zeiten der Krise eines der wichtigsten Themen. Natürlich kann es immer verbessert werden, aber Sie wissen, dass Planbarkeit für uns als Politik voraussetzt, dass wir eine planbare Basis haben. Wenn es auch in der Wissenschaft viele Unsicherheiten gibt, kann man nicht von der Politik verlangen, dass es hundertprozentige Sicherheiten gibt. Die wird es in unsicheren Zeiten und Pandemiezeiten nicht geben können. Wir müssen die Menschen in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen und die Wichtigkeit unserer Arbeit besser vermitteln. Danke!

ALFREIDER (SVP): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auch ich möchte einige Gedanken zum Thema Haushalt mit Ihnen teilen, vor allem was das Thema Mobilität und die Strategie, die dahinter steht, anbelangt. Es wurde schon einige Male gesagt, wie wichtig es für Südtirol ist, dass gewisse Dienste angeboten werden. Es werden viele Dienste angeboten, wobei es in einigen Fällen Kapazitätsengpässe gibt. Wir sind froh, dass wir in Südtirol ein Mobilitätskonzept haben, das vielen Menschen die Möglichkeit gibt, ohne das eigene Auto unterwegs zu sein. Auf der anderen Seite dürfen wir nicht vergessen, dass in unserem Land mehr als 70 Prozent der Gesamtfläche auf einer Meereshöhe über 1.500 Meter liegen. Viele Menschen leben in Tälern, Dörfern und Fraktionen, die außerhalb der Zentren liegen, weshalb eine Anbindung sowohl durch die öffentliche Mobilität als auch durch Straßen, Schiene usw. garantiert werden muss. Es ist mir wichtig zu sagen, dass es Vertrauen zwischen der Mehrheit und der Minderheit braucht. Als Abgeordneter dieses Landtages muss ich sagen, dass wir einen Haushalt haben, der trotz aller Schwierigkeiten eine klare Linie vorgibt, was gemacht werden soll, welche Möglichkeiten Südtirol hat und welche Dienste wir umsetzen können. Das ist Vertrauen! Es wird immer wieder von den schönen Worten gesprochen. Der Kollege Ploner hat gesagt, dass es keine Straßenprojekte mehr braucht. Sagen Sie das bei den Versammlungen! Ich habe vor kurzem eine Bürgerversammlung mit dem Bürgermeister von Kiens gehabt, bei der mehr als 100 Leute anwesend waren, darunter auch Ihre Kollegin Rieder. Sagen Sie diesen Leuten, dass wir diese Projekte nicht brauchen. Die Landesregierung hat sich dafür eingesetzt und der Landeshauptmann hat 25 Millionen Euro in Rom geholt, damit wir das Projekt Kiens angehen, mehr Lebensqualität für die Menschen schaffen und die Straße durch das Pustertal verbessern können. Sagen Sie als Pustertaler Abgeordnete, dass wir das alles nicht brauchen! Dann hätten wir diese Wahrheit, die Sie jedes Mal bringen! Sie reden von Vertrauen und schönen Worten. Bitte machen Sie das, was Sie hier propagieren. Wir als Mehrheit glauben, dass etwas weiterbringen wollen. Wir werden viele Fehler machen und nicht alles wir in Ihrem Sinne sein, aber wir sind die Mehrheit und suchen Menschen, die unser Programm mitunterstützen. Es steht auch Ihnen frei, mitzustimmen, wenn es darum geht, gewisse Projekte weiterzubringen. Es gibt viele, die sagen, dass es die Olympiade nicht braucht. Ok, das ist eine Meinung. Wir sind aber der Meinung, dass es die Olympiade braucht. Der Kollege Locher hat gestern gesagt, dass er wissen will, was in den Geldern für die Olympiade genau enthalten ist. Das ist korrekt, das heißt wenn jemand konkret fragt, was da alles enthalten ist. Wir sind gerne bereit, über diese Themen zu diskutieren. In den Olympiageldern sind folgende Investitionen vorgesehen, wobei ich dem Organisationskomitee in Antholz ein riesiges Kompliment für die bisher geleistete Arbeit aussprechen möchte. Sonst hätten wir gar nicht die Möglichkeit, bei dieser wichtigen Sportveranstaltung mitzumachen. Dadurch erhalten wir die Chance für 300 Millionen Euro Zusatzinvestitionen für Südtirol, die uns über das Olympische Komitee und die Stiftung garantiert werden. Dann kann man natürlich sagen, dass es diese nicht braucht, aber wir sind der Meinung, dass wir diese Gelder brauchen. Es war immer eine klare Vorgabe der Landesregierung

und des Landeshauptmannes, dass die Olympischen Spiele nachhaltige Investitionen für die nächsten Generationen Südtirols auf den Weg bringen. Die Gelder sollen vor allem in die Zuginfrastruktur investiert werden. 73 Prozent der erwähnten 300 Millionen Euro werden in die Schiene investiert, 27 Prozent in die Straße. Ich möchte noch einmal unterstreichen, dass es auch die Straße braucht. Wir haben in Südtirol 2.000 Kilometer Straßeninfrastruktur, 1.800 Kilometer an Brücken und 500 Menschen, die im Straßendienst arbeiten und uns allen die Straßen räumen. In diesem Land ist also viel zu tun. Ich bin sehr froh, dass wir dieses System über die Jahre aufgebaut haben. Dafür braucht es auch die nötigen finanziellen Mittel im Haushalt oder glauben Sie, dass die Straßen ohne Menschen und Maschinen geräumt werden? Wenn Sie wollen, können Sie ja einmal mithelfen.

Zum Thema Hörtenbergtunnel. Das ist auch ein Anliegen und gehört zur Frage, wie die Straßeninfrastruktur weiter ausgebaut werden kann. Wir haben dringenden Bedarf, gewisse Projekte umzusetzen, und zwar auf der Pustertaler Straße, auf der Brennerachse und vor allem im Raum Bozen. Dort sind wir mit den Straßenprojekten hinten – das muss man sagen -, weshalb wir alles tun werden, damit der Raum Bozen angegangen werden kann. Dafür braucht es auch Straßenprojekte. Die Planung für den Hörtenbergtunnel wird in den nächsten Monaten auf den Weg gebracht und dann hoffentlich bald realisiert werden können. Natürlich spielt auch die Autobahn ein zentrales Thema, aber die absolute Priorität im Raum Bozen liegt momentan bei diesem Projekt.

Wenn wir vom Ausbau der Schiene sprechen, dann reden wir immer von Zehnjahresabschnitten. Wir haben in unserem Ressort gesagt, dass wir einen Ausbauplan bis 2045 brauchen, damit wir wissen, welche Investitionen wann zu tätigen sind und der Südtirol-Takt garantiert werden kann. In Bezug auf den Brennerbasistunnel hat es im Jahr 2004 erste Planungen gegeben, heute geht es in Richtung Realisierung. Wieso braucht es den Brennerbasistunnel, die Zulaufstrecken Franzensfeste und Waidbruck und die Umfahrung von Bozen? Um die Kapazitäten für den Regionalverkehr auf der Bestandsstrecke zu haben. Wir brauchen diese Strecken unbedingt, und zwar nicht nur, um eine Verlagerung zu generieren, sondern vor allem um die Kapazität der Schiene und des Zugangebotes zu erhöhen. Deshalb ist dieser Ausbau ganz wichtig. Auch das Eisenbahnprojekt der Umfahrung Bozen muss weitergehen. Wir haben heute ein Gespräch mit Brüssel geführt, wobei man uns garantiert hat, dass ein Teil der Projektierung mit den neuen Geldern, die ab Januar kommen werden, finanziert werden kann. Auch da geht es also weiter. Ich danke den Kollegen der Landesregierung, dass das Thema der Investitionen trotz der schwierigen Situation Gehör findet und wir dieses Thema als einen der wichtigsten Punkte für die nächsten Jahre sehen.

PRESIDENTE: Grazie, assessore Alfreider.

Si è prenotato il consigliere Urzi. Sull'ordine dei lavori?

URZI (Fratelli d'Italia): No presidente, io avevo mezzo minuto, 28 secondi per la precisione, per il secondo intervento. Volevo sfruttare questi 28 secondi solo per dire una cosa telegrafica.

A proposito dell'intervento del collega assessore Vettorato che ha fatto riferimento al fatto che la sera non è previsto vengano spente le insegne, leggo il testo dell'articolo che è stato presentato dalla Giunta provinciale: "La Giunta fissa i criteri per lo spegnimento dell'illuminazione delle insegne e scritte di illuminazione propria [...]". Ecco, forse prima di intervenire bisognerebbe leggere le leggi che si presentano in Consiglio. Grazie presidente!

PRESIDENTE: Grazie, consigliere Urzi. Non penso che Lei sia l'unico che legge quello che si presenta. Gli assessori e il presidente avranno modo di spiegare.

La parola al consigliere Köllensperger.

KÖLLENSPERGER (Team K): Es ist schon alles gesagt worden, aber nicht von allen. Ein paar Wortmeldungen fehlen noch.

Mitte Dezember sind wir also jedes Jahr hier im Landtag für das wichtigste Gesetz des Jahres bzw. des Landes. Es ist jedes Jahr mehr oder weniger das gleiche Schauspiel. Der Landeshauptmann liest die Messe, die Landesregierung und die Mehrheit lassen die Reden der Opposition über sich ergehen - ich muss sagen, dass der Landeshauptmann sehr präsent war, was man ihm anrechnen muss – und boxen dann anschließend den Haushalt durch den Landtag. Die Änderungen, die angenommen werden, kommen generell von der Landesregierung. Jene der Opposition können im Grunde genommen gar nicht angenommen werden, denn dann

müssten die ganzen Anlagen neu gemacht werden, was schon rein technisch gesehen nicht möglich ist. Deshalb ist es immer auch ein bisschen ein fader Geschmack. Die Rolle der Opposition ist ja an und für sich schon undankbar, insbesondere beim Haushalt. Generell stelle ich fest – das habe ich schon ein paar Mal gesagt -, dass die legislative Funktion des Landtages eh schon eine marginale Funktion geworden ist. Die Landesgesetze, die durchgehen, kommen so gut wie alle von der Landesregierung. Ich würde mir unter einem legislativen Organ des Landes vorstellen, dass es zu einer Ideenschmiede für die Zukunft wird, in der sich die Repräsentanten der Parteien, die von den Bürgern gewählt worden sind, zusammensetzen, um sich auszumachen, wie die Zukunft gestaltet werden soll. Das passiert praktisch so gut wie nie. Ein kleiner Lichtblick ist vielleicht der angenommene Beschlussantrag mit den Hearings betreffend die digitale Transformation, die wir im Februar machen werden und die sicher einige Inputs in Richtung Zukunftsgestaltung geben werden. Ich habe die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, dass man vielleicht im Anschluss daran versuchen kann, einmal gemeinsam als Landtag etwas auf den Weg zu bringen. Die Opposition hat ja eigentlich eine Kontrollfunktion, aber auch diese ist beim Landeshaushalt anhand der Unterlagen, die wir haben, nur sehr schwer möglich. Ich habe im Jahr 2016 einen Tagesordnungsantrag zum Haushalt eingebracht, der zum Inhalt hatte, dass lesbare Anlagen zum Haushalt geschrieben werden sollen. Dieser Antrag wurde angenommen und dem dritten Gesetzgebungsausschuss übermittelt worden, ist dann aber dort versandet. Man hat es also bis Ende der Legislatur de facto nicht in Angriff genommen. So leidet jede Dokumentation, die wir bekommen, an der Transparenz im Sinne von Übersichtlichkeit.

Herr Landeshauptmann, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede vom Zusammenhalt in der Gesellschaft gesprochen, den wir dringend brauchen würden. Ein Teil der Gesellschaft, wenn auch eine Minderheit, hat jegliches Vertrauen in die Institutionen und auch in die Wissenschaft verloren. Diese Menschen vertrauen mehr Quellen, die sie irgendwo über die sozialen Medien zusammenkratzen als dem, was die Politik und Wissenschaft sagen. Wenn wir ehrlich sind, schaffen wir nicht einmal hier im Landtag einen Zusammenhalt, im Grunde genommen nicht einmal in der eigenen Partei. So wie jedes Jahr präsentieren Sie eine Haushaltsrede, von der ich eigentlich jedes Wort unterschreiben könnte – progressiv, innovativ, zukunftsgerichtet -, aber der progressive Geist dieser Rede spiegelt sich nicht im Haushalt, nicht im Tagesgeschäft und nicht in der Politik der eigenen Partei und Mehrheit wider. In der Haushaltsrede steht viel von Dekarbonisierung, CO₂-Rucksack, Nachhaltigkeit, aber im Haushalt ist davon nicht so viel zu sehen. Da brauchen wir uns auch keine Illusionen machen, denn wir wissen, dass der Haushalt nicht von heute auf morgen auf den Kopf gestellt werden kann, genauso wenig die öffentliche Verwaltung. Das braucht Zeit und das hat auch der Landeshauptmann lernen müssen, im Vergleich zu seiner Antrittsrede im Jahr 2014. Ich kann mich noch gut daran erinnern. Es ging um Aufbruch, um den begehrtesten Lebensraum in Europa, um mehr Soft- als Hardware. Es war irgendwo ein Versprechen, auch wenn es nicht explizit geschrieben war, es anders zu machen als unter seinem Vorgänger. Einerseits ist es klar, dass dieses "yes we can" die SVP selbst nicht kann, weil sie in diesem System ihre Macht verankert hat und als Partei natürlich kein großes Interesse hat, ein System, das dies garantiert, grundlegend zu ändern. Und so ist es auch im Landeshaushalt, der im Grunde genommen mit den historischen Posten von Jahr zu Jahr weitergeschrieben wird, mit kleinen Verschiebungen, aber nicht mit grundlegenden Neuüberlegungen, so wie er eben im Laufe der Jahrzehnte gewachsen und auch angewachsen ist. Parallel dazu ist mir selbst natürlich auch bewusst, dass ich jedes Jahr Mitte Dezember dieselben Worte wiederhole, weil der Landeshaushalt eben mehr oder weniger immer der Gleiche ist und die Haushaltsrede mehr oder weniger jedes Jahr diese Diskrepanz aufweist. Es ist auch anderswo nicht grundlegend anders. Auch in Tirol oder im Trentino, um bei der Euregio zu bleiben, ist es de facto so, dass die Haushalte über die Jahre mitgezogen werden. Große Umwälzungen hat es abgesehen von punktuellen Krisen nicht gegeben. Der Vergleich mit Trient ist übrigens interessant. Es fällt auf, dass Südtirol eindeutig sozialer ist und mehr als das Doppelte für das Soziale ausgibt als das Trentino. Das Trentino ist eindeutig wirtschaftlicher und gibt sogar das 3 ½-fache dafür aus. Das war auch in den ganzen Jahren schon immer so. Es fällt auch auf, dass im Trentino im letzten Jahr 377 Millionen Euro, heuer 353 Millionen Euro für die Verwaltung des Landes im eigentlichen Sinne veranschlagt wurden, während es in Südtirol 605 Millionen Euro sind, also das Doppelte. Sagen Sie mir bitte nicht, dass das nur von der Zweisprachigkeitszulage kommt, denn das würde sich rechnerisch nicht ausgehen. Vergleichbar in der Dotierung sind die Budgets für Gesundheit und Bildung. Interessant ist auch, dass es das Trentino sehr wohl geschafft hat oder gerade dabei ist, es zu schaffen, den IRAP-Hebesatz bei 2,68 Prozent zu behalten, trotz eines 3 ½ mal so hoch dotierten Budgets für die wirtschaftliche Entwicklung. Was auch auffällt, ist, dass Südtirol über etwas mehr Haushaltsvolumen verfügt als das Trentino. Trotz ungefähr 10.000 Einwohnern weniger haben wir ungefähr 4 Prozent mehr an Geld. Proportional dazu brauchen die Trentiner

auch 200 Seiten weniger, um den Haushaltsvoranschlag tabellarisch darzustellen. Dort sind es ungefähr 800 Seiten, bei uns mehr als 1.000. Es ist auch zu sagen, dass der Trentiner Haushaltsvoranschlag gleich unlesbar ist wie unserer. Dafür sorgt das Legislativdekret Nr. 118. Im Grunde genommen kann man keinen Haushaltsvoranschlag mehr lesen. Ich habe mir auch jenen des Landes Tirol angesehen, der nicht wirklich vergleichbar ist. Dort sind die Aufteilung und Gebarung völlig andere. Eines fällt aber auf. Dort sind die Investitionen in das Gesundheitswesen klar gestiegen, und zwar auf 1,1 Milliarden Euro, aber immer noch 350 Millionen Euro weniger als wir ausgeben. Besonders gut dotiert ist mit 390 Millionen Euro die Pflegesicherung, und das liegt weit über dem, was wir haben. Der öffentliche Nahverkehr schlägt mit 175 Millionen Euro zu Buche, was nicht unbedingt vergleichbar mit der Kapillarität unseres Personenverkehrs vergleichbar ist. Wie gesagt, es ist interessant, dass Tirol mehr in das Gesundheitswesen investiert, aber mit weniger Geld auskommt. Interessant ist der Vergleich mit dem Trentino mit einigen doch markanten Unterschieden.

Nun aber zurück zu uns. Wir sehen alle Jahre wieder, dass der Haushalt nicht grundlegend überdacht und reformiert wird. Um das zu schaffen, müsste man solche Aufgaben vielleicht einmal wirklich gemeinsam und zusammen angehen, und zwar nicht in der Dezember-Sitzung, sondern schon viel früher. Es sollte doch möglich sein, einmal zu gewissen Themen breitere Mehrheiten zu suchen. Der Südtiroler Weg im letzten Jahr hat gezeigt, dass das gehen kann. Bei uns war es eigentlich nicht einmal in Corona-Zeiten möglich. Wir sehen, dass solche Sachen wie sie Draghi in Rom gemacht hat, durchaus Vorteile haben können. Ich gehe aber davon aus, dass dazu in der eigenen Partei nicht der Wille besteht. Das Land ist zweifellos solide verwaltet – gar keine Frage –, aber abseits der Haushaltsrede ist im Haushalt und im konkreten Tagesgeschäft nicht wirklich ein vorgezeichneter Weg für unser Land zu erkennen. Auch wenn es Daniel Alfreider nicht passt, ist es doch auffällig, dass der Straßenbau besonders gut dotiert ist, obwohl man in der Haushaltsrede von Dekarbonisierung spricht. Straßenbau steht auch für Privatverkehr und somit nicht für Dekarbonisierung. Natürlich müssen wir Straßen bauen und instandhalten, aber die Frage ist jene der politischen Gewichtung. In der Haushaltsrede ist die Rede von Biodiversität, aber im Haushaltsvoranschlag sehen wir, dass das Budget für Naturschutz im nächsten Jahr halbiert wird.

Positiv zu bemerken ist das Resultat, das der Landeshauptmann bei den Finanzverhandlungen mit Rom erzielt hat, mit einer deutlichen Verbesserung des Finanzabkommens. Nachdem er gerade zuhört, möchte ich ihn ersuchen, vielleicht ein bisschen Klarheit zu schaffen. Ich bin meine Mitschriften der Arbeiten im dritten Gesetzgebungsausschuss noch einmal aufmerksam durchgegangen. Da haben wir ja zwei Mal über das Thema geredet und haben auf meine Anfrage hin von Ihnen und von Generaldirektor Steiner eine unterschiedliche Auskunft bekommen. Vielleicht können Sie diese Diskrepanz ausräumen. Es ist klar, dass die riserva eraria Monti 20 Millionen Euro mal 30 Jahre beträgt. Dann waren die Akzisen auf die Treibstoffe und das Glücksspiel. In Bezug auf Letzteres haben wir jetzt die ersten 100 - 50 plus 50 - erhalten. Die Akzisen auf den Treibstoff stehen aber noch aus, wobei Sie uns gesagt haben, dass darüber noch verhandelt wird. Die Diskrepanz in den Auskünften besteht darin, dass uns einmal gesagt wurde, dass auf die Treibstoffakzisen 137 Millionen Euro anstehen und auf das Glücksspiel 317 Millionen Euro. Bei der zweiten Auskunft war es umgekehrt. Deshalb würde ich Sie bitten, uns die richtigen Zahlen zu nennen. Die letzte Auskunft von Ihnen, Herr Landeshauptmann, sprach von 341 Millionen Euro insgesamt für die Akzisen auf Treibstoffe und von 127 Millionen Euro, revidiert auf 100 Millionen Euro, für das Glücksspiel. Ich denke, dass das die richtige Information ist, aber vielleicht können Sie das präzisieren. Wichtig ist – das schlägt für den Haushalt der nächsten Jahre zu Buche –, dass wir diesen tesoretto zu einem guten Teil aufgebraucht haben. Dann haben wir nämlich keine richtigen tesoretti mehr. Weitere Covid-Hilfen sind nicht vorgesehen. Wir müssen also darauf hoffen, dass der heurige Winter halbwegs glimpflich vorbei geht und Minister Speranza mit seinem klingenden Namen de facto nicht die Hoffnung auf einen guten Winter zunichtemacht, indem er Bestimmungen erlässt wie seine letzte ordinanza – Kollege Franz Ploner hat es angesprochen –, die vorsehen, dass auch Geimpfte, die einen europäischen Green Pass haben und mit ihren Kindern in Südtirol Urlaub machen möchten, einen Test vorweisen oder fünf Tage in Quarantäne gehen müssen. Was sollen Familien, deren Kinder noch nicht geimpft sind, machen? Das könnte uns teuer zu stehen kommen, und deshalb ist zu hoffen, dass wir keine Covid-Hilfen brauchen, weil wir eben keine vorgesehen haben. Wir sehen auch, dass die Investitionen 2023 und 2024 weiter reduziert sind. Vielleicht werden sie mit dem Haushalt im nächsten Jahr nachdotiert, aber das steht in den Sternen.

Wir wissen auch, dass die laufenden Kosten, deren Steigerung bestenfalls eingedämmt werden kann, momentan einen großen Teil des Haushaltes auffressen und eingipsen. Die Regierung Kompatscher I war mit 5,3 Milliarden Euro angetreten. Jetzt sind wir bei mehr als 6,5 Milliarden einnahmenseitig, aber die laufenden

Kosten sind im gleichen Zeitraum um 1,4 gestiegen. Deshalb reicht das Feld trotz immer größer werdenden Volumens an allen Ecken und Enden nicht mehr, obwohl das Steueraufkommen, was die abgetretenen Steuern durch Rom anbelangt, Jahr für Jahr zugenommen hat. Mittlerweile sind wir auch dabei, unsere hauseigenen Steuern wieder in die Höhe zu treiben, um das alles gegenzufinanzieren.

Ich habe mit meinem Minderheitenbericht versucht, eine Haushaltsanalyse vorzunehmen. Deshalb werde ich das jetzt nicht mehr machen. Nachdem ich mir den Haushalt jetzt doch schon seit ein paar Jahren anschauen muss, weiß ich, auf was ich mich konzentrieren muss. Das ist natürlich die Kompetenzgebarung am besten über fünf und nicht nur über drei Jahre. Es ist auch gut, wenn man sich den ganzen erweiterten öffentlichen Sektor anschaut. Da gibt es schon einige Garagen, in denen Sachen geparkt werden – von den Landesgesellschaften bis zu den Gemeinden -, die man bei einem Studium des reinen Haushaltes des Landes nicht so sieht. Wenn man sich diese Quellen anschaut, dann werden auch einige Mythen ein bisschen entkräftet, beispielsweise jener, dass das Gesundheitswesen den Haushalt mit seinen Ausgaben in die Enge treibt. Ich habe mir die Tabelle ausgedruckt, aber leider liegen die letzten ASTAT-Daten nicht vor. In den letzten Jahren ist ein klarer Trend sichtbar. Die laufenden Ausgaben des erweiterten Sektors lagen im Jahr 2005 bei 62 Prozent, im Jahr 2015 schon bei 80 Prozent. Der Sanitätsbetrieb ist anteilmäßig von 27 Prozent auf unter 20 Prozent gesunken, während die Gemeindebetriebe klar zugenommen haben. Auch das Personal, wo man ja einen weiteren Anstieg der laufenden Kosten vermutet, ist anteilmäßig von 45 auf 39 Prozent zurückgegangen. Genauso ist es ein Mythos, wenn wir hier darüber reden – Sie haben es in Ihrer Powerpoint-Präsentation schön aufgezeigt -, dass wir uns die 250 Millionen Euro Steuerverzicht jederzeit reinholen könnten. Das funktioniert natürlich nicht. Wenn wir Maximaltarife anwenden würden, dann sind als erstes die vier großen Autovermieter, die für 90 Prozent der Autozulassungen verantwortlich sind, weg. Dann hätten wir nicht einen Cent mehr an Steuern, sondern würden 60 Millionen Euro verlieren. Bei der IRAP – so befürchte ich – ist es dasselbe. Während die Trentiner den günstigsten Steuersatz in Italien beibehalten, gehen wir auf den Standardsatz. Wenn das auch kurzfristig Geld in die Kassen schwemmt, so ist es mittelfristig keine positive Rechnung, wenn es die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe schädigt und sich ein paar Betriebe überlegen, ihren Sitz ins nahe Mezzocorona zu verlegen. Wenn man sich den erweiterten öffentlichen Sektor anschaut, so fällt erstens der enorm hohe Anteil der laufenden Ausgaben auf, weshalb es in Folge wenig Spielraum für Investitionen gibt, die gerade in Krisenzeiten so wichtig sind. Auch gibt es immer weniger Spielraum für eine antizyklische Wirtschaftspolitik. Es fällt ein enorm hoher Anteil der bereits verpflichteten laufenden Ausgaben auf. Wenn man die gesamte öffentliche Verwaltung zusammenzählt, dann reden wir hier von zwei Milliarden Euro. Die Aussage, dass man bei diesen zwei Milliarden Euro keine 60 Millionen Euro an Rationalisierungsmaßnahmen findet, ist deshalb enttäuschend. Ich rede nicht von den Gehältern der schlussendlich 2.500 Verwaltungsangestellten im eigentlichen Sinne, sondern von den Sonderbetrieben, den Landesgesellschaften, den Gemeindebetrieben usw. Dass es hier kein Rationalisierungspotential gibt, kann man so nicht stehen lassen. Die Bürokratie ist nicht von Gott gegeben, sondern wir haben sie zu einem großen Teil selbst zu verschulden. Wenn es trotz dieses ganzen Apparates immer noch 20 Millionen Euro für externe Beratungen braucht, trotz der harschen Kritik des Rechnungshofes und der gesetzlichen Bestimmungen, die hier eigentlich einen Riegel vorschieben, dann sieht man, dass diese 20 Millionen Euro für externe Beratungen im Haushalt gleich viel ausmachen wie die 20 Millionen Euro, die wir durch den regionalen IRPEF-Zuschlag einnehmen. Deshalb ist auch klar, warum die Steuern nicht gesenkt werden können oder warum die IRAP sogar erhöht wird. Eigentlich hat man damit das Versprechen mit dem Unternehmerverband gebrochen, keine Kapitalbeiträge zu vergeben und dafür weniger IRAP zu verlangen, eine Entscheidung, über die wir auch hier im Landtag diskutiert haben und die ich absolut nachvollziehen und mittragen kann. Weniger Steuern und dafür weniger Beiträge sind das Beste für eine gesunde Wirtschaft. Die Bauern zahlen natürlich weiterhin nichts. Wenn man sich das anschaut, was eigentlich wirklich zählt, dann sieht man die Tendenz steigender Kosten bei anteilig sinkenden Gesundheitsausgaben, gleichbleibenden Ausgaben für das Personal und gleichzeitiger Ausgliederung von Schulden in beteiligte Gesellschaften. Tiefere Reformen sind ausgeblieben. Dieses Versprechen, Herr Landeshauptmann, haben Sie noch nicht eingelöst. Spending Review ist immer das Zauberwort, das herausgezogen wird. Sie wird gemacht, auch wenn wir sie nicht sehen. Sie wird sogar laufend gemacht, auf neuer Basis und leistungsbezogen und nicht mehr bezogen auf die Kosten. Allerdings hat sich davon im Haushalt noch nichts durchgeschlagen oder nur höchst marginal, sodass man es nicht unbedingt herauslesen kann.

Ein Kernthema, das wir hier in diesem Landtag als Politik dringend angehen müssen, betrifft die Lebenshaltungs- und Wohnkosten in Südtirol, die gerade den absinkenden Mittelstand so hart treffen, während

die Geringverdiener in Südtirol recht gut aufgegangen werden. Wie soll sich jemand mit einem durchschnittlichen Gehalt von 1.500 bis 1.600 Euro Wohnungen leisten, die in den Stadtgebieten zwischen Miete und Wohnnebenkosten locker 900 Euro kosten? Das geht sich rechnerisch gar nicht mehr aus. Wenn man sich diese Torte anschaut, steht Südtirol besonders schlecht da.

Die Mehrsprachigkeit ist eine verspielte Chance in diesem Lande. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung geht nur sehr schleppend und sehr bürokratisch voran, oft mit Resultaten, mit denen sich Bürger und Unternehmen vor den Kopf gestoßen fühlen. Die Digitalisierung funktioniert nur dann, wenn man den ganzen Prozess vom Anfang bis zum Ende digitalisiert. Man kann nicht halb digitalisieren. Dringend gefragt sind Umschulungen im ganzen Arbeitsmarkt der Arbeitnehmer. Wir gehen auf eine Periode zu – ich hoffe, bei der Anhörung im Februar in Bezug auf die digitale Transformation Einiges zu lernen -, in der gewisse Arbeiten gerade im Dienstleistungssektor nicht mehr gefragt sein werden. Die wird es schlichtweg nicht mehr oder nur mehr sehr reduziert brauchen. Was machen wir dann mit den Leuten? Auf der anderen Seite wissen wir, dass die Nachfrage für Berufe mit dem weißen Kittel enorm steigt. Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Innovation ist im Haushalt im Vergleich mit Trient weiterhin stark unterfinanziert. Wirkliche Anstrengungen, auch die Wirtschaft zu einer Neuausrichtung zu bewegen oder in einer Neuausrichtung zu unterstützen, vermisse ich ebenso. Der CO₂-Rucksack kommt zwar in der Haushaltsrede vor, aber Maßnahmen zur Dekarbonisierung finde ich im Haushalt keine. Genauso sollte es Investitionen sehr selektiv nur in jene Wirtschaftszweige geben, die in Zukunft einen hohen Mehrwert bieten können. Auch das ist für mich die Definition von einem – der Landeshauptmann hat es so genannt - auf positives Wachstum ausgerichteten Modell.

Hinzu kommt die Abwanderung von Jungen und Leistungsträgern, ein jährlicher Aderlass für Südtirols Wettbewerbsfähigkeit in Zukunft. In Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit schaue ich mir alle paar Jahre den sogenannten RCI-Index an, das Ranking der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Regionen, bei dem wir eines sehen. Wir haben ein überdurchschnittliches Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und ein überdurchschnittliches Haushaltsvolumen pro Kopf, sind aber im unteren Mittelfeld, was die Wettbewerbsfähigkeit angeht. Das ist ein Indiz für eine nicht effiziente öffentliche Verwaltung, die ja eigentlich die Spending Review in einigen Feldern aufgedeckt hat. Deshalb ist die Attraktivität für unser Land als bewährtester Lebensraum für spezialisierte Fachkräfte aus dem Ausland nicht unbedingt hoch, sondern im unteren Mittelfeld. Das weiß jeder Betrieb in Südtirol und natürlich auch die Landesregierung. Und so ist der Landeshaushalt meines Erachtens nicht mehr zeitgemäß und müsste überdacht werden. Der historisch gewachsene Landeshaushalt bringt natürlich laufende Kosten und Strukturen mit, die nicht von heute auf morgen umgekrempelt werden können, aber man sieht darin auch das politische Gewicht der Verbände, wobei der Bauernbund und HGV eindeutig vor dem Unternehmerverein liegen, was nicht unbedingt das gleiche Ranking in der Wertschöpfung darstellt. Dort wäre es nämlich umgekehrt. Natürlich sieht man auch die Strömungen und das politische Gewicht innerhalb der SVP aus diesem und allen anderen Landeshaushalten heraus. Als Notnagel sollen heuer – nach den positiven Steuererleichterungen der letzten Jahre – neben den neuen Geldern aus Rom auch einmal Steuererhöhungen her. Und so muss die IRAP auf den Nennsatz von 3,9 hinauf, auch weil das Sparpotential bei sehr vielen Kapiteln ausgereizt ist. Das, was ich mir hier wünsche, ist eine permanente Spending Review, die gewisse Themen ohne Tabus angeht. Ich bin da nicht alleine; auch Kollege Tauber und andere haben es gesagt. Die Alternative dazu sind in Zukunft weitere Steuern oder weitere Schulden, die wir an andere Gesellschaften und Sonderbetriebe auslagern. Im Grunde genommen führt kein Weg daran vorbei. Wenn wir weiterhin 650 Beitragsverfahren haben, von denen die Hälfte nicht dokumentiert und ein weiterer Teil ineffizient ist – der kleine grüne Keil in der Torte sind 12 Prozent -, dann gibt es hier Handlungsbedarf. Kein privater Betrieb würde sich so etwas leisten. Wir brauchen Umschichtungen, die natürlich auch den Straßenbau betreffen müssen, wengleich das mit einem gewissen Wehschrei verbunden sein wird. Wir kommen nicht umhin zu sagen, dass die Bau- und Infrastrukturprojekte in Südtirol enorm teuer sind. Das schlechteste Beispiel ist jenes des Krankenhauses von Bozen mit 600 Millionen Euro. Ein Privatkrankenhaus hätte vergleichbare Strukturen für einen Bruchteil dieses Geldes gemacht. 10 Prozent dieses Geldes wäre ungefähr die IRAP-Erhöhung von heute. Wenn Sie mit Bauunternehmen reden, die mit der öffentlichen Hand zusammenarbeiten, so sagen Ihnen diese lachend ins Gesicht: "Wenn ich in Südtirol anbiete, dann gebe ich schon von vorneherein 15 Prozent Zuschlag drauf." Die öffentliche Verwaltung mit ihrem Vergabewesen trägt natürlich dazu bei, dass das Ganze noch teurer wird. Ein Beispiel, wie man Gelder verbraten kann, ist die ganze Geschichte um die Informatisierung des Sanitätswesens. Wir hätten für Lösungen nur ein paar Kilometer südlich ins Trentino schauen müssen, dann hätte es funktioniert. Dort ist man uns Jahre voraus. Wir wollten es neu machen und warten jetzt auf eine Neuapplikation, die noch nicht fertig ist und inzwischen dutzende Millionen gekostet hat.

Gewisse Projekte, die in diesem Jahr angegangen werden, sind unverständlich. Ich denke beispielsweise an die Seilbahn in Tiers oder an gewisse andere Projekte, bei denen man sich fragt, ob die jetzt wirklich so eine Priorität haben.

Es gibt auch noch andere Themen, die hier ausgespart werden, weil sie politisch brisante Eisen sind. Brauchen wir 116 Gemeinden? Natürlich brauchen wir Dienste für die Bürger und Bürgerschalter, aber die komplette Gemeindestruktur? Brauchen wir die ganzen Landesämter? Anstatt immer nur daran zu denken, wie man den Gehalt für die Landesangestellten drücken kann, sollte man sich einmal überlegen, ob es all diese Ämter braucht. Es gibt viele Doppelgleisigkeiten. Wir haben drei Schulämter und das Bildungsressort. Könnte man nicht im Zuge der Digitalisierung die Ämterstruktur und Prozesse überdenken? Dafür bräuchte es morgen weniger Personal, das aber ordentlich bezahlt wird. Außerdem würde unterm Strich weniger Bürokratie herauskommen.

Dann kommt noch das ganze Kapitel der Landesgesellschaften. Die IDM erhält jährlich 57 Millionen Euro Betriebskostenzuschuss für knapp 300 Mitarbeiter. Die Tirol Werbung, die es sicher nicht schlechter macht als wir, kommt mit 22 Millionen Euro und 100 Mitarbeitern aus. 42 Millionen Euro sind für die SIAG vorgesehen. Ich hatte selber einmal einen Informatikbetrieb und muss sagen, dass das für einen Informatikbetrieb sehr viel Geld ist. Das ist mehr Geld, als die Inhouse-Gesellschaft SASA erhält. Und dann muss man jetzt noch für 14 oder 19 Millionen Euro – die Aussagen gehen auseinander – einen Market Place bei der IDM machen. Zwar wurde gesagt, dass dieser noch nicht genehmigt sei, aber inzwischen wird schon daran gearbeitet. Während der Covid-Zeit wurden 30 Millionen Euro an Werbung verbrettert, wo uns drei Südtiroler beim Watten aus der "Dolomiten" entgegenlachen. Wir haben die Hotels von der GIS befreit, ohne das an einen Umsatzrückgang zu binden. Die IRAP für die Betriebe müssen wir aber erhöhen und im Jänner offenbar auch die GIS für die privaten Zweitwohnungen. Von den ganzen politischen Günstlingen, die immer irgendwo anders auftauchen und auf allen Ebenen durchgefüttert werden, habe ich noch gar nicht gesprochen. Da habe ich Ihnen jetzt schon viele Millionen Euro aufgezählt, mehr als die IRAP-Erhöhung ausmacht.

So behandeln wir heute zum x-ten Mal einen Haushalt, der aus der Vergangenheit kommt und reden über die Zukunft, was in einigen Punkten nicht mehr zeitgemäß ist. Herr Landeshauptmann, ich glaube Ihnen, dass Sie als Arno Kompatscher davon überzeugt sind, dass es diese ökologische nachhaltige Wende braucht, aber als Landeshauptmann haben Sie es bisher nicht geschafft, Ihrer Landesregierung, Ihrer Partei und diesem Haushalt diesen Stempel aufzudrücken. Einem möchte ich anschließen, und das ist auch ein Wunsch für die nahe Zukunft, nämlich Ihrem Aufruf zum Zusammenhalt und zur Überwindung eines althergebrachten Freund-Feind-Denkens. Covid war nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich eine schwerwiegende Krise, bei der sich eine Minderheit eigentlich von Politik, Zusammenhalt und Verantwortung verabschiedet hat. Eines sollten wir schon bedenken. Wir haben die Covid-Krise hoffentlich bald hinter uns. Wo die Impfung nicht hinkommt, wird Omicron hinkommen. In Zukunft stehen viel größere Herausforderungen und damit verbunden viel größere Krisen an. Die erste ist jene, die der Klimawandel mit sich bringt. Daneben gibt es weitere Megatrends, darunter die Überalterung der Gesellschaft mit einer steigenden Belastung für das Sanitätswesen und die Pflege, die digitale Transformation, eine immer weiter auseinandergehende soziale Schere, die durch Covid noch beschleunigt worden ist, die zu hohen Lebenskosten, eine dringende Bildungsoffensive für eine chancengerechte Zukunft unserer Jugend. Diese Herausforderungen haben keine Sprache und keine Hautfarbe. Wir können sie nur meistern, wenn wir sie zusammen angehen, möglichst mit Unterstützung aller Parteien, denn alle Parteien repräsentieren einen kleineren oder größeren Teil der Bevölkerung und können, wenn sie eingebunden werden, ihre Verantwortung übernehmen. Dazu gehört es auch, sie auf die unangenehmen Dinge, die anstehen, vorzubereiten. Je mehr wir das gemeinsam schaffen, desto schneller und besser werden wir diese Aufgabenstellungen in Zukunft lösen können, begonnen hier im Landtag, der endlich als Organ eine Rolle spielen sollte, gerade in diesem Kontext. Wenn der Landtag den gewünschten Zusammenhalt repräsentieren kann, dann würde ich so etwas gerne und mit Freude unterstützen.

PRESIDENTE: Sì è prenotato il consigliere Staffler.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Io dovrei avere ancora qualche minuto.

PRESIDENTE: Ha ancora 12 minuti.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Non ci metto 12 minuti, però voglio e devo dire alcune parole.

Kollege Köllensperger, lieber Paul, Du hast mich mit Deinen Ausführungen fast ein bisschen angestachelt. Du hast mich motiviert, noch ein paar Worte zu sagen, obwohl mir der Kollege Heiss gestern zu meiner Rede gratuliert und gemeint hat: "Gut, aber ein bisschen zu lang." Dann habe ich gemeint, dass ich die restlichen 12 Minuten mit Sicherheit nicht mehr antasten werde, weil ich auf das Urteil von Hans Heiss sehr viel Wert lege und den guten Rat meines Vorgängers gerne übernehme. Aber jetzt muss ich noch ein paar Worte sagen und aus meiner Sicht ein, zwei Dinge anders beleuchten.

Paul, Du hast die missliche Lage der Opposition dargestellt, wie schlecht es uns geht, weil wir nicht dort drüben sitzen. Ich finde, dass Opposition auch etwas Lustvolles ist. Was haben wir hier manchmal für eine Gaudi auf Seiten der Opposition, und wir alle wissen, wie wichtig Opposition demokratiepolitisch ist. Deshalb sollten wir das Licht nicht unter den Sessel stellen, ...

ABGEORDNETER: *(unterbricht)*

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Unter den Scheffel – danke -, sondern die Laterne vor uns hertragen. Es ist in diesen Tagen immer wieder davon gesprochen worden, dass wir gemeinsam arbeiten, die Sachen gemeinsam weitertragen und nicht ein Freund-Feind-Bild entwickeln sollen, dann sage ich, dass wir das ja tun. Es tut dem Landeshauptmann und der Landesregierung überhaupt nicht gut, wenn wir sagen, dass alles super ist. Wenn es nicht unsere Rückmeldungen gäbe, wo gäbe es dann ein Kollektiv? Ich weiß auch nicht, ob es angenehm ist, wenn man in diesen Zeiten auf der Regierungsbank sitzt. Ohne dieses Kollektiv geht es nicht. Demokratie hat zwei Seiten einer Medaille. Eine sitzt dort drüben – zur Zeit sitzen sie auch ein bisschen auf der Seite, aber das ist eine andere Geschichte – und die andere Seite sind wir. Das gehört einfach zusammen, das ist wie das Alpha und Omega! Das möchte ich einfach auch einmal sagen. Wenn wir als Opposition durchs Land hören, so hören wir doch immer wieder: "Gott sei Dank gibt es Euch und Gott sei Dank macht Ihr eine Art Kontrolle." Natürlich ist es nicht leicht, denn es ist ein dauerndes Ringen. Es ist unsere Aufgabe, hinter die Kulissen zu schauen. Das kann auch etwas ganz Lustvolles sein. Einige von uns sind ausgezeichnet darin, andere würden sich vielleicht drüben wohler fühlen, aber wir haben in diesem Lande zur Zeit diesen Auftrag zu erfüllen. Deshalb möchte ich sagen, dass die Opposition auch ein lustvolles Geschäft ist, und das haben wir in vielen Stellungnahmen gehört. Der Streit gehört dazu, denn ohne Streit gibt es keine Demokratie. So etwas in der Art hat Helmuth Schmidt einmal gesagt. Und jetzt habe ich diesen Punkt endlich angebracht! Und wenn ich schon dabei bin, möchte ich ein Beispiel herausgreifen. Herr Landeshauptmann, letztes Jahr habe ich Ihre Rede sehr stark kritisiert, weil das Wort "Biodiversität" x Mal vorgekommen ist und wir in den Zahlen dann wenig Anhalt dafür gefunden haben. In diesem Jahr ist das Wort "Biodiversität" kein einziges Mal vorgekommen. Das ist redlich und ich sehe, dass der lustvolle Streit hier auch zu einer Weiterentwicklung geführt hat. Mit dem bin ich zufrieden. Wenn nichts in Sachen Naturschutz gemacht wird, dann braucht man es auch nicht hineinschreiben. Dann haben wir es natürlich noch leichter zu kritisieren, aber es ist ein lustvolles Auseinandersetzen mit den Fakten und Aussagen. Das ist etwas, was Freude macht.

Zum Thema Spending Review. Ich verstehe alle, die glauben, dass die Spending Review das Heilswort der Zukunft ist. Das ist neoliberales Heilswort, das wir in wenigen Ländern wirklich erleben konnten. Ich mache ein Beispiel. In Europa gibt es ein Land, in dem die Spending Review wirklich umgesetzt wurde, und das ist Großbritannien. Und jetzt soll mir jemand sagen, dass das ein Erfolgsmodell war. In Großbritannien, in der die Spending Review als neoliberales Konzept umgesetzt worden ist, wurde der Sozial- und Wohlfahrtsstaat einfach abgebaut und auf Niveau gebracht, dass die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr funktionieren, die Wasserversorgung in Krise geraten ist und die Gesundheitssysteme nicht mehr funktionieren. Das ist Spending Review, wenn wir es ernst nehmen. Das müssen wir auch einmal zur Kenntnis nehmen, denn die Kapitel auf null zu setzen, ist nicht so einfach und entspricht nicht unserer Kultur und auch nicht unseren Vorstellungen eines Wohlfahrtsstaates. Wenn ich zusammenfassend die Diskussionslinie betrachte, so haben wir einen Grundkonsens, was den Wohlfahrts- und Sozialstaat betrifft, der quer durch alle Reihen und Parteien geht. Ich denke, dass da ein tragender Konsens ist, den dieses Haus hat. Natürlich gibt es Ausreißer, aber im Großen und Ganzen gibt es diesbezüglich einen großen Konsens. Deshalb ist es nicht nur sehr gefährlich, dauernd über Spending Review zu reden, sondern es ist auch eine Frage der praktischen Umsetzung. Wenn wir das zu Ende denken, so geht es ja nicht darum, das Kapitel für Naturschutz auf null zu setzen, sondern da ginge

es dann schon um die großen Fragen. Herr Kollege Widmann, da ginge es dann darum, die 1,4 Milliarden Euro der Gesundheit auf null zu setzen, um alles wieder neu aufzubauen, genauso im Sozialen und in der Bildung. Das, werde Kolleginnen und Kollegen, will hier niemand. Wenn wir über die Spending Review reden, dann müssen wir uns im Klaren darüber sein, was wirklich dahinter stecken kann. Ich muss zugeben, dass es mich ein bisschen bei der Ehre packt, da ich mich damit auch lange beschäftigt habe. Es ist ein einfaches Wort, aber eine unglaublich schwierige Aufgabe, die sich Menschen, die die öffentliche Verwaltung nicht von innen kennen wie der Kollege Unterholzner, der einen Betrieb geführt hat, ... So etwas kann man nicht vergleichen. Diese Leute können sich einfach nicht vorstellen, wie eine öffentliche Verwaltung zu funktionieren hat. Dass eine öffentliche Verwaltung nicht die Privatwirtschaft ist, ist nun einmal so. Unser Staatswesen ist auf zwei Säulen aufgebaut, die sich natürlich vermischen. Das ist zum einen das politisch administrative System, das wir hier vertreten, zum anderen das technisch ökonomische System. Das sind zwei Systeme, die eigentlich im Staatswesen ein Gleichgewicht herstellen sollen. Im Idealstaat sind beide Systeme voneinander getrennt und ringen auf Augenhöhe um die Vorherrschaft, aber in Wirklichkeit bekommt sie niemand. Das wäre das Idealsystem, aber das gibt es nicht. Es ist in der Tat so, dass das technisch ökonomische System seit der neoliberalen Revolution das politisch administrative System langsam unterwandert. Das erlebt man in ganz Europa, in Italien sowieso und alle Regierung – ob linke oder rechte – haben das politisch administrative System unterwandert. Auch Renzi und der PD waren daran fleißig beteiligt. Jetzt geht es darum, hier wieder einen Gegendruck aufzubauen, wenn wir das Gleichgewicht dieser großen Systeme beibehalten wollen. Das muss man einfach auch sehen. Wenn man Spending Review macht, so wie es in den Lehrbüchern steht, dann kommt es in der Tat zum Abbau des Sozialstaates und des Wohlfahrtsstaates. Das ist genauso sicher wie das Amen im Gebet. Deshalb ist damit vorsichtig umzugehen.

Das war noch ein kleiner Beitrag meinerseits. Ich danke dem Kollegen Köllensperger für die Inputs und dafür, dass er mich motiviert hat, noch ein paar Worte zu sagen.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Zum Fortgang der Arbeiten. Kollege Staffler, danke für Deine interessanten Worte. Ich finde es sehr wichtig, dass die Opposition ihre Redezeit ausnützt, aber ich habe jetzt ein kleines Problem, Frau Präsidentin. Ich habe noch meine ganze Redezeit zur Verfügung, wobei ich sicher nicht eine ganze Stunde brauchen werde, aber es wäre ungut, wenn ich jetzt 13 Minuten anreiße und dann morgen wegen 2 Minuten nachziehen muss. Deshalb würde ich Sie bitten, morgen in der Früh mit meiner Rede beginnen zu können und wir heute die Sitzung zehn Minuten früher beenden.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Dagegen habe ich natürlich nichts einzuwenden, aber es wäre mir Recht zu wissen, ob es morgen dann noch weitere Wortmeldungen gibt. Ich habe gerade eine Videokonferenz mit einem Minister verschoben, da ich glaubte replizieren zu müssen. Es ist dann aber nicht dazu gekommen, weil sich noch viele Abgeordnete zu Wort gemeldet haben, was natürlich das gute Recht eines jeden ist. Wenn man es aber im Vorhinein wüsste, könnte man ein bisschen besser planen. Jetzt muss ich wahrscheinlich wieder eines Termins hinterherrennen. Gibt es morgen noch weitere Wortmeldungen?

PRESIDENTE: Grazie presidente. Se non ci fossero obiezioni direi che possiamo concludere i lavori prima. Proseguiremo domani mattina.

Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta n. 132 del 15.12.2021, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

La seduta è chiusa.

Ore 17.49 Uhr

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

ALFREIDER (44)
AMHOF (28)
DEEG (41)
DELLO SBARBA (1)
KNOLL (31)
KÖLLENSPERGER (45)
KOMPATSCHER (52)
LADURNER (15, 37)
LANZ (1)
LEITER REBER (52)
NICOLINI (23, 27)
PLONER Alex (6)
PLONER Franz (2)
STAFFLER (50)
UNTERHOLZNER (20)
URZÌ (45)
VETTORATO (38)
VETTORI (37)